

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Zweihundneunzigste öffentliche Sitzung

Nr. 92

Donnerstag, den 4. November 1948

III. Band

Geschäftliches . . . 248—249, 257, 274, 287, 292, 296 Seite

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Beschluß des Senats vom 24. September 1948 zum Gesetz über das Nutzungsrecht bei Siedlerstellen (Beilage 1943) — Erste und zweite Lesung.

Redner:

Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter] . . . 249

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten

a) Dr. Beck und Genossen betreffend Gewährung einer finanziellen Überbrückungshilfe für die auf Landesbasis lizenzierten Jugendverbände (Beilage 1910) — Fortsetzung der Beratung.

Redner:

Dr. Stang (CSU) 250—251
Staatssekretär Dr. Müller 251
Dr. Linnert (FDP) 251—253
Marg (SPD) 253
Dr. Beck (SPD) 253—254
Zietisch (SPD) 254—255, 257
Ministerpräsident Dr. Ehard 255
Schmid Karl (CSU) 255—256
Gröber (CSU) 256
Emmert (CSU) 256
Haußleiter (CSU) 257

b) Hofer und Genossen betreffend Erhöhung des Entlassungsgeldes für Heimkehrer auf 90 DM (Beilage 1952).

Redner:

Haas (SPD) [Berichterstatter] 257—258

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Beschel und Genossen betreffend Aufhebung des § 545 a und entsprechende Änderung des § 556 der Reichsversicherungsordnung (Beilage 1944).

Redner:

Trettenbach (CSU) [Berichterstatter] 258

Stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1948. III. Bd. 92. Sitzung (Sig.)

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten Seite

a) von Knoeringen, Kramer und Genossen betreffend Durchführungsvorschriften zum Gesetz über die Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich — Zinsen und Amortisationen aus den abgewerteten Hypotheken — (Beilage 1948);

Redner:

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter] . . . 258—259

b) Scharf und Genossen, Bitom und Genossen, Weidner und Strässer betreffend Bereitstellung von 10 Millionen DM zur Fortführung des Siedlungswerkes (Beilage 1949);

Redner:

Scharf (CSU) [Berichterstatter] 259—261
Bickleder (CSU) 261—262

c) Haugg Pius, Scharf, Bitom und Strässer betreffend Gewährung von langfristigen Baudarlehen für Ausgewiesene (Beilage 1950);

Redner:

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter] . . . 262

d) Dr. Linnert und Genossen betreffend Veretzung außerbayerischer Beamter in den Ruhestand (Beilage 1951);

Redner:

Dr. Stürmann (CSU) [Berichterstatter] . . 262—263

e) Kurz und Genossen betreffend Senkung der Gebühren für Grenzübertrittskarten (Beilage 1947);

Redner:

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter] . . . 263

f) Driloph und Genossen betreffend Ermäßigung der Tabaksteuer für Kleinpflanzer (Beilage 1953).

Redner:

Driloph (CSU) [Berichterstatter] 263—264

	Seite
Mündliche Berichte des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zu den Anträgen der Abgeordneten	
a) Höllner und Genossen betreffend Vorlage eines Gesetzesentwurfs für ein Antistreifgesetz (Beilage 1945)	264
(Der Antrag wird zurückgezogen.)	
b) Endemann und Genossen betreffend Verlegung der im Hilfsschulhaus „Schlögl“ in Sulzbach-Rosenberg untergebrachten Tuberkulosekranken in geeignete Anstalten (Beilage 1946). Redner:	
Endemann (SPD) [Berichterstatter]	264—265
Mündliche Berichte des Ausschusses für Verkehrsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten	
a) Kleffinger und Genossen betreffend Senkung der Fahrpreise der deutschen Eisenbahn (Beilage 1954)	265
(Der Antrag wird zurückgezogen.)	
b) Hagn Hans, Thaler, Gräßler, Dr. Korff und Miehling betreffend Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der ungesetzmäßigen Fälle von Autobeschlagnahmen aus den Jahren 1945/47 (Beilage 1955). Redner:	
Hofmann (SPD) [Berichterstatter]	265
Mündliche Berichte des Ausschusses für Wirtschaft zu den Anträgen der Abgeordneten	
a) Dr. Linnert und Genossen betreffend Einleitung von Verhandlungen mit der Militärregierung zwecks Rückgabe der Hotels für ihre ursprünglichen Zwecke (Beilage 1956); Redner:	
Piechl (CSU) [Berichterstatter]	266—267
b) Guertl und Genossen betreffend Bewirtschaftung von Wohnräumen, die durch Neubau oder Wiederaufbau gewonnen wurden, und Prechtl und Genossen betreffend Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung zusätzlichen Wohnraums (Beilage 1957). Redner:	
Hagn Hans (CSU) [Berichterstatter]	268—270
Dr. Linnert (SPD)	270—272
Dr. Hundhammer (CSU)	272, 274
Ministerialdirigent Dr. Adam	272
Prechtl (CSU)	273
Zietisch (SPD)	273
Scheffbeck (CSU) [zur Geschäftsordnung]	274
(Im Gegensatz zum Ausschlußbeschluß findet der Antrag Guertl und Genossen einstimmige Annahme, während der Antrag Prechtl und Genossen an den Ausschluß für Sozialpolitische Angelegenheiten zurückverwiesen wird.)	
(Die Sitzung wird unterbrochen.)	

	Seite
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Kiene betreffend erhöhte Fleischzuteilung (Beilage 1932). Redner:	
Kiene (SPD) [Berichterstatter]	274
Kiene (SPD)	274—276
Staatsminister Dr. Schlögl	276—279
Dr. Horlacher (CSU)	280—283
Hirschenauer (CSU)	283—284
Bidal (CSU)	284—285
Lang. (CSU)	285—286
Brumberger (CSU)	286—287
Wolf (SPD)	287—289
Weinzierl Alois (CSU)	289—290
Kaiser (CSU)	290—291
Röll (SPD)	291—292
Ortklaph (CSU)	292—293
Haudt Georg (CSU)	293—294
Marz (SPD)	294—295
Piechl (CSU)	295
Erklärung des Staatsministers Dr. Schlögl zum illegalen Wurstverkauf im Hause des Finanzpräsidiums	293
Erklärung des Abgeordneten Dr. Hundhammer (CSU) zur angeblichen Äußerung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Müller betreffend Forderung einer zweiten Währungsreform	295—296
Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung der Zeit für die nächste Sitzung	296
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Wolf (SPD)	296
(Die Sitzung wird vertagt.)	
—	
Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 11 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.	
Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.	
Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Bauer Hansheinz, Behrisch, Dr. Bühner, Dr. Dehler, Donsberger, Fichtner, von Knoeringen, Körner, Dr. Korff, Dr. Kroll, Hagen Lorenz, Dr. Laforet, Neumann, Dr. Pfeiffer, Dr. Probst, Dr. Schwalber, Seifried, Stod, Wimmer, Dr. Wittmann und Dr. Witzhofer. Zum Schutze der entschuldigten Abgeordneten darf ich darauf hinweisen, daß ein Teil von ihnen wirklich durch anderweitige Dienstgeschäfte verhindert ist,	
(Zuruf: Bonn!)	
— insbesondere durch die Tätigkeit in Bonn. Ich möchte dies feststellen, damit kein falscher Eindruck entsteht. Es handelt sich hierbei um Verpflichtungen, die teilweise mit dem Landtag selbst zusammenhängen.	
Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einen Vorschlag wegen der Behandlung des	

(Präsident)

Antrags Kiene zur Fleischversorgung machen. Der Antrag wurde gestern zurückgestellt, da zu dieser Frage der Ernährungsminister Stellung nehmen muß. Nach meiner Auffassung werden sich an die Erklärung des Ministers weitere Ausführungen anschließen. Ich möchte dem Hause vorschlagen, heute vormittag die Tagesordnung so weit als möglich vorwärtszutreiben, um heute nachmittag 3 Uhr den Antrag zur Fleischversorgung behandeln und gleich in die Debatte darüber eintreten zu können. Das Haus ist damit einverstanden.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Beschluß des Senats vom 24. September 1948 zum Gesetz über das Nutzungsrecht bei Siedlerstellen (Beilage 1943).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Hoegner. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]: Der Verfassungsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 27. Oktober 1948 mit den Einwendungen des Senats beschäftigt. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter war der Kollege Allwein.

Der Berichterstatter gab den Beschluß des Senats vom 24. September 1948 (Anlage 125 der Druckschriften des Senats) bekannt, wonach der Senat gegen das Gesetz über das Nutzungsrecht bei Siedlerstellen Einwendungen erhoben hat. Die Einwendungen des Senats betreffen den Begriff „Siedlerstelle“ und richten sich auch dagegen, daß Siedlern nicht nur zu Beginn einer Anbauperiode, sondern mitten im Wirtschaftsjahr die Gartennutzung entzogen werden kann. Der Senat bezweifelt auch, ob das Gesetz, das unbillige Härten enthalte, mit der Bayerischen Verfassung in Übereinstimmung stehe. Der Senat schlägt endlich vor, dem Gesetz keine rückwirkende Kraft beizulegen, sondern eine andere Regelung zu treffen, um den durch diese Bestimmung bezweckten Erfolg zu erreichen.

Der Berichterstatter erklärte, den Einwendungen des Senats könne in weitgehendem Maße Rechnung getragen werden, und schlug für das Gesetz die Fassung vor, wie sie in Beilage 1943 niedergelegt ist.

Der Mitberichterstatter beantragte ebenfalls, den Einwendungen des Senats zu entsprechen. Durch die rückwirkende Kraft des Gesetzes sollten an sich Prozesse verhütet werden. Den vom Berichterstatter vorgeschlagenen Änderungen stimmte er zu.

Abgeordneter **Brechtl** erklärte, daß er schon bei der ersten Beratung des Gesetzes Einwendungen dagegen erhoben habe, dem Wohnungsinhaber gleichzeitig mit der Wohnung die Gartennutzung zu entziehen. Jeder hänge an seinem Hausgarten und auch die politisch Belasteten sollten desselben nicht beraubt werden. Die Gartennutzung sollte nur insoweit von der Beschlagnahme erfaßt werden, als dem neuen Wohnungsinhaber ein angemessener Anteil durch die Wohnungsbehörde zugesprochen werden kann, während sie im übrigen im wesentlichen dem Wohnungsinhaber verbleibt. Es müßte also wegen der Gartennutzung eine Milderung eintreten.

Der Berichterstatter betonte, daß diesem Wunsch durch die Neufassung weitgehend Rechnung

getragen sei. Die Neufassung gehe im Gegenteil sogar darüber hinaus, indem sie vorsehe, die Gartennutzung dem Eigentümer zu belassen, wenn für ihn ein erheblicher Schaden durch ihren Entzug eintreten würde.

Die Eingaben ersuchen gleichfalls um die Rückgängigmachung des Gesetzes. Dr. Rudolf in München mache die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes geltend. Der Bayerische Siedlerbund teile mit, daß durch das Gesetz Beunruhigung in den Siedlerkreisen entstanden sei. Die Siedlergemeinschaft am Hardt in München ersuche um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unter Beiziehung der Beteiligten an Ort und Stelle.

Durch die nunmehr vorgeschlagene maßvolle Regelung könne ein Ende der Streitigkeiten herbeigeführt werden, wenn die Wohnungsbehörden einen vernünftigen Gebrauch von der Ermächtigung machen, die ihnen das Gesetz gibt. Die Eingaben könnten als durch die Neufassung des Gesetzes erledigt erklärt werden.

Der Abgeordnete **Schjbeck** machte darauf aufmerksam, daß auch die Überschrift des Gesetzes geändert werden müsse.

Der Berichterstatter schlug vor, die Überschrift lauten zu lassen: „Gesetz über das Nutzungsrecht bei Wohnungsbeschlagnahmen.“

Der Verfassungsausschuß beschloß:

Das Gesetz wird nach den Vorschlägen des Berichterstatters in Berücksichtigung der Einwendungen des Senats neu gefaßt.

Die Eingaben werden durch den Beschluß als erledigt erklärt.

Ich schlage vor, dem Beschluß des Verfassungsausschusses mit der Maßgabe beizutreten, daß in Art. 3 an Stelle des 1. Oktober 1945, der willkürlich gewählt ist, der 8. Mai 1945 gesetzt wird. Dies ist der Tag des Abschlusses der Kapitulation. Es wurden nämlich praktisch auch vor dem 1. Oktober 1945 derartige Beschlagnahmen getroffen. Ich erlaube mir, diese Abänderung anzuregen. Im übrigen beantrage ich, dem Ausschlußbeschluß zuzustimmen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Das Gesetz hat auf Grund der Anregungen des Bayerischen Senats durch den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen eine solche Veränderung erfahren, daß es angezeigt erscheint, es als neues Gesetz zu behandeln.

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle das fest.

Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf: Art. 1.

Bei gesetzlich zulässiger Beschlagnahme von Wohnungen politisch Belasteter geht neben der Wohnung auch das Benutzungsrecht an den Nebengebäuden und die Gartenbenutzung vom neuen Anbaujahr ab auf den Eingewiesenen über.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die Art. 1 die Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. —

(Präsident)

Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Art. 2:

- (1) Die Wohnungsbehörde kann eine abweichende Regelung treffen, wenn die Gartennutzung außergewöhnlich hoch ist und ohne Beeinträchtigung der Wohnungsnutzung vom dieser getrennt werden kann.
- (2) Sie muß die Gartennutzung dem Eigentümer belassen, wenn sonst für ihn ein erheblicher Schaden eintreten würde.

Da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Bei Art. 3 berücksichtige ich die Anregung des Abgeordneten Dr. Hoegner. Die Bestimmung lautet dann:

Das Gesetz findet auf die seit 8. Mai 1945 ausgesprochenen Beschlagnahmen entsprechende Anwendung. Es tritt am 1. Dezember 1948 in Kraft.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Art. 3 in dieser geänderten Fassung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. —

Ich stelle auch hier die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Damit ist die erste Lesung beendet. Wir treten in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe auf Art. 1, 2 und 3 in der Fassung der ersten Lesung.

Ich stelle fest, daß das Gesetz auch in zweiter Lesung angenommen ist.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. Widerspruch erfolgt nicht. — Ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Es ist einstimmig so beschloffen. Weiter stelle ich fest, daß damit die Beschlüßfassung des Hauses vom 23. September 1948 aufgehoben ist.

Das Gesetz erhält die Überschrift:

Gesetz über das Nutzungsrecht bei Wohnungsbeschlagnahmen.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschloffen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird.

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte keiner Erinnerung begegnet sind.

Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat außerdem beschloffen:

Die hierzu einschlägigen Eingaben des Rechtsanwalts Dr. Ewald Rudolf in München, des Bayerischen Siedlerbundes e. V. in München und der Siedlergemeinschaft am Hardt in München betreffend Änderung des Gesetzes über das Nutzungsrecht bei Siedlerstellen werden auf Grund des vorstehenden Beschlusses als erledigt erklärt.

Das Haus tritt diesem Ausschlußbeschlusse bei. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nunmehr zum

Rest der Tagesordnung der 91. Sitzung vom 3. November 1948; hier: Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Dr. Beck und Genossen betreffend Gewährung einer finanziellen Überbrückungshilfe für die auf Landesbasis lizenzierten Jugendverbände (Beilage 1910).

Hier steht noch die Abstimmung über den Antrag auf Beilage 1910 bzw. 1827 aus.

Der Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Bayerischen Jugendring für die auf Landesbasis lizenzierten Jugendverbände eine finanzielle Überbrückungshilfe in Höhe von insgesamt 30 000 DM zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluß des Ausschusses für den Staatshaushalt geht dahin, diesem Antrag auf Beilage 1827 zuzustimmen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Stang hat das Wort.

Dr. Stang (CSU): Meine Damen und Herren! Wir haben gestern die Abstimmung über diesen Antrag bis heute zurückgestellt, um sie aus der etwas schwülen Atmosphäre herauszuheben, die durch die sogenannte Jugenddemonstration hier im Hof erzeugt worden ist. Es ist nicht meine Absicht, auf die ganze Angelegenheit nochmals eingehend zurückzukommen, ich möchte mich vielmehr auf folgendes beschränken: Wenn auch die Sache, über die wir jetzt eine Entscheidung zu treffen haben, mit dem, was gestern die Demonstration veranlaßt hat, in keinem inneren Zusammenhang steht, so betrifft doch unsere Entscheidung den gleichen Personenkreis, um den es sich auch gestern gehandelt hat. Ich möchte heute noch einmal im Namen meiner Parteifreunde feststellen: Wir sehen in der gestrigen Demonstration eine sinnlose Kundgebung, denn sie wandte sich an den Landtag, der der Überlassung der Jugendherbergen an den Jugendring durchaus freundlich gegenüberstand und auch gestern durch seine Äußerungen diese Sympathie bekundet hat. Wir sehen in dieser Kundgebung auch insofern eine Sinnlosigkeit, als sie sich in Formen vollzog, die wirklich nicht geeignet waren, die Sympathie für diese Jugend zu heben.

(Sehr richtig!)

Wir müssen das deshalb schmerzlich bedauern, weil wir unsere Jugend immer als die Trägerin der Zukunft unseres Volkes angesehen haben und auch immer als die Grundlage für die Entwicklung unseres Volkes ansehen werden. Wir können keinen Sinn darin erblicken, daß man vor dem Landtagsgebäude, dem Gebäude der Volksvertretung, das gegen derartige Unternehmungen geschützt sein sollte, mit Pfeifen, Töhlen und, wie ich auch hörte, Bewerfen der Fenster mit kleinen Steinchen demonstriert. Ich muß es auch bedauern — ich will hier nicht im Namen meiner ganzen Fraktion sprechen —, daß man es von seiten der maßgebenden oder des maßgebenden Herrn des Jugendrings nicht verstanden hat, den Herrn Ministerpräsidenten gegen eine derartige Behandlung, wie sie ihm zuteil geworden ist, zu schützen. Dafür ist uns der Herr Ministerpräsident zu gut. Es war

(Dr. Stang [CSU])

nur dem morgens bei der Besprechung gegebenen Wort zuzuschreiben, daß er vor diese johrende und pfeifende Jugendmenge getreten ist. Er hat es nur getan, weil er diesem Wort nicht untreu werden wollte und ein gewisser Druck auf ihm lag.

Solche Vorkommnisse dürfen sich unter keinen Umständen wiederholen. Meine Parteifreunde erwarten deshalb, daß möglichst rasch für die Wiedereinführung der früher den Landtag schützenden Bannmeile gesorgt wird. Ich kann mich als ehemaliger Präsident dieses Hauses erinnern, daß ich soundso oft bei ganz harmlosen Kundgebungen, wenn sich etwa ein Schützenverein durch diese Bannmeile bewegen wollte, als Landtagspräsident eigens die Erlaubnis dazu aussprechen mußte. Diese Bannmeile muß unter allen Umständen möglichst rasch wieder geschaffen werden.

Wenn wir jetzt unsere Zustimmung zu dem Zuschuß an den Bayerischen Jugendring geben, weil wir uns in der Sorge für unsere Jugend durch das, was gestern geschehen ist, nicht beirren lassen, erwarten wir aber auch, daß der Jugendring seine Jugend besser führt. Ich mache hier keine Ausnahme und unterscheide nicht zwischen den Herren des Jugendrings, die weltanschaulich ganz verschiedene Wege gehen. Wenn von seiten der katholischen Jugendführung oder der evangelischen Jugendführung dieser Demonstration zugestimmt worden ist, muß ich das aufs tiefste bedauern. Ich hoffe, daß in Zukunft eine bessere Führung Platz greift. Hier müssen alle erzieherischen Mittel angewendet werden, um die Jugend in Zukunft von solchen Ausschreitungen zurückzuhalten. Es ist bezeichnend, daß in Schulen durch Zirkulare auf diese Kundgebung aufmerksam gemacht worden ist. Wenigstens in einer bestimmten Schule ist das geschehen, soviel mir bekannt wurde. Ich nehme an, daß es wie in dieser Schule auch in anderen Schulen der Fall war.

(Hört, hört!)

Dafür, daß sogar ein Organisator für den Aufmarsch bestellt wurde, habe ich Verständnis, denn es muß sich alles in Ordnung vollziehen. Trotz dieser Vorsorge konnte es aber durch die Organisatoren nicht verhindert werden, daß diese sogenannte Demonstration so erbärmliche Formen angenommen hat. Ich habe heute früh in einem Gymnasium, dem ich selbst angehörte, die Einladung zu dieser Kundgebung an der offiziellen Amtstafel angehängt gefunden.

(Zuruf: Furchtbar!)

— Das ist nicht „furchtbar“, aber jedenfalls unangehörig. Es ist das geschehen, obwohl der Rektor selbst eingesehen hat, daß man die Jugend nicht auf das politische Kampffeld führen sollte. Er wußte wohl, was früher auf diesem Gebiet geleistet worden ist. Mit Recht hat gestern ein Kollege dieses Hauses, der nicht meiner Fraktion angehört, gesagt: Es fehlt bloß noch das Lied „Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen“ und wir hätten wieder die Zustände von früher.

Nur unter der Voraussetzung, daß die Forderungen, die ich eben aufgestellt habe, erfüllt werden, können wir mit der gleichen Sympathie und mit der gleichen Herzlichkeit wie bisher den Bestrebungen der Jugend gegenüberstehen.

(Beifall.)

Präsident: Es war wie eine Vorahnung, daß das Präsidium des Landtags sich am Tage vorher mit der Frage der Bannmeile beschäftigt hat. Wir werden uns über die Frage neuerdings unterhalten und die Regierung beauftragen, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag einzubringen, damit wieder die ordnungsmäßigen Verhältnisse hergestellt werden, wie sie früher bestanden haben. Dabei kann ich nicht oft genug dem Wunsch Ausdruck geben, daß wir möglichst bald ein würdiges Heim für unsere Volksvertretung bekommen. Ich bitte die Staatsregierung, es nicht übelzunehmen, wenn ich als Präsident dieses Hauses aus einer ganzen Reihe von Gründen immer wieder für möglichste Beschleunigung dieser Angelegenheit eintrete. Sie hat für die ganze Geschäftsführung eine eminente Bedeutung. Auch die Frage der Bannmeile und des Polizeischutzes wird sich ganz von selbst erledigen, wenn wir für unsere Landtagsberatungen wieder ein ständiges Heim zur Verfügung haben.

Das Wort hat nunmehr der Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Staatssekretär Dr. Müller: Die Staatsregierung bedauert den gestrigen Demonstrationzug um so mehr, als vor 1 Uhr abschließende Verhandlungen mit dem Herrn Ministerpräsidenten stattgefunden hatten und ich namens der Staatsregierung eine für alle Kreise befriedigende Erklärung abgegeben hatte, die schon vor 3 Uhr nachmittags erfolgt war.

(Lebhafte Hört, hört!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Linnert hat das Wort.

Dr. Linnert (FDP): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Gestern haben sich mehrere Abgeordnete bei ihrer Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag und zu den Vorgängen des gestrigen Tages darauf bezogen, daß sie früher selbst Mitglieder einer Jugendbewegung gewesen seien und also volles Verständnis für die Wünsche der Jugend hätten. Ich gehöre einem Jahrgang an, der leider nicht darauf zurückgreifen kann, daß er bei einer Jugendbewegung war; denn in meiner Jugendzeit gab es so etwas nur ganz sporadisch und auf keinen Fall in dem Ausmaß wie heute. Und gerade deswegen habe ich besonderes Verständnis für die Bestrebungen der Jugend, denn ich hätte es dankbar begrüßt, wenn auch mir in meiner Jugend solche Gelegenheiten geboten worden wären, wie sie die letzten Jahrzehnte ermöglichten.

(Sehr richtig!)

Man braucht nicht einer Jugendbewegung angehört zu haben, um dafür Verständnis zu haben, sondern ich glaube, gerade aus dem Gegenteil heraus sagen zu können: Wir fördern alles, was dazu beitragen kann, unserer Jugend zu helfen. Dazu gehört aber vor allem, daß wir in einem Staate, wie wir ihn heute haben, unsere Jugend zur Demokratie erziehen.

(Sehr gut!)

Zur Demokratie gehören ganz bestimmt nicht derartige Demonstrationen, wie sie gestern vorgekommen sind.

(Sehr richtig!)

Wir haben in diesem Hause schon öfters Demonstrationen erlebt. Ich erinnere an die Demonstration der

(Dr. Sinnert [FDP])

Frauen der Kaltherberge, ich erinnere an die Demonstration der Kriegsbeschädigten.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, gegen solche Demonstrationen hat niemand etwas einzuwenden,

(sehr gut!)

wenn sich die Betroffenen hier in einer anständigen Form — auch mit Plakaten — aufstellen, um den Volksvertretern, ihren gewählten Vertretern, ihre Wünsche darzubringen, falls sie glauben, auf anderem Wege nichts erreichen zu können. Ich glaube, der Unterschied zwischen diesen Demonstrationen zeigt doch deutlich auf, daß hier irgend etwas fehlgegangen ist. Ich könnte an und für sich das, was Herr Dr. Stang gesagt hat, nur unterschreiben. Jugend soll sich selbst führen. Das ist ein sehr schöner Gedanke. Aber dazu müssen wir ja unsere Jugend erst erziehen. Das hat sie in den letzten drei Jahren noch nicht lernen können. Folglich fällt die ganze Verantwortung für diese Demonstration auf diejenigen, die die Jugend heute führen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Von dieser Verantwortung kann sie niemand freisprechen. Demokratie besteht doch nicht darin, daß man wahllos Demonstrationen veranstaltet, auch nicht darin, daß man sagt, ich bin der Vertreter irgendeiner Gruppe, ich muß unter allen Umständen ihre Interessen so oder so wahrnehmen, sondern Demokratie besteht doch in der Selbstverantwortung. Diese Selbstverantwortung zu wahren, dazu sollte man unsere heutige Jugend — noch dazu in diesen Jahrgängen von 12 bis 14 und 15 Jahren — doch nicht aufrufen. Wir wissen ja — ich glaube, Sie alle haben das schon erfahren —, welchen Kampf jeder einzelne von uns darum führen muß, daß Landtag und Senat und wir als Abgeordnete die Achtung draußen im Volk erfahren, die wir verlangen können. Ich darf auf ein Beispiel hinweisen, das zeigt, wie hier an uns und an der Demokratie gesündigt wird. Ich habe die „Würnberger Nachrichten“ vom 3. November, also von gestern, vor mir liegen. Sehen Sie sich einmal diese Überschrift an: „Warmes Bad gefällig, Herr Abgeordneter?“ Und lesen Sie einmal den Artikel! Dieser Aufsatz beschäftigt sich nämlich mit dem neu aufzubauenden Maximilianeum. Es ist unglaublich, was hier geboten wird, und wenn das ein Junge — der liest ja die Zeitung genau so wie irgendein anderer — zu lesen bekommt, dann sagt er: „Auf die können wir ruhig pfeifen, die sind gar nicht mehr wert, als daß man auf sie pfeift.“

(Sehr richtig!)

Sie müssen sich diese in großer Aufmachung gebrachten Ausführungen einmal ansehen. Darin steht unter anderem — ich kann natürlich nicht alles vorlesen —

Und so ist es nun gekommen,

— weil das Maximilianeum zerstört war —

daß der Bayerische Landtag auf der Suche nach einem Ersatz für sein zerbombtes Parlamentsgebäude das Maximilianeum als zukünftigen Sitz auserlor. Nicht einmal die Herren des Dritten Reiches wagten es, wie zunächst beabsichtigt, eine SM-Schule aus der Stiftung zu machen. Doch der Zusammenbruch löste auch das Kuratorium auf.

Man stellt uns also noch über das Dritte Reich und die SM. Stellen Sie sich die Wirkung auf die Öffentlichkeit vor! Es geht aber noch viel schöner weiter!

Doch die Monate vergingen und eine Unterschrift blieb aus. Einsetzte sich aber ein Senat, der auch nach standesgemäßen Räumen lechzt, und dazu ein übertüchtiger Ministerialrat als oberster Bauleiter, der den Ehrgeiz entwiderte, das „schönste Parlament Europas“ zu bauen.

Das bezieht sich auf die saubrummen Ausführungen — anders kann ich sie gar nicht bezeichnen —, wie sie in dem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ erschienen sind.

(Sehr richtig!)

Ein solches verträgt natürlich keine ausgepowerte Stiftung neben sich, zumal das 5stöckige Maximilianeum bei weitem nicht die Größe des alten Parlamentsgebäudes hat. Ein Landtag weiß sich zu bescheiden und der Bevölkerung ein gutes Beispiel für die Anpassung an die Raumnot zu geben. So beschränkten sich die Pläne zunächst nur auf einen großen Plenarsaal...

Und dann heißt es:

und eine Garderobe in bescheidenem Marmor, Fußboden hellbraun, Türverkleidungen dunkelrot à 12 000 DM. Dazu kommen: Ein großer Archiv- und Bibliotheksaal, ein Postamt, beide mehr als 20 Meter lang und 10 Meter breit, ein Zimmer für den Landtagspräsidenten, zwei für die Vizepräsidenten, zwei große und mehrere kleine Fraktionsäle, acht Verwaltungszimmer usw.

Ich kann Ihnen nicht alles vorlesen. In dieser Tonart geht es in dem langen Artikel unentwegt weiter. Es kommt noch schöner:

Die Volksvertretung solle sich in Baracken oder in einer Scheune installieren,

(hört, hört!)

was in der Welt sicher Beachtung und Anerkennung finden würde und sehr wahrscheinlich Geldspenden zur Folge hätte.

(Haas: Der Herr Drechsel braucht dann auch keinen Wagen!)

— Sehr richtig, Herr Kollege Haas. Wir sind uns vollkommen einig.

(Lebhafte Zurufe.)

Wenn derartige Aufsätze in einer Zeitung mit einem Verbreitungsgebiet von über einer halben Million Einwohner erscheinen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn draußen im Land — wir hören das in der Bahn und überall — über diese „Volksbunzen“ usw. gesprochen wird, über ihre Autos und dergleichen. Welche Resonanz wird das dann finden, wenn eine Jugend von ihren Führern nicht darüber aufgeklärt wird, um was es in der Demokratie geht! In der Demokratie geht es um Selbsterziehung und Selbstverantwortung.

Deswegen bedauere ich die gestrige Demonstration außerordentlich; denn sie war, wie Dr. Stang sagte, sinnlos; niemand in diesem Hause — das wird ja nachher die Abstimmung beweisen — denkt nämlich auch nur im entferntesten daran, die Jugend zu verkürzen. Unsere Jugend, auf die wir doch bauen! Wo soll die Demokratie hinkommen, wenn die Jugend nicht zur Demokratie erzogen wird? Dann geht die Demokratie in

(Dr. Sinnert [FDP])

wenigen Jahren genau so kaputt, wie sie 1933 kaputt gegangen ist.

(Sehr richtig!)

Wenn gesagt wird, man möge eine Bannmeile um den Landtag legen, so muß ich sagen: Es ist sehr traurig, wenn wir so etwas tun müssen.

(Sehr richtig!)

Meine Fraktion wird dieser Bannmeile nicht zustimmen.

(Dr. Stang: Die Bannmeile war doch schon in der königlichen Zeit da!)

Wir müssen uns selbst so viel Achtung verschaffen, daß eine geistige Bannmeile besteht, aber nicht eine von Schutzleuten abgesperrte Bannmeile. Ich möchte aber dringend bitten — das geht alle Kreise an —, unsere Jugend anders zu erziehen, als sie seit 1933 erzogen worden ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es soll nicht mehr heißen — das ist heute schon angedeutet worden —: „Führer befiehlt, wir folgen!“ sondern es muß heißen: „Wir Führer sind verantwortlich; Jugend, mache es so, daß wir eine gesunde und aufrechte Demokratie halten können.“

(Lebhafte Beifall.)

Präsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten gestern eine Besprechung wegen des Maximilianeums. Dabei bin ich über manche Ausführungen erschrocken. Wir werden uns damit noch beschäftigen müssen, weil hier in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet wird, als ob es sich bei der Wiederherstellung des Maximilianeums um einen Lugsbau handeln würde. Statt dessen handelt es sich darum, eines der wichtigsten Kulturdenkmäler Bayerns vor dem Verfall zu bewahren.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist die einfache Tatsache. Sie wissen, wieviel wir an Kulturdenkmälern schon verloren haben. Zweitens ist auch die Innenausstattung so gedacht, daß sie einfach und zweckmäßig ist. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete **M a r z**.

M a r z (SPD): Meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß man wieder in diese Aussprache eingetreten ist. Gestern herrschte hier die einhellige Meinung, daß die Vorkommnisse, die sich unten abgespielt haben, von keinem Abgeordneten verteidigt werden und daß sie sich nicht wiederholen dürfen. Das einzige, worin wir uns unterscheiden, war die Beurteilung der Ursachen, die Beurteilung der Gefühle der Jugend. Ich möchte in diesem Zusammenhang meinerseits nur die Schärfe der Beurteilung durch den Herrn Abgeordneten Dr. Stang zurückweisen.

(Lebhafte Zurufe.)

Ich bin nicht der Meinung, daß das nur eine johlende Menge gewesen ist.

(Dr. Stang: Was war es denn anders?)

— Herr Dr. Stang, waren Sie unten?

(Dr. Stang: Ja! — Lebhaftes Zurufe rechts, unter anderem: Abgerichtet!)

— Und haben Sie das gesehen?

(Dr. Stang: Jawohl, ich habe es gesehen.)

Ich habe hier gestern erklärt, daß ich auch unten gewesen bin und daß ein großer Teil der Jugend sich an diesem Johlen und Pfeifen nicht beteiligt hat.

(Stürmische Zurufe.)

— Hier ist keine Verallgemeinerung am Platze. Ich sage sogar, daß ein Teil der pfeifenden Jugend damit nicht irgendwie eine Unartigkeit oder eine Ablehnung gegenüber dem Herrn Ministerpräsidenten dokumentieren wollte.

(Sehr richtig! links. — Lebhafter Widerspruch bei der CDU und FDP.)

— Wenn Sie das behaupten, dann haben Sie jedes Gefühl für Opposition, wie sie in jeder Jugend vorhanden ist, verloren. Das ist das Entscheidende. Die Opposition der Jugend, Herr Dr. Stang, braucht nicht deswegen verurteilt zu werden, weil Sie eine konsequente Ablehnung von Zuständen zum Ausdruck bringen, sondern dieses Gefühls der Jugend kann man sich annehmen und es zu formen versuchen; aber man kann es niemals dadurch formen, daß man diese Jugend als johlende und pfeifende Menge bezeichnet.

(Lebhafte Widerspruch rechts.)

Es gibt niemand, der das nicht verurteilt, was gestern geschehen ist. Aber wir müssen die Schärfe des Urteils mildern.

(Dr. Stang: Was verurteilen Sie denn dann, wenn Sie das in Schutz nehmen?)

— Ich beurteile das Pfeifen anders als Sie. Ich sage nicht, daß es gegen den Herrn Ministerpräsidenten gerichtet war.

(Dr. Stang: Gegen wen denn sonst?)

— Wenn Sie sich einmal die Mühe machen wollten, unter diese Jugend zu gehen und sich mit ihr zu unterhalten, dann würden Sie wahrscheinlich zu einer anderen Überzeugung kommen.

(Anhaltende, lebhaftes Zurufe.)

Gehen Sie in Ihre eigenen Jugendverbände! Gehen Sie selbst hin, dann werden Sie merken, was los ist!

(Zuruf: Wir waren doch selber unten!)

— Dann können Sie nicht mehr behaupten, daß das eine johlende und pfeifende Jugend ist.

(Lebhafte Widerspruch.)

Ich wollte nur noch zum Ausdruck bringen, daß gestern hier auch von Ihrer Seite sehr vernünftig zu diesem Problem gesprochen worden ist. Das, was vom Herrn Abgeordneten Meißner und von dem Abgeordneten aus Augsburg gesagt worden ist, können wir vollständig unterschreiben. Es unterscheidet sich aber vorteilhaft von dieser bedingungslosen Beurteilung, wie sie hier durch Herrn Dr. Stang erfolgt ist.

(Dr. Stang: Sie haben meine Rede nicht ganz gehört!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. **B e c k**.

Dr. Beck (SPD): Ich möchte nur auf die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Müller antworten. Es ist wahr, ich habe gestern mittag gesagt:

(Dr. Beck [SPD])

„Herr Ministerpräsident, ich werde sofort im ‚Jugendring‘ anrufen und nach dem Ergebnis der Unterhaltung versuchen, die Demonstration zu vermeiden.“ Ich habe Sie aber auch darauf aufmerksam machen müssen, Herr Ministerpräsident, daß es bereits 1 Uhr 15 sei, daß um 2 Uhr der Landtag beginne und daß es mir kaum möglich sein werde, in der kurzen Zeit die verantwortlichen Jugendführer von München zusammenzurufen. Auf diese Dinge habe ich Sie also gestern mittag aufmerksam machen müssen. Zweitens habe ich nach Rücksprache mit den verantwortlichen Münchener Leitern geglaubt, daß Ihr Erscheinen allein genügen wird, um Disziplin hereinzubringen. Ich bin entsetzt gewesen, als ich dieses Produkt von moderner Jugendziehung, für die wir nicht die Verantwortung tragen — Sie wissen ja, daß in Deutschland heute zwei Stellen die Jugend erziehen, für die wir nicht verantwortlich zu machen sind —, gesehen habe. Ich habe mich bemüht, das kann ich Ihnen versichern, alles zu erreichen, um die Menge erst einmal zur Ruhe zu bringen. Ich habe geglaubt, daß Ihr Erscheinen allein genügen wird, um Ruhe herbeizuführen. Die Mehrzahl der Jugend — das kann jeder Abgeordnete, der unten war, bestätigen — war vollkommen ruhig und diszipliniert, als Sie erschienen sind, und hat Beifall geklatscht. Ein ganz kleiner Teil der Jugend nur hat die Gelegenheit benutzt und hat gepfiffen. Das wollte ich dazu sagen.

(Zurufe und Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Ich glaube, daß wir mit dieser Debatte bald zu Ende sind. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zietsch.

Zietsch (SPD): Meine Damen und Herren! Es gibt einen schönen Goethe-Spruch, den der Dichter im Torquato Tasso² anführt:

Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende,
Was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt.

An diesen Spruch wurde ich bei der gestrigen Debatte und auch heute wieder erinnert. Wenn wir die Sache ruhig betrachten, so brauchen wir ja zunächst einmal nur an die Verfassung zu denken, wo es in Art. 113 heißt, daß alle Bewohner Bayerns das Recht haben, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Im Landtag wird kaum jemand sein, der diesen Verfassungsartikel nicht unterschreiben wollte. Demzufolge ist also, zunächst einmal rein sachlich gesehen, die **Kundgebung**, die gestern vorgesehen war, rechtlich einwandfrei.

(Dr. Sinnert: Herr Zietsch, diese formale Auffassung der Demokratie hat die Weimarer Verfassung kaputt gemacht!)

— Ich bin noch nicht fertig, Herr Kollege Dr. Sinnert, lassen Sie mich ruhig sprechen. Warum so aufgeregt?

Die Ausführungen des Herrn Kollegen Stang über jenen Zettel, der am Schwarzen Brett hing, gaben mir Veranlassung, doch einmal zu lesen, was darin steht. Das ist eine ganz einfache Angelegenheit. Da heißt es:

Jugendherbergen und Jugendheime in Gefahr! Die Jugendherbergen sind in jahrzehntelanger Arbeit durch Sammlungen und Spenden der Jugend aufgebaut worden. Sie gehören der gesamten bayerischen Jugend. Das Landesamt für

Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung hat veranlaßt, daß die Jugendherbergen als Nazi-vermögen unter Kontrolle gestellt werden. Das gesamte Jugendherbergsnetz ist in Gefahr! Was ist aus den Hitler-Jugendheimen geworden? Sollen sie an den Meistbietenden verschleudert werden? Wir fordern die Erhaltung der gesamten Jugendherbergen und die Freigabe der Jugendheime für die Jugend.

(Dr. Stang: Ganz in Ordnung!)

Die einzige Möglichkeit, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen:

Münchener Jugend, heraus zur Protestkundgebung am Mittwoch, den 3. November 1948 nachmittags 16 Uhr 30! Bei dieser Kundgebung sollen die Forderungen der bayerischen Jugend für Erhaltung und Freigabe der Jugendherbergen und Jugendheime dem Landtag überreicht werden.

(Dr. Stang: ... überreicht werden!)

Wir erwarten die Unterstützung unserer Forderungen durch die Volksvertretung.

Also bitte, meine Damen und Herren, die Jugend wendet sich ganz vernünftig an die Volksvertretung, sie geht zur Volksvertretung und will ihre Forderungen überreichen und ihnen durch ihr zahlreiches Erscheinen Nachdruck verleihen.

(Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Zietsch (SPD): Dieser Nachdruck ist ihr durchaus gelungen.

(Zurufe.)

— Ich will es gleich feststellen, tun Sie nur mal langsam! Man weiß auf einmal, daß es in Bayern Jugend gibt. Weiter heißt es dann:

Wir versammeln uns um 16 Uhr 15 am Sportplatz des Kreisjugendrings München an der Sophienstraße, Nähe Hauptbahnhof, und ziehen gemeinsam vor das Landtagsgebäude an der Sophienstraße.

Der Bayerische Jugendring.

Der Herr Kollege Dr. Stang meint, diese Demonstration sei sinnlos gewesen. Nun möchte ich doch sagen: Nein, das war sie nicht! Wenn Sie das nicht glauben wollen, erinnere ich Sie an die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Müller, die er soeben gemacht hat. Er hat mitgeteilt, daß gestern mittag um 13 Uhr eine Vereinbarung getroffen war. Aber der Bayerische Jugendring verhandelt seit dem Jahre 1946, also seit mehr als zwei Jahren, wegen dieser Frage, die gestern die Jugend hierher vor das Landtagsgebäude geführt hat.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Das ist nicht richtig! — Staatssekretär Dr. Müller: Das stimmt doch nicht!)

Bis dahin war es nicht möglich gewesen, Regelungen zu treffen. Wenn durch diese Demonstration hier rascher eine Vereinbarung zustande gekommen ist — ich sage: rascher, als man vielleicht sonst annehmen konnte —, so ist also der Zweck der Sache erreicht worden.

(Dr. Stang: So, so, auch das noch!)

(Zietsch [SPD])

— Das ist für mich ganz klar. Ich sage, Herr Kollege Dr. Stang, der Zweck der Kundgebung ist erreicht worden, schon ehe sie gestartet wurde.

(Dr. Stang: Warum erfolgte sie dann noch?)

— Weil sie angekündigt war, weil man wußte, daß sie kommt und weil man den jungen Menschen etwas Positives sagen wollte. Das ist dann durch den Herrn Ministerpräsidenten geschehen.

(Dr. Stang: Die Jugend wollte es nicht hören!)

— Daß bei dieser Kundgebung Dinge vorgekommen sind, die wir alle verurteilen, steht auf einem anderen Blatt und hat mit der Sache an sich nichts zu tun, und deswegen will mir der erhobene Zeigefinger durchaus nicht gefallen. Denn ich sage: Die Bürokratie hat in einer Sache Schwierigkeiten gemacht, die auf andere Weise schon früher hätte richtig bearbeitet werden können. Die Bürokratie ist der Beauftragte des Volkes und hat das Entsprechende zu tun, und zu diesem Volk gehört auch die Jugend. Deswegen — mag die Form wegen ihrer Auswirkung auch nicht ganz in Ordnung gewesen sein, darüber sind wir uns einig — war die Kundgebung in der Sache selbst durchaus berechtigt und der Erfolg zeigte es auch.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus! Ich muß mich gegen die Ausführungen wenden, als ob durch diese Kundgebung oder durch die Ankündigung dieser Kundgebung irgend etwas erreicht oder verbessert worden wäre. Denn das, was die bayerische Staatsregierung, im besonderen das Finanzministerium, zugunsten der Freigabe der Jugendherbergen getan hat, ist schon vorher eingeleitet und betrieben worden. Die bayerische Staatsregierung — das muß ich besonders betonen — hatte sich schon vorher bemüht — nämlich bei der Militärregierung, meine Damen und Herren, wir wollen es offen sagen, den Wertzuwachs wegzubringen, um den es sich hier handelt, und sie hatte guten, wenn auch noch keinen vollen Erfolg bei der Sache. Das war schon vorher, ehe diese Kundgebung überhaupt in die Wege geleitet worden ist. Man hätte das sehr wohl auch schon vorher den Leuten sagen können. So ist es. Ob die Kundgebung zweckmäßig oder unzweckmäßig war, davon will ich nicht reden. Aber dagegen muß ich mich wenden, daß durch die Ankündigung der Kundgebung irgend etwas in Bezug auf die Jugendherbergen verbessert worden wäre. Das ist nicht richtig. Es ist nicht so, daß dadurch erst gewissermaßen die Tore aufgesprengt werden mußten, um das Verständnis der Staatsregierung herbeizuführen. Die Tore waren offen, man hat offene Türen eingerannt. Wenn die Herren, die diese Demonstration veranlaßt haben, einen Tag oder zwei Tage vorher zu mir gekommen wären, hätte ich ihnen dasselbe gesagt und wenn sie gar nicht zu mir, sondern zu einem Referenten im Finanzministerium gekommen wären, so hätten sie genau soviel Entgegenkommen gefunden.

Es ist nicht so, daß wir uns dagegen wehren, der Jugend zu geben, was wir ihr geben können, daß wir ihr nicht die Jugendherbergen zurückgeben wollen. Hier

liegen andere Schwierigkeiten dazwischen. Es handelt sich nicht darum, daß man der bayerischen Staatsregierung an den Kopf tippen und fragen muß: Habt Ihr für die Jugend etwas übrig? Wir haben etwas übrig. Die Schwierigkeiten liegen ganz woanders. Man kann sie nicht dadurch beseitigen, daß man vor dem Landtag oder vor der bayerischen Staatsregierung ein Pfeif- und Soblkonzert aufführt. Das ist meine Auffassung.

(Sehr richtig!)

Ich muß mich dagegen wehren, daß diese Kundgebung gewissermaßen erst das Verständnis geweckt hätte. Dadurch entsteht ein ganz falscher Eindruck in der Öffentlichkeit ebenso wie bei der Jugend, genau so, wie — am Rande bemerkt — ein falscher Eindruck entsteht, wenn man solche Artikel schreibt, daß das bayerische Parlament das schönste, wunderbarste Parlament der Welt ist.

(Zuruf: Die haben die Welt noch nicht gesehen!)

Ich weiß zufällig, wie das entstanden ist.

(Zietsch: Es ist die Äußerung eines Referenten!)

— Der Referent hat es aber anders gemeint.

(Hagen Georg: Richtig!)

Er hat gesagt: Hier haben Sie ein Gebäude mit einem Ausblick auf eine Stadt, wie ihn kaum ein Parlament hat. Aber für derartige immaterielle, ideelle Dinge hat man kein Verständnis. Wenn man etwas Derartiges sagt, bildet sich jeder ein, es muß ein dicker Geldbeutel dahinterstecken.

Im übrigen ist das etwas, was man gegen Bayern sehr gerne macht. Ich habe zufällig in Frankfurt eine Zeitung in die Hand bekommen, in der das Haus abgebildet ist, in dem der bayerische Vertreter wohnt. Da hieß es: Die Bayern haben sich äußerlich ein bescheidenes Haus gebaut, sehr einfach. Aber man mußte dem Bayern noch eines hinaufbauen und deswegen stand dabei: Aber innen sind Prachtseinrichtungen mit Prachtmöbeln in den Prachtzimmern für den Ministerpräsidenten und für die Minister und Abgeordneten vorhanden, die dort hinkommen. Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, dieses Haus zu besichtigen. Ich würde Sie aber bitten, noch einige Zeit zu warten; denn in diesen Zimmern steht außer den Privatmöbeln des bayerischen Bevollmächtigten noch nichts drin. Sie können also im Augenblick dort noch nicht übernachten. Warten Sie noch etwas, dann können Sie die Prunkmöbel ansehen!

(Dr. Hoegner: Also sind die Prachtmöbel aus den Fingern gelogen!)

Ich kehre nun zurück. Ich möchte nicht, daß etwa wieder eine falsche Darstellung in die Öffentlichkeit gelangt oder daß etwa bei der Jugend der Eindruck erweckt wird, als hätte ihre Demonstration erst das Verständnis der bayerischen Staatsregierung oder des Landtags für ihre Bestrebungen wecken müssen. Das ist keineswegs der Fall und dagegen möchte ich mich auch wenden.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karl Schmid.

Schmid Karl (CSU): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Es kommt nicht darauf an, daß man viele Worte über die gestrigen Vorgänge macht, sondern es kommt darauf an, daß man sich viele Gedanken darüber macht und die Dinge in aller Ruhe und Sachlichkeit

(Schmid Karl (CSU))

überlegt. Das, was gestern geschehen ist, wäre in der bayerischen Geschichte besser nicht geschehen. Ich will Ihnen eines sagen: Vor 100 Jahren, 1849, hat ein spanischer Adelsmann, Gesandter in Berlin, in Spanien eine Rede gehalten und unter anderem den Satz geprägt — jetzt hören Sie gut zu —: Die Menschheit geht mit Riesenschritten

(Zuruf: der Vollendung entgegen!)

einer noch nie dagewesenen Despotie und einer Katastrophe entgegen, die man sich nicht ausdenken kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Korff.)

— Jawohl. Und was ist nun geschehen? Derselbe Mann sagte vor 100 Jahren: Wie kann sie aufgehalten werden? Nicht dadurch, daß man mehr Freiheit, mehr Rechte, neue Verfassungen gibt, sondern nur dadurch, daß jeder einzelne sich ganz konsequent wieder auf die ewigen Grundsätze stellt und darnach handelt. Dann kann sie aufgehalten werden. Und wenn Sie mich fragen, so sagte er damals, ob ich daran glaube, daß man die Katastrophe auf dem Wege aufhalten kann, dann kann ich Ihnen keine Antwort darauf geben.

Sehen Sie, das halte ich mich im Augenblick für verpflichtet zu sagen. Wer an die Jugend glaubt, wer auf die Jugend hofft, wer die Jugend liebt, der wird alles daran setzen, um unserer Jugend, die die Zukunft unseres Volkes und jedes Volkes überhaupt ist, wieder den Boden zu geben, auf dem allein eine wirklich gesunde und hoffnungsvolle Entwicklung möglich ist.

Das sind die Freunde der Jugend, aber nicht die, die die Jugend auf Wege führen, auf denen es, wie die Vergangenheit beweist, nur Katastrophen geben kann. Darum möchte ich den hochverehrlichen Bayerischen Landtag bitten, diese Dinge ernst zu nehmen; denn wir haben allen Grund, sie so zu betrachten. Alles andere scheidet unbedingt aus. Das ist die Aufgabe; mit ihr wird die Entscheidung für unser Volk fallen.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Gröber.

Frau Gröber (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Nun wird eine Frau zu Ihnen sprechen. Ich hatte gestern abend eine Besprechung mit mehreren Frauen, darunter sehr vielen jungen Frauen, die auch aus der Jugendbewegung stammen. Ich habe ihnen den Vorfall erzählt und kann Ihnen sagen: Die Frauen waren davon erschüttert. Ich habe mehrere gefragt: Was würden Sie tun, wenn Ihr Kind dabei gewesen wäre? Sie sagten darauf: Ein paar herunterhauen, so war es früher! Nun steht zwar in der Verfassung: Jeder Deutsche hat das Recht zu demonstrieren. Aber das waren ja Kinder! Wenn Sie die Autorität der Regierung oder anderer Persönlichkeiten untergraben, dann, meine Herren, untergraben Sie die Autorität der Familie. Die Familie geht dabei zugrunde, und es wird nicht mehr lange dauern, dann werden dieselben Kinder den Vätern ein paar herunterhauen. So ist die Situation in Wirklichkeit. Ich kann Ihnen sagen, ich stimme aus Liebe zur Jugend für den Antrag. Es wird auch niemand sagen können, daß andere wie z. B. Dr. Stang nichts für die Jugend übrig haben; er hat selber Kinder. Wir verstehen, was der Jugend wohl und

wehe tut. Wir fühlen mit der Jugend, und weil wir mit ihr fühlen, fühlen wir uns verpflichtet, für den Antrag zu stimmen. Was wir aber nicht wollen, ist dies: Wir wollen keinen Massenmenschen haben. Wir wollen nicht mehr haben, daß Kinder zu uns kommen und sagen: Wenn ihr das nicht tut, dann gehen wir zur Gestapo! Diese Methode muß aufhören.

(Sehr gut!)

Sie müssen wieder Achtung vor den Erwachsenen, Achtung vor den Vätern und Müttern und vor der Staatsautorität haben. Deshalb habe ich mich zum Wort gemeldet. Und deshalb werde ich versuchen, wenn es nicht anders geht, einen Spalt in den Bayerischen Jugendring zu treiben und die katholische, die kirchliche Jugend wieder eigens zu erziehen.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Emmert.

Emmert (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, den Reigen der Redner unnötig zu verlängern. Es scheint mir, daß dieses Thema genügend abgewandelt ist. Ich will nur ganz kurz eines sagen. Man soll die zweifellos irreführende Jugend den Vorfall nicht entgelten lassen. Meine Fraktion hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß sie für die Jugend stimmen wird. Es wird Sache aller Beteiligten sein, eine Jugend, die gelegentlich entgleist, wieder auf den richtigen Weg zurückzuführen.

Was aber die „Nürnberger Nachrichten“ anlangt, so möchte ich namens meiner Fraktion doch einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

(Zuruf von der SPD: Die „Süddeutsche Zeitung“ hat es ja auch gebracht!)

Wir sind der Auffassung, daß man durch solche Veröffentlichungen, wie sie die „Nürnberger Nachrichten“ gebracht haben, der Demokratie, wenn man es mit ihr ernst meint, nur den denkbar schlechtesten Dienst erweisen kann. Man mag über die Abgeordneten und ihre Mandate denken, wie man will, aber eines steht fest: Wenn man keine Gelegenheit ungenutzt verstreichen läßt, den Volksvertreter in den Augen der Allgemeinheit herabzusetzen und herabzumwürdigen, dann schadet man der Sache mehr, als man ahnt. Ich glaube, die „Nürnberger Nachrichten“ halten die Spitze der sogenannten Überparteilichkeit. Es ist kein Geheimnis, auf welchem geistigen Nährboden die Zeitung gewachsen ist. Unsere Hoffnung, daß sie sich mehr als bisher über alle Parteien hinweg in den Dienst der Allgemeinheit stellen würde, hat sie bislang nicht erfüllen können. Das trifft gerade für Leute zu, die sonst sehr eifrig für die Demokratie gekämpft haben, leider nicht immer selbstlos. Ich bin der Auffassung

(Haas: Bitte deutlicher zu sprechen, Herr Kollege!)

— Herr Kollege Haas wird sicher mehr wissen —, daß der Landtag die Pflicht hat, sich mit dieser Verunglimpfung eingehend zu befassen und der Presse wieder jene Aufgaben zu überlassen, die sie gemeinsam mit dem Landtag zum Wohl der Demokratie allüberall zu erfüllen hat.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete **Hauff-Leiter**.

Hauff-Leiter (CSU): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es notwendig ist, die Jugend unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt in Schutz zu nehmen, und zwar unter folgendem: Die Jugend ist das eigentliche Opfer des Dritten Reiches geworden. Die deutsche Jugend liegt draußen auf den Schlachtfeldern und ihre Verstümmelten sind heute mit die verzweifeltsten Menschen, die es im Lande gibt.

(Dr. Linnert: Da war keiner dabei!)

— Lieber Kollege Linnert, lassen Sie mich doch aussprechen! Ich höre Ihnen auch immer so gerne zu. Die Jugend ist dadurch zum Opfer des Dritten Reiches geworden, daß man nicht verstanden hat, ihr die Einrichtungen der Demokratie zu verdeutlichen und sie ihrem Herzen in irgendeiner Weise nahezubringen. Man hat sie gegen die Demokratie marschieren lassen. Das Ergebnis war, daß sie für Adolf Hitler in den Krieg gezogen ist. So ist die Entwicklung gewesen. Und wer heute die Jugend von neuem zu Märschen gegen die Einrichtungen der Demokratie organisiert, wird dafür verantwortlich sein, daß die gleiche Jugend einmal wieder gegen die Demokratie für neue totalitäre Entwicklungen marschieren wird. Das ist der ganz einfache Sachverhalt. Darum geht es. Diese Entwicklung ist gestern ohne Zweifel eingeleitet worden. Ich sage Ihnen eines: Nichts leichter, als eine Versammlung von 180 Menschen lächerlich zu machen! Ein junger Mensch, Träger eines hohen Ordens der NSDAP und der deutschen Wehrmacht, hat mir einmal ein merkwürdiges Geständnis gemacht. Er hat gesagt: „Aus diesem Krieg bin ich heimgekommen und habe gesagt: Schluß mit dem Wahnsinn! Alles, was an mir ist, soll dafür eingeseht werden, daß der Wahnsinn nicht wieder kommt. Jetzt vergleiche ich und sehe auf der einen Seite meine Abgeordneten und auf der anderen Seite die Führer meines Sturmabteillons. Da habe ich langsam das Gefühl, als wäre der Führer des Sturmabteillons doch der Mensch, der uns eher begriffen und eher hingerissen hätte.“ Ich habe ihm gesagt: „Lieber Freund! Das ist natürlich, das ist ein selbstverständlicher Vorgang; aber begreif, bitte, eines: Der Führer des Sturmabteillons und die Führer der Sturmabteillone hatten Euch zu führen in dem Krieg. Versteh', daß die weniger repräsentativen und weniger eindrucksvollen Männer, die sich heute bemühen, den demokratischen Staat aufzubauen, versuchen, den neuen Krieg zu verhindern, daß sie versuchen, durch friedliche, sachliche und ruhige Arbeit das Entstehen neuer solcher Entwicklungen zu verhindern!“

An dieser Arbeit kann man Kritik üben. Das ist das Recht der Presse. Wenn sie aber die unrepräsentativen Seiten der Demokratie bemußt in den Vordergrund stellt, dann wird die Jugend von neuem für die repräsentativere Diktatur marschieren. Das ist das Problem, um das es bei diesen Angriffen gegen den Landtag geht. Es ist selbstverständlich, daß sich eine Einheit in Uniform mit ihrem Kommandeur in Linie angetreten besser ausnimmt als ein Gremium von gewählten Volksvertretern.

(Oho! — Dr. Linnert: Na, na!)

— Außerlich repräsentativer ausnimmt! Aber die Leute, die heute so gegen den Landtag Stellung nehmen, die

heute an den Außerlichkeiten unermüdlige Kritik üben, ohne an das Innere der Arbeit heranzugehen, helfen dazu, daß von neuem gefährliche Entwicklungen beginnen. Ich möchte eines sagen: Wir müssen das Innere unserer Arbeit deutlich machen, damit nicht von neuem der Marsch gegen die Demokratie für diktatorische Systeme beginnt.

Präsident: Die Rednerliste ist damit geschlossen. Ich darf im Namen des Hauses konstatieren, daß die Demonstration gegen den Landtag stattgefunden hat. Die Demonstration war in der Beziehung fehl am Platz. Man hätte gegen Schwierigkeiten demonstrieren sollen, die auf anderer Seite liegen. Das ist aber nicht betont worden. Das ist das Wesentliche: Wir demonstrieren immer gegen uns selbst und nicht gegen das, was uns die Schwierigkeiten bereitet.

(Sehr gut!)

Das aber wäre notwendig gewesen.

Herr Abgeordneter **Zietsch**!

Zietsch (SPD): Die Kundgebung hat nicht gegen den Landtag, sondern vor dem Landtag stattgefunden, um ihm die Forderungen deutlich zu machen.

Präsident: Wir wollen die Debatte nicht weiter fortsetzen. Die Rednerliste ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich verlese noch einmal den Antrag auf Beilage 1827:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Bayerischen Jugendring für die auf Landesbasis lizenzierten Jugendverbände eine finanzielle Überbrückungshilfe in Höhe von insgesamt 30 000 DM zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag des Ausschusses (Beilage 1910) lautet auf Zustimmung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Ausschußantrag beitreten wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist, wie ich sehe, einstimmig so beschlossen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nunmehr zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Hofer und Genossen betreffend Erhöhung des Entlassungsgeldes für Heimkehrer auf 90 DM (Beilage 1952).

Ich bin gebeten worden, darauf gleich die Behandlung des Antrags der Abgeordneten Bessel und Genossen betreffend Aufhebung des § 545 a und entsprechende Änderung des § 556 der Reichsversicherungsordnung (Beilage 1944) folgen zu lassen. — Das Haus ist mit dieser Regelung einverstanden.

Als Berichterstatter zu dem aufgerufenen Gegenstand hat der Herr Abgeordnete **Haas** das Wort.

Haas (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt beschäftigte sich in seiner Sitzung am 29. Oktober 1948 mit dem Antrag, das Entlassungsgeld der Heimkehrer von 50 DM auf 90 DM zu erhöhen.

Der Berichterstatter wies eingangs darauf hin, daß es von den Heimkehrern insbesondere als Un-

(Haas [SPD])

recht empfunden wurde, daß ihnen nach der Währungsreform kein Kopfgeld ausbezahlt werden konnte. In Hessen werde den Heimkehrern ein Betrag von 150 DM gewährt, wobei die Zahlung allerdings von der Bedürftigkeit abhängig gemacht werde. Der Mitberichter erstatter schloß sich dem vorliegenden Antrag an und bat, von der Prüfung der Bedürftigkeit Abstand zu nehmen.

Regierungsdirektor Dr. Barbarino erklärte, daß eine Nachzahlung des Kopfgeldes nicht möglich sei. Die Erhöhung des Entlassungsgeldes auf 90 DM erfordere bei einer Zahl von 10 000 Heimkehrern im Monat eine Mehrausgabe von monatlich 400 000 DM. Nachdem die Zahlung für zwei Vierteljahre in Frage komme, errechne sich ein Bedarf von 2,4 Millionen DM, der jedoch aus dem Betriebsmittelpfan herausgewirtschaftet werden könne, weil in ihm — so bei den Besoldungen — noch kleine Reserven stecken. Es bestünden also keine haushaltsmäßigen Schwierigkeiten bei der Durchführung des Antrags. Eine Änderung des Betriebsmittelpfanes sei nicht notwendig.

Der Berichterstatter empfahl die Annahme des Antrags. Bei der Auszahlung des erhöhten Entlassungsgeldes solle den Heimkehrern gesagt werden, daß ihr Kopfgeld darin eingeschlossen ist, damit sie sehen, daß auch hier ihre Interessen wahrgenommen werden.

Der Ausschuß beschloß, diesem Antrag zuzustimmen. Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ausschuß beantragt Zustimmung zum Antrag auf Beilage 1826:

Das Entlassungsgeld der Heimkehrer wird von 50 DM auf 90 DM erhöht.

Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle fest, daß das Haus einstimmig so beschloßen hat.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Wir nehmen dann, wie ich schon mitgeteilt habe, den Punkt 4 a voraus:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Pöschel und Genossen betreffend Aufhebung des § 545 a und entsprechende Änderung des § 556 der Reichsversicherungsordnung (Beilage 1944).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Treppenbach; ich erteile ihm das Wort.

Treppenbach (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Die Beilage 991 enthält den Antrag Pöschel und Fraktion, der nachstehenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, eine Änderung der Reichsversicherungsordnung zu erwirken, und zwar:

1. durch Aufhebung des § 545 a RVO.,
2. durch entsprechende Änderung des § 556 RVO.

Dem Antrag ist eine ausführliche Begründung beigegeben, auf die ich verweisen darf. Er bezweckt kurz

gesagt, die Wiederherstellung des früheren Zustandes auf Grund der Reichsversicherungsordnung und die Beseitigung der Beschränkungen, die erst 1931 durch die Notverordnungen eingetreten sind. Nach dem Antrag soll auch der Wegeunfall in Bezug auf das mitwirkende Verschulden den übrigen Betriebsunfällen gleichgestellt werden.

Staatssekretär Dr. Grieser ging bei der Beratung des Antrags im Sozialpolitischen Ausschuß davon aus, daß er die Vorschriften über die Entschädigung von Wegeunfällen gegen große Widerstände im Reichstag durchgebracht habe. In der ganzen Gesetzgebung erhebe sich bei jedem Schadenersatzanspruch die Frage, ob der Anspruch durch mitwirkendes Verschulden eingeschränkt oder ausgeschlossen werde. Wer vorsätzlich einen Unfall herbeiführe, habe keinen Anspruch auf Schadenersatz. Bei grober Fahrlässigkeit lasse der Gesetzgeber dem Ermessen der Berufsgenossenschaft und des Richters entsprechenden Spielraum. Mit der Vorschrift „Verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Arbeitsunfalls nicht aus“ habe der Gesetzgeber die Übertretung polizeilicher Vorschriften ausgenommen.

Zuzugeben sei, daß die Vorschriften nicht aufeinander abgestimmt seien. Das hänge mit der verschiedenen Entstehungszeit der Gesetze zusammen. Bei einer Neuredeigierung der Reichsversicherungsordnung könne das aber in Ordnung gebracht werden. Er habe nichts gegen eine Änderung in der Richtung, daß die Wegeunfälle in Bezug auf das mitwirkende Verschulden den übrigen Betriebsunfällen gleichgestellt werden.

Der Sozialpolitische Ausschuß beschloß gegen eine Stimme die Annahme des Antrags. Ich bitte das hohe Haus, dem Beschlusse des Ausschusses beizutreten.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor:

Es handelt sich um den Antrag auf Beilage 991:

Die Staatsregierung wird ersucht, eine Änderung der Reichsversicherungsordnung zu erwirken, und zwar:

1. durch Aufhebung des § 545 a RVO.,
2. durch entsprechende Änderung des § 556 RVO.

Der Antrag des Ausschusses lautet auf Zustimmung.

Ich nehme mangels Widerspruchs die allgemeine Zustimmung des Hauses an. — Es ist einstimmig so beschloßen.

Damit ist auch dieser Punkt erledigt.

Wir fahren dann ordnungsgemäß in der Tagesordnung weiter. Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten von Knoeringen, Kramer und Genossen betreffend Durchführungsvorschriften zum Gesetz über die Sicherung von Forderungen für den Cassenausgleich (Zinsen und Amortifikationen aus den abgewerteten Hypotheken — (Beilage 1948).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Winkler. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Damen und Herren dieses hohen Hauses! Die Beilagen 1829 und 1948 werden Ihnen vorliegen. Der Haushaltsausschuß hat den Antrag am 28. Oktober einer eingehenden Beratung unterzogen.

(Dr. Winfler (CSU))

Auf die Anfragen der beiden Berichterstatter erklärte Staatssekretär Dr. Müller, daß mit der ersten Organisation die Staatsschuldenverwaltung beauftragt worden sei. Außerdem sei im Betriebsmittelplan, Seite 7, Passus 13, Wohnungs- und Siedlungsbau, eine Anmerkung gemacht: „Die Mittel erhöhen sich noch nach Maßgabe des im Betriebsmittelplan noch nicht veranschlagten Aufkommens auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 7. September 1948 (Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 40).“ Daraus sei zu ersehen, daß die Staatsregierung bemüht ist, diese Angelegenheit vorwärtszutreiben. Es sei geplant, der Staatsschuldenverwaltung die Federführung zu übertragen und daneben ein Gremium aus Mitgliedern der Obersten Baubehörde, des Aufbaurats und des Landtags einzuschalten. Der Entwurf für eine diesbezügliche Verordnung sei bereits ausgearbeitet.

Bei der Beratung der einzelnen Punkte erklärte Staatssekretär Dr. Müller auf Anfrage des Mitberichterstatters, daß das Aufkommen aus der Valorisierung der Hypothekenzinsen etwa 75 Millionen DM im Jahre beträgt. Er stellte weiter fest, daß diese Gelder nicht den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden können, sondern Zwecken des Lastenausgleichs dienen.

Zu Ziff. 4 des Antrags teilte Staatssekretär Dr. Müller mit, daß das Aufkommen der Gelder von der Staatsschuldenverwaltung überwacht werde, die ihrerseits die Landeskulturtennenanstalt mit der Herausgabe der Mittel betraut habe.

Abgeordneter Zietisch stellte den Antrag in Ziff. 4 an Stelle des Wortes „Wiederaufbaukasse“ die Worte „staatliche Zentralstelle“ und in Ziff. 5 an Stelle der Worte „mit dem Aufbaurat“ die Worte „mit einem Beirat“ zu setzen. Außerdem wollte Kollege Zietisch im Protokoll festgehalten wissen, daß sich der Beirat aus Vertretern der Obersten Baubehörde, des Aufbaurats, des Landtags, des Hauptausschusses für Flüchtlinge, der politisch, religiös und rassistisch Verfolgten und der Bombengeschädigten zusammensetzen solle.

In der Fassung der Beilage 1948 wurde sodann der Antrag einstimmig angenommen.

Dazu möchte ich heute folgende Änderungen beantragen:

In Ziff. 4 Abs. 2 werden die Worte „zentrale Lenkung“ durch die Worte „zentrale Durchführung“ ersetzt.

Ziffer 5 soll lauten:

Die Verteilung der Mittel ist von dem zuständigen Staatsministerium im Benehmen mit dem Aufbaurat vorzunehmen.

In Ziff. 6 sind die Worte „von der Zentralstelle“ zu streichen.

Ich bitte, den Antrag in dieser Fassung anzunehmen.

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Ausschusses in der vom Herrn Berichterstatter vorgeschlagenen Fassung ist, den bitte ich, Platz zu behalten; wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einhellige Zustimmung fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Scharf und Genossen, Bitom und Genossen, Weidner und Straßer betreffend Bereifstellung von 10 Millionen DM zur Fortführung des Siedlungswerkes (Beilage 1949).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Scharf, ich erteile ihm das Wort.

Scharf (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Antrag auf Beilage 1765 war Gegenstand der Verhandlungen des Haushaltsausschusses in seiner 74. Sitzung am 28. Oktober 1948.

Der Berichterstatter wies auf die Schwierigkeiten hin, die in der landwirtschaftlichen Siedlung durch die Währungsumstellung entstanden sind, so vor allem auf die Unmöglichkeit für den Siedlungsträger, die Landabtretungen zu bezahlen, und nicht zuletzt — das wäre eigentlich das Wichtigste — auf das Unvermögen des Siedlungsträgers, die Siedler mit dem notwendigen Kapital für die Beschaffung der Betriebsmittel auszustatten.

Bekanntlich waren im Haushalt 1947 20 Millionen Reichsmark für den Vollzug des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform vorgesehen, während der neue Haushalt nach der D-Mark-Umstellung nur mehr 6 Millionen vorsieht. Nach dem Betriebsmittelplan stehen zur Zeit 6 Millionen zur Verfügung, wovon 2 Millionen für die Beschaffung von Siedlungsland, 2 Millionen für Zuschüsse an die Betriebe und 2 Millionen für Kreditbewilligungen bestimmt sind. In Wirklichkeit stehen bis zum Dezember nur rund 450 000 Mark zur Verfügung.

Im Ausschuss wurde zum Ausdruck gebracht, daß es die Lage der angelegten Siedler unbedingt erfordere, größere Mittel flüssig zu machen, damit die menschenunwürdigen Zustände auf den meisten Siedlerstellen behoben werden können. Der Berichterstatter betonte in diesem Zusammenhang, daß, wenn hier nicht das Erforderliche geschehe, der letzte Rest des Vertrauens der Siedler zum Staat, zur Regierung und vor allem zum Landtag erschüttert werde. Er beantragte, seinem ursprünglichen Antrag folgende Fassung zu geben:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Durchführung der Aufgaben des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform in Verbindung mit dem Reichsiedlungsgesetz durch Einstellung von mindestens zunächst 10 Millionen DM in den neuen Haushalt sicherzustellen und diese Mittel der Bayerischen Landesiedlung als dem Siedlungsträger von der Bayerischen Staatshauptkasse direkt zuzuführen. Die Mittel sollen je zur Hälfte für die Erwerbung von Siedlungsland und zur Errichtung und Einrichtung der Siedlerstellen verwendet werden.

Der Mitberichterstatter bezweifelte die Möglichkeit der Durchführung der Siedlung, solange man mit allen Mitteln danach trachten müsse, der ungeheuren Wohnungsnot auf die radikalste Art und Weise Herr zu werden. Der Berichterstatter wies demgegenüber darauf hin, daß es sich bei seinem Antrag ausschließlich um landwirtschaftliche Siedlungen handle. Der Abgeordnete Bitom bemerkte ergänzend, daß es sich

(Scharf [CSU])

nur um die Weiterführung des Siedlungswertes dreht, also um die Bezahlung des aus dem Bodenreformgesetz angefallenen Grund und Bodens und um die Ausstattung der auf diesem Land angesetzten Siedler. Der Abgeordnete Bickler unterstützte den Antrag des Berichterstatters.

Der Vertreter des Finanzministeriums, Regierungsdirektor Dr. Barb arino gab zunächst einen Überblick über die haushaltrechtlichen Verhältnisse und wies darauf hin, daß man zu unterscheiden habe zwischen Mitteln, die aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt, und solchen, die im Kreditwege mit Hilfe einer Staatsbürgschaft gegeben werden. Der im Haushalt 1947 vorgesehene Betrag von 20 Millionen Mark für die Durchführung der Bodenreform sei wahrscheinlich nur zu einem geringen Teil verbraucht worden. Diese Mittel seien zwar übertragbar gewesen, aber am 20. Juni 1948 verfallen. Im Haushalt 1948 seien für die Durchführung der Bodenreform 6 Millionen Mark vorgesehen, davon 2 Millionen für die käufliche Übernahme von etwa 10 000 Hektar Land, 2 Millionen als Beihilfen für Neusiedlerstellen, für lebendes und totes Inventar, und 2 Millionen als Betriebszuschüsse und Darlehen für Siedlerstellen. Dieser Betrag stehe für 1948 haushaltsmäßig in D-Mark zur Verfügung. Im Betriebsmittelplan Oktober bis Dezember 1948 seien allerdings nur 448 000 DM vorgesehen. Selbstverständlich reichten die Haushaltsmittel für eine großzügige Durchführung des Siedlungswertes nicht aus. Es sei aber nicht notwendig, alles aus Haushaltsmitteln zu leisten, da daneben auch noch der Weg des Kredits bestehe. Im Haushaltsgesetz 1948 sei eine Bürgschaftsermächtigung des bayerischen Staates für Kredite an die Bayerische Landesfiedlung in Höhe von 4 Millionen DM vorgesehen. Im endgültigen Haushaltsgesetz könne dieser Betrag auf 10 Millionen DM erhöht werden. Doch würden die 4 Millionen DM fürs erste ausreichen. Die Bayerische Gemeindebank habe sich vor Monaten, jedenfalls aber nach der Währungsreform, bereit erklärt, diese 4 Millionen Mark gegen Staatsbürgschaft zu geben. Die Verhandlungen hätten sich etwas hingezogen, aber nicht durch die Schuld des Finanzministeriums. Vor kurzer Zeit habe nun die Bayerische Gemeindebank erklärt, ihre Liquidität habe sich inzwischen verschlechtert und sie könne den Kredit nicht mehr geben. Inzwischen habe man erreicht, daß die Bayerische Gemeindebank wenigstens eine erste Teilrate von einer Million Mark gibt, wenn der bayerische Staat dafür die Hälfte als Refinanzierung übernimmt; das heißt: Der bayerische Staat muß bei der Staatsbank ein Festgeldguthaben von 500 000 DM unterhalten. Die Staatsbank gibt es dann weiter an die Gemeindebank und die Landesfiedlung bekommt eine Millionen DM Kredit. Der Regierungsvertreter gab der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Liquiditätsverhältnisse der Gemeindebank inzwischen gebessert haben und daß sie im Laufe der nächsten Zeit in der Lage sein wird, den gesamten Kredit gegen Staatsbürgschaft zu gewähren.

Der Vertreter der obersten Siedlungsbehörde, Oberregierungsrat Dr. H e r t e r i c h, führte aus, daß bei der Durchführung des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsländern und zur Bodenreform 38 000 Hektar des abgabepflichtigen Großgrundbesitzes der Enteignung

unterworfen wurden. Hiervon seien bis jetzt 6000 Hektar von der Bayerischen Landesfiedlung auf Grund freiwilliger Landabgabe käuflich erworben worden. Beim Großteil der Ländereien hätten die abgabepflichtigen Eigentümer Rechtsmittel eingelegt, die erst nach der Entscheidung harren. Diese 6000 Hektar käuflich erworbenen Grund und Bodens müßten aber bezahlt werden. Wenn man pro Hektar rund 1000 Mark ansetze, ergebe sich ein Betrag von 6 Millionen Mark. Die im Haushaltsplan für die Übernahme von 10 000 Hektar eingesezte Summe von 2 Millionen Mark reiche also nicht aus. Die angesetzten Siedler seien unter denkbar schlechtesten, ja geradezu unerträglichen Verhältnissen untergebracht. Den Leuten fehle das allernötigste Inventar. Sie brauchen Geld für die Beschaffung des Inventars und für die Ausbesserung bzw. den Umbau der vorhandenen Gebäude. An die Errichtung von Neubauten könne man selbstverständlich nicht denken. Der im Antrag genannte Betrag von 10 Millionen DM stelle tatsächlich die niedrigste in Betracht kommende Summe dar.

Der Mitberichtersteller wies auf die Möglichkeit hin, daß sich die Leute, die freiwillig Grund und Boden abgetreten haben, hinsichtlich der Kaufpreisauszahlung zunächst einige Zeit gedulden. Dagegen wandte der Berichterstatter ein, daß diese Leute wahrscheinlich das Geld brauchen und den Grund eben deshalb abgetreten haben, weil sie sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Man könne ihnen billigerweise kein Moratorium zumuten. Der Mitberichtersteller stellte fest, daß dann neuerdings mindestens 6 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden müßten.

Die weiteren Ausführungen einzelner Ausschußmitglieder befaßten sich hauptsächlich mit der Frage, ob es unbedingt notwendig sei, daß die Bezahlung des für die Siedlerstellen abgetretenen Grund und Bodens nunmehr vollzogen werden müsse. Es wurde die Ansicht vertreten, daß man im Hinblick auf den noch ungeklärten Lastenausgleich usw. auch mit Schuldverschreibungen arbeiten könne.

Regierungsdirektor Dr. Barb arino erkundigte sich, wie die Landesfiedlung die angeforderten Mittel im einzelnen zu verwenden gedenke. Die Annahme des Antrags auf Beilage 1765 bedeute für das Finanzministerium eine außerordentliche Erschwerung. Wenn allerdings mit dem „neu aufzustellenden Staatshaushaltsplan“ der Haushalt für 1949 gemeint sei, könne man darüber reden. Was den Nachtragsetat 1948 betreffe, so wiederhole er, daß man die vorgesehenen 6 Millionen Mark bisher im Betriebsmittelplan nicht voll habe honorieren können. Es habe keinen Zweck, diesen Betrag jetzt zu erhöhen, wenn die Betriebsmittel fehlen, um diesen Ansatz zu verwirklichen. Es sei richtiger, darauf zu sehen, daß die Landesfiedlung mit Hilfe einer Staatsbürgschaft möglichst schnell in den Besitz von Krediten kommt, auch wenn der Staat eine gewisse Refinanzierung übernehmen müsse.

Der Vorsitzende gab den Antragstellern anheim, den Antrag in dieser Weise abzuändern. Der Abgeordnete Dr. H o e g n e r stimmte den Ausführungen des Regierungsvertreters Dr. Barb arino voll und ganz zu, daß die Entschädigungsfrage zurückzutreten habe. Wenn man sich vorstelle, man hätte es mit einigen hunderttausend Hektar zu tun, so sei es ganz undenkbar, daß der Staat auch nur im entferntesten die Mittel für eine

(Scharf [CSU])

sofortige Entschädigung der Großgrundbesitzer aufbringen könne. Der Staat sei so anständig gewesen, den Großgrundbesitzern in der Entschädigungsfrage nicht zuzumuten, eine Währung anzunehmen, von der man wußte, daß sie in absehbarer Zeit abgewertet wird. Mit Rücksicht auf dieses Entgegenkommen des Staates wäre es umgekehrt nicht fair, jetzt auf die sofortige Auszahlung der Entschädigungen zu drängen. Der Redner erinnerte an die feinerzeitige Bodenzinsablösung nach dem Jahre 1848. Damals seien die Bauern auch nicht gezwungen worden, die Bodenzinsberechtigten sofort in bar zu entschädigen, sondern man habe Schuldverschreibungen ausgegeben. Auch jetzt werde man so verfahren müssen. Der Abgeordnete Dr. Hoegner legte darauf folgenden Antrag vor:

Die Staatsregierung wird ersucht, die dem Siedlungswert zuzuweisenden Mittel und Kredite zunächst ausschließlich für die Neusiedler zu verwenden und zu prüfen, ob die Grundbesitzer, die im Zuge der Bodenreform Grund und Boden abgeben mußten, nicht durch Schuldverschreibungen befriedigt werden können.

Der Berichterstatter hob hervor, daß die Entschädigungsfrage von sekundärer Bedeutung sei. Auf der anderen Seite sei noch zu klären, welche Beträge unbedingt notwendig sind, um die bereits angelegten Siedler in die Lage zu versetzen, ihre Siedlerstellen auszubauen und einzurichten. Er glaube, daß 5 Millionen dafür erforderlich wären. Ein bestimmter Betrag müsse zur Verfügung gestellt werden; ein Beschluß mit der Einschränkung „Wenn der Betriebsmittelpfan es gestattet...“, könne die Siedler nicht mehr befriedigen.

Sodann wurde nachstehender Antrag einstimmig angenommen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts zum Staatshaushalt 1948 im Haushaltsgesetz einen Betrag von 10 Millionen DM für Ausfallbürgschaften vorzusehen, die für Kredite in Betracht kommen, welche der Durchführung des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform (GSB) dienen, und aus den bereits bewilligten Haushaltsmitteln eine Zinsverbilligung dieser Kredite zu ermöglichen.

Die Staatsregierung wird ferner ersucht, die dem Siedlungswert zuzuweisenden Mittel und Kredite zunächst ausschließlich für die Neusiedler zu verwenden und zu prüfen, ob die Grundbesitzer, die im Zuge der Bodenreform Grund und Boden abtreten mußten, nicht durch Schuldverschreibungen befriedigt werden können.

Ich bitte das Plenum, diesem vom Ausschuß einstimmig gefaßten Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Bickleder. Ich erteile es ihm.

Bickleder (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Mitglieder des hohen Hauses bitten, gerade der Frage der Weiterführung der Siedlung und der Bereitstellung entsprechender Mittel das

größte Augenmerk zuzuwenden. Wir haben in den Sitzungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und auch hier im Plenum wiederholt Anträge behandelt, die sich mit der Unterstützung der Flüchtlinge und der Ausgewiesenen befassen. Gerade für die Siedlerstellen möchte ich Ihr Interesse ganz besonders wecken. Wir wissen, daß die Ausgewiesenen schwer unter ihrem Los leiden. Es ist aber für jeden anderen leichter, sich einzugewöhnen, als für einen Bauern. Ein Beamter kann auch einmal eine andere Arbeit verrichten, als ausgerechnet in einem Büro zu sitzen. Ein Bauer, ein Landwirt, der von seiner Scholle vertrieben worden ist und dem man alles genommen hat, findet sich aber viel schwerer in die Verhältnisse wie irgendein anderer Berufsangehöriger. Er hängt an seiner Scholle, und wir haben die Erfahrung gemacht, daß die bis jetzt zu uns hereingeschleusten Bauern das ihnen zur Verfügung gestellte Land mit äußerstem Fleiß bebauen, mag es auch noch so klein sein, und daß sie bereits seit einem oder zwei Jahren Erfolge zu verzeichnen haben, die manchen einheimischen Landwirt zur Nachahmung angespornt haben.

Was kann aber geleistet werden, wenn es uns nicht möglich ist, den Siedlern auch entsprechende Gebäude zu erstellen? Es ist sehr unerfreulich, daß wir zwar in vielen Landkreisen Bayerns durch die Bodenreform Land gewonnen haben, das uns viele Großgrundbesitzer sogar freiwillig und ohne Protest abtraten, daß es uns aber nicht möglich ist, diesen Siedlern auch die Gelder für die notwendigen Gebäude zu übergeben.

Meine verehrten Damen und Herren! Was ist eine Siedlerstelle ohne Gebäude? Was ist eine Siedlerstelle ohne die nötigen Geldmittel? Es sind zwar Geldmittel zur Zinsverbilligung zur Verfügung gestellt worden, allein die Banken haben es nicht besonders eilig, den Siedlern Kredite zu geben, auch wenn der Staat die Ausfallbürgschaft leistet, weil die Banken für ihre Gelder heute eine ganz andere, viel nutzbringendere Gewinnchance haben. Deshalb denken sie wohl erst an letzter Stelle an die Flüchtlinge und an die Ausgewiesenen. Wir dürfen uns nicht nur mit einer Ausfallbürgschaft begnügen, sondern wir müssen auch entsprechende Kapitalien zur Verfügung stellen, damit die notwendigen Gebäude erstellt werden können. Das ist ja kein verlorenes Geld; denn es wird dadurch auch Wohnraum geschaffen. Die ausgewiesenen Bauern und Landwirte, die vorläufig noch in anderen Wohnungen untergebracht sind, können auf diese Weise eigene Wohnungen schaffen. So wird auch eine gewisse Auflockerung des Wohnraums gewährleistet.

Von unseren ausgewiesenen Bauern können wir nicht verlangen, daß sie dauernd die Knechte und die Arbeiter auf anderen Bauernhöfen machen, vielmehr müssen wir versuchen, ihnen wieder eine Heimstatt zu geben. Je eher das geschieht, desto schneller werden sie sich eingewöhnen. Es kommt uns ja dabei die erfreuliche Tatsache zustatten, daß man in der Landwirtschaft nicht von einer Konkurrenz sprechen kann. Wenn Leuten, die sich ein Gewerbe zum Beruf erkoren haben, Zuschüsse gegeben werden, so spielt begreiflicherweise eine gewisse Eifersucht mit. In der Landwirtschaft dagegen gönnt man einander diese Erdbroden — wie man so sagt —, und darum möchte ich Sie bitten, gerade auf diesem Gebiet großzügig zu sein. Ganz besonders darf ich die Staatsregierung bitten, den Geld-

(Bickleder [CSU])

beutel weit aufzumachen, um den Flüchtlingen eine Unterstützung zu geben, die wesentlich dazu beitragen würde, ihnen den Aufenthalt in Bayern und die Ansiedlung so leicht zu machen, als es die heutigen Verhältnisse auch nur irgendwie gestatten.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Den Antrag des Ausschusses haben Sie gehört; doch mache ich auf einen in Beilage 1949 enthaltenen sinnstörenden Fehler aufmerksam: Gegen Ende des ersten Absatzes heißt es: „um aus den bereits bewilligten Haushaltsmitteln...“. Richtig muß die Fassung aber lauten: „... und aus den bereits bewilligten Haushaltsmitteln...“.

Wer dem Antrag des Ausschusses in dieser Form zustimmen will, den bitte ich, Platz zu behalten; wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt der

Mündliche Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Haugg Pius, Scharf, Bitom und Straffer betreffend Gewährung von langfristigen Baudarlehen für Ausgewiesene (Beilage 1950).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Winkler. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Damen und Herren dieses hohen Hauses! Der Antrag wurde am 29. Oktober vom Haushaltsausschuß eingehend beraten. Er bezweckt die Förderung des Wohnungsbaus für Flüchtlinge durch die Gründung von Baugenossenschaften in jedem Stadt- und Landkreis und ihre finanzielle Unterstützung in Form von Darlehen. Ferner soll dieser Antrag die gesunde Idee der Selbsthilfe begünstigen. Die Oberste Baubehörde hat gegen den Antrag Bedenken, weil er eine Verzettelung der Bauvorhaben bewirke und es Sache der Fachleute sei, zu entscheiden, ob nicht eine großzügige Bauplanung vorzuziehen wäre.

In der vorliegenden Form war der Antrag unannehmbar. Es geht nicht an, daß 20 Sparer in die Kasse einzahlen und dann nur 10 davon ein Eigenheim bekommen. Infolgedessen wurde nach langer Debatte folgender Abänderungsantrag Dr. Hoegner einstimmig angenommen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. für die Durchführung von Bauvorhaben durch Baugemeinschaften, Bausparkassen, Baugenossenschaften und dergleichen der Ausgewiesenen, Ausgebombten usw. die Hingabe von Baudarlehen zu mäßigem Zinsfuß im künftigen Staatshaushaltsjahr vorzuziehen;
2. die Gemeinden auf ihre verfassungsmäßige Verpflichtung zum Bau und zur Förderung billiger Volkswohnungen nachdrücklich hinzuweisen;
3. die Oberste Baubehörde anzuhalten, daß für gemeinnützige Bauvorhaben die erforderlichen Baustoffe vorzugsweise zur Verfügung gestellt werden.

Dazu ist zu bemerken, daß bereits für dieses Quartal im Betriebsmittelpfan 5 Millionen DM für Bauvorhaben für Flüchtlinge eingesetzt sind und weitere 5 Millionen DM im nächsten Betriebsmittelpfan — Januar mit März — folgen dürften.

Ich stelle den Antrag, in Punkt 1 das Wort „Bausparkassen“ zu streichen, weil Bausparkassen nicht bauen, sondern nur finanzieren bzw. Gelder sparen sollen, und bitte um Annahme dieses Antrags.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine kurze, aber prägnante Berichterstattung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Ausschusses in der vom Herrn Berichterstatter vorgetragenen Form ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung fest.

Wir fahren in der Tagesordnung weiter. Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Dr. Cinnert und Genossen betreffend Veretzung außerbayerischer Beamter in den Ruhestand (Beilage 1951).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Stürmann. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Stürmann (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Beilage 1951 liegt die Beilage 1875 zugrunde, nämlich der Antrag Dr. Cinnert und Fraktion mit folgendem Inhalt:

Die Bestimmungen über die Veretzung in den Ruhestand, wie sie augenblicklich für bayerische Beamte gelten, sind auch auf solche Beamte anzuwenden, welche im bayerischen Staatsdienst beschäftigt waren, die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und planmäßig nach einer Dienststelle außerhalb Bayerns versetzt worden sind und noch die bayerische Staatsangehörigkeit besitzen.

Dieser Antrag wurde im Ausschuß für den Staatshaushalt am 29. Oktober dieses Jahres behandelt.

Der Berichterstatter stellte fest, daß die Intention des Antrags dahin gehe, die aus dem bayerischen Staatsdienst in den Reichsdienst versetzten Beamten, die noch nicht wieder vom bayerischen Staat übernommen worden sind, denjenigen Beamten gleichzustellen, die praktisch bayerische Beamte geblieben sind.

Abgeordneter Dr. Hoegner führte einen besonders traffen Fall aus der Praxis an: Die Witwe eines im Feld gefallenen höheren bayerischen Justizbeamten, der in den Reichsjustizdienst übernommen wurde und nach Kriegsausbruch nach Guben versetzt worden war, ohne diesen Dienstsitz überhaupt jemals zu sehen, weil er im Feld fiel, bekomme vom bayerischen Staat kein Ruhegehalt, weil ihr Mann Reichsbeamter war, und sei auf eine kärgliche Unterstützung aus Mitteln für Flüchtlingsbeamte angewiesen.

Es ist also unsinnig, diese Zustände weiter zu tolerieren.

Staatssekretär Dr. Müller hob seinerseits hervor, daß es immer die Intention der bayerischen Staatsregierung gewesen sei, diese Anomalitäten auf ein

(Dr. Stürmann [CSU])

Mindestmaß zurückzuführen. Der Vorsitzende führte aus, daß ein bayerischer Beamter, der in der Nazizeit ins Reich versetzt wurde, eine berechnete Anwartschaft darauf habe, die im bayerischen Staatsdienst verbrachte Dienstzeit nun auch angerechnet zu bekommen. Das ergebe sich schon daraus, daß Reich und Länder als der gleiche Dienstherr gelten.

Es entspann sich noch eine längere Debatte, in deren Verlauf der Staatssekretär darauf hinwies, daß sich bei Ausschöpfung der schon bisher bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten ein Antrag erübrige. Trotzdem konnte sich der Ausschuß dieser Auffassung nicht ganz anschließen; er glaubte seinerseits etwas veranlassen zu müssen, um einmal grundsätzlich festzustellen, daß jede Demokratie ihre auf demokratischer Basis eingegangenen Verpflichtungen auch einhalten müsse. Es könne auf gar keinen Fall zugelassen werden, daß Witwen und Waisen und solche durch rein formale Ungerechtigkeiten in wirtschaftliche Not geratene Menschen dieser Not überlassen bleiben, ohne daß pflichtgemäß das Mögliche geschieht.

Einstimmig wurde dann vom Ausschuß nachstehender Antrag angenommen:

Die Staatsregierung wird ersucht, baldigst ein Gesetz über die Zahlung von Versorgungsbezügen an Beamte bayerischer Herkunft und ihre Hinterbliebenen sowie über die Wiederverwendung noch verwendungsfähiger ehemaliger bayerischer Beamter, die außerhalb Bayerns versetzt worden sind, vorzulegen.

Ich habe den Auftrag, Sie im Namen des Ausschusses zu bitten, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. — Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung fest.

Wir gehen in der Tagesordnung weiter:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Kurz und Genossen betreffend Senkung der Gebühren für Grenzübertrittstaxten (Beilage 1947).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Winkler. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Damen und Herren dieses hohen Hauses! Der vorliegende Antrag wurde vom Staatshaushaltsausschuß in der Sitzung vom 28. Oktober beraten. Dabei führte Polizeirat Wagner von der Grenzpolizei aus, daß sich die Erhebung der Paßgebühren nach dem Kostengesetz von 1921 und nach § 3 der Verordnung vom Jahre 1932 über Gebühren bei der Ausfertigung von Pässen richtet. Mit Entschließung vom 25. September 1948 sei für Grenzübertrittsscheine mit einer Gültigkeitsdauer bis zu 6 Monaten eine Gebühr von 5 Mark, mit einer Gültigkeitsdauer von 6 bis 12 Monaten eine Gebühr von 10 Mark und für eine Karte für einmaligen Grenzübertritt eine Gebühr von 2 Mark vorgesehen worden. Zu diesen Gebühren komme jeweils ein Unkostenbeitrag von 50 Pfennig. Für mittellose Versehrte beständen Ermäßigungen. Grenzübertrittsscheine zum Schulbesuch,

für Polizeibeamte, Postbeamte usw. im Dienst seien gebührenfrei.

Nach einer längeren Aussprache, in der anerkannt wurde, daß für Landwirte und für Berufstätige jenseits der Grenze eine Ermäßigung eintreten müsse, andererseits aber vom Staatssekretär Dr. Müller und Ministerialdirektor Dr. Ringelmann namens des Finanzministeriums gewichtige Bedenken gegen die völlige Aufhebung der Gebühren für Grenzübertrittsscheine erhoben wurden, einigte man sich auf folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, für Landwirte, die jenseits der Grenze landwirtschaftliche Grundstücke bewirtschaften, und für sonstige jenseits der Grenze Berufstätige die Grenzabgabengebühr für den Jahrespaß auf 2 DM und für den Halbjahrespaß auf 1 DM herabzusetzen.

Im übrigen bleibt die ursprüngliche Bestimmung für die Grenzübertrittsscheine bestehen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab.

Wer für den Antrag ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich erheben. —

Ich stelle die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Ortloph und Genossen betreffend Ermäßigung der Tabaksteuer für Kleinpflanzer (Beilage 1953).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ortloph. Ich erteile ihm das Wort.

Ortloph (CSU) [Berichterstatter]: Mitglieder des Bayerischen Landtags! Es besteht ein Kleingärtnerverband. In diesem Kleingärtnerverband sind auch alle jene Kleingärtner zusammengeschlossen, die mühselig im Schweiß ihres Angesichts Tabakpflanzen bauen und Tabak erzeugen. Diese Leute haben viel zu tun; denn sie unterziehen sich dieser Arbeit nach Erledigung ihrer sonstigen Tagesarbeit. Sie haben sich nun gesagt: Wie ist es möglich, daß wir eine Ermäßigung der außerordentlich hohen Steuer bekommen? Sie sind nicht vor das Landtagsgebäude gezogen und haben das Parlament mit ihrem selbstgebauten Tabak angeraucht.

(Dr. Hoegner: Ausgeräuchert!)

— Ja. Sie haben nicht ihre Messer geschliffen, wie es die bösen Münchener Metzger zum Teil getan haben, um eine Notchlachtung des an und für sich sehr stark in Anspruch genommenen Landwirtschaftsministers vorzunehmen.

(Große Heiterkeit. — Allseitige Zurufe.)

Sie haben nicht eine große Demonstration veranstaltet und nicht mit Kieselsteinen an die Fenster geworfen, sondern sie haben sich in einer Generalversammlung rein demokratisch zusammengefunden und haben dort einen Antrag eingebracht, worin sie sämtliche Fraktionen des Landtags gebeten haben: Seid doch so freundlich und

(Ortloph [CSU])

unterstützt uns, damit wir diese hohe Tabaksteuer nicht zu bezahlen brauchen!

(Zurufe und Heiterkeit.)

Einer dieser Anträge ist auch an die Fraktion der CSU gekommen, und nachdem von Steuer etwas darin stand, und ich alles, was nach Steuer riecht, zur Bearbeitung bekomme,

(Heiterkeit und Zurufe)

habe ich mich hingesetzt und den Antrag eingereicht:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, bei den zuständigen Stellen zu erwirken, daß eine angemessene Ermäßigung der Tabaksteuer für Kleinpflanzer herbeigeführt wird.

Dieser Antrag wurde in der 75. Sitzung des Haushaltsausschusses behandelt. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichtersteller war Kollege Haas. Ich wies im Ausschuß auf die Vorgänge hin, wie ich sie Ihnen jetzt dargelegt habe. Der Mitberichtersteller betonte besonders, daß es sich doch um Leute handelt, die im Schweiß ihres Angesichts ein paar Tabakpflanzen bauen und die, wenn sie sich beim Anbau auf eine bestimmte Pflanzenzahl beschränken, von der Steuer befreit werden sollten.

Der Vertreter des Finanzministeriums, Geheimrat Hepp, gab bekannt, daß ein Kleinpflanzer, der 200 Tabakpflanzen jetzt, 48 DM Steuer bezahlt. Aus den 200 Pflanzen könne er 10 000 Zigaretten herstellen, für die normal 600 DM Steuer zu zahlen wären. Mit der Steuer noch weiter herunterzugehen, sei wirklich nicht angängig. Selbst wenn der Kleinpflanzer nur 5000 Zigaretten herausbringe, falls er nur eine unvollkommene Einrichtung besitze, erspare er sich noch 252 DM Steuer. Bei Pfeifentabak sei die Ersparnis nicht ganz so groß.

Das ist die Stellungnahme des Vertreters des Finanzministeriums.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Als Berichterstatter erklärte ich dazu, daß ich sehr stark bezweifle, ob es sich um Leute handelt, die 200 Tabakpflanzen bauen; denn einer mit 200 Tabakpflanzen ist dann immer schon unter den Tabakbauern ein Großagrарier,

(Heiterkeit)

der allmählich zur Bodenreform herangezogen werden müßte.

(Erneute Heiterkeit.)

Es handelt sich ja immer nur um solche, die 20, 30, 40 und 50 Tabakpflanzen anbauen.

Abgeordneter Dr. Stürmann unterstützte den Antrag dann noch besonders durch den Hinweis, daß Millionen amerikanischer Zigaretten im Schwarzhandel, ohne daß der Staat davon einen Pfennig Steuer bekommt, erscheinen und geraucht werden, und daß man doch den armen Leuten, die eine Steuerermäßigung auf reellem Wege erreichen wollen, weitestgehend entgegenkommen müßte.

Der Antrag wurde dann vom Ausschuß, und zwar, wie ich betone, einstimmig — einschließlich der Stimme des Kollegen Zietzsch —

(Dr. Hoegner: Nichtraucher! — Heiterkeit)

in folgender Fassung angenommen:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, bei den zuständigen Stellen zu erwirken, daß eine angemessene Ermäßigung der Tabaksteuer für Kleinpflanzer herbeigeführt wird und eine Anpflanzung bis zu 50 Pflanzen von der Steuer überhaupt frei bleibt.

Ich bitte auch Sie, diesen Antrag anzunehmen.

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich erheben. —

Ich stelle einhellige Zustimmung fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Höllerer und Genossen betreffend Vorlage eines Gesetzesentwurfs für ein Antistreitgesetz (Beilage 1945).

Der Antrag ist zurückgezogen. Hierzu ist folgendes Schreiben eingegangen:

Als Antragsteller ziehe ich den Antrag betreffend Vorlage eines Gesetzesentwurfs für ein Antistreitgesetz zurück, da er durch die veränderte Wirtschaftslage überholt ist.

Es erübrigt sich also wohl, darüber Bericht erstatten zu lassen. —

Das Haus ist damit einverstanden. Die Angelegenheit ist erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Endemann und Genossen betreffend Verlegung der im Hilfsschulhaus „Schlößl“ in Sulzbach-Rosenberg untergebrachten Tuberkulosekranken in geeignete Anstalten (Beilage 1946).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Endemann. Ich erteile ihm das Wort.

Endemann (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Im Ausschuß für Sozialpolitische Angelegenheiten wurde am 27. Oktober 1947 ein Antrag Endemann und Genossen betreffend Aufhebung des Tuberkulosekrankenhauses in Sulzbach-Rosenberg behandelt. Der Vorsitzende gab dazu bekannt, daß inzwischen auch eine Eingabe des Stadtrats Sulzbach-Rosenberg (Nr. 4773) eingelaufen sei, die sich mit dem Antrag deckt und darüber hinaus noch verlangt, daß die Staatsregierung die Regulierung des Rosenbachs wegen Typhusgefahr unterstützen und baldigst durchführen soll.

Der Sachverhalt ist folgender: Im Jahre 1945 verlangte die Militärregierung von der Stadt Amberg, daß ein zweites Lungenkrankenhaus für schwerste Tuberkulosefälle eingerichtet wird. Die Stadt Amberg hatte bereits ein solches Krankenhaus, in dem etwa 400 Lungenkranke untergebracht waren. Sie konnte andere Räume nicht mehr zur Verfügung stellen. Daraufhin wurde der Landrat von Sulzbach-Rosenberg beauftragt, ein derartiges Lungenkrankenhaus für den Bezirk Amberg und Umgebung einzurichten. Diese Einrichtung sollte ein Notbehelf sein, der baldmöglichst zu

(Endemann [SPD])

verschwinden hätte. Inzwischen wurden aber nicht nur aus der Umgebung von Amberg, sondern auch aus 23 Landkreisen der Oberpfalz und von Niederbayern die Lungenkranken dort eingewiesen, und zwar in der Hauptfache Lungenkranke, deren Leiden nicht mehr zu heilen ist, bei denen es sich also um Bazillenträger mit offener Tbc handelt. Diese Lungenkranken wurden in einem neugebauten Schulhaus und in der daneben liegenden Gastwirtschaft, dem früheren Kasino der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte untergebracht. Sie sollten isoliert sein. Die Isolierung erwies sich aber nicht als dicht, sondern diese Kranken sind immer wieder unter der Bevölkerung von Sulzbach-Rosenberg zu treffen. Rosenberg selbst beherbergt den Betrieb der Maximilianshütte. Die Arbeiterbevölkerung wohnt dort sehr dicht gedrängt. Auch Flüchtlinge sind noch in größerer Anzahl dort untergebracht. Die Stadt Sulzbach-Rosenberg wurde im vergangenen Jahr von einer Typhusepidemie heimgesucht, die längere Zeit anhielt und noch nicht vollständig erloschen ist. Es besteht also neben der Typhusgefahr auch noch die Gefahr der Ansteckung durch Tbc-Kranke.

Der Kreistag und der Stadtrat haben sich an verschiedene Stellen und Behörden gewandt. Die Behörden haben zum Teil ihre Unterstützung zugesagt. Es ist aber bis jetzt noch nichts unternommen worden. Diese 60—70 Lungenkranken mit offener Tuberkulose müssen aus dem Innern der Stadt Sulzbach-Rosenberg entfernt werden, weil sonst Hunderte von gesunden Personen angesteckt werden können und auch der Schulbetrieb nicht mehr in Schulhaus durchgeführt werden kann, sondern in Gastwirtschaften durchgeführt werden muß.

Der Abgeordnete Pechel erklärte als Vertreter der Landesversicherungsanstalt Oberbayern, daß die Möglichkeit besteht, diese Kranken sofort in anderen Anstalten unterzubringen.

Ein Vertreter der Staatsregierung erklärte, man wolle für eine neue Krankenanstalt eine Unterbringungsmöglichkeit suchen. Es sei bis jetzt aber nicht möglich gewesen, eine solche Unterkunft freizumachen.

Staatssekretär Dr. Grieser bemerkte, das Arbeitsministerium werde allenfalls Beträge aus Mitteln der Landesversicherungsanstalten zur Verfügung stellen, um hier helfend eingreifen zu können.

Auf Grund dieser Erklärungen sprachen sich alle Abgeordneten für den Antrag aus, der dann auch einstimmig — mit geringen Änderungen — in folgender Fassung angenommen wurde:

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend Sorge zu tragen, daß die in dem Hilfsschulhaus „Schlößl“ und dem ordentlichen Schulhaus zu Sulzbach-Rosenberg-Hütte untergebrachten Tuberkulosekranken in andere geeignete Anstalten oder Krankenhäuser verlegt und neue Einweisungen nicht mehr vorgenommen werden. Sollte die Verlegung in Kürze nicht möglich sein, so ist dem Landkreis Sulzbach aus Staatsmitteln ein entsprechender Betrag zum Ausbau eines geeigneten Objekts für die Schwerkranken zu genehmigen.

Die gleichfalls mitbehandelte Eingabe des Stadtrats Sulzbach-Rosenberg (Nr. 4773) wurde der Staats-

regierung zur Berücksichtigung hinübergegeben. Sowohl die Annahme des Antrags wie die Benotung der Eingabe erfolgte einstimmig.

Ich bitte auch das hohe Haus, diesen Ausschußbeschlüssen beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses und dafür ist, daß die einschlägige Eingabe des Stadtrats Sulzbach-Rosenberg der Staatsregierung zur Berücksichtigung hinübergegeben wird, möge Platz behalten; wer dagegen ist, wolle sich erheben. —

Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verkehrsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten

- a) **Kleffinger und Genossen betreffend Senkung der Fahrpreise der deutschen Eisenbahn (Beilage 1954);**
- b) **Hahn Hans, Thaler, Gräßler, Dr. Korff und Niehling betreffend Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der ungefählichen Fälle von Autobefehlagnahmen aus den Jahren 1945/47 (Beilage 1955).**

Soeben ist mir ein Schreiben vorgelegt worden, wonach der Antrag Kleffinger unter Buchstabe a) zurückgezogen ist.

Damit ist dieser Antrag erledigt. — Ich stelle fest, daß das Haus so beschloffen hat.

Über den Antrag Hahn Hans unter Buchstabe b) berichtet der Herr Abgeordnete Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Hofmann (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Antrag geht darauf zurück, daß den Eingaben- und Beschwerden Ausschuß zahlreiche Eingaben beschäftigten, die eine Regelung der ungefählichen Fälle von Autobefehlagnahmen aus den Jahren 1945/47 forderten. Der Antrag wurde in der 7. Sitzung des Ausschusses für Verkehrsfragen am 27. Oktober 1948 behandelt. Berichterstatter war der Abgeordnete Donsberger, Mitberichterstatter war ich. Ich versage es mir, auf die bei dieser Gelegenheit gemachten Ausführungen des Regierungsvertreters Lütke's einzugehen, weil sie im Laufe des gestrigen Tages hier bereits gestreift wurden und allseits die dringende Notwendigkeit anerkannt wurde, zur Regelung dieser Fälle ein Gesetz zu schaffen.

Der Verkehrsausschuß hat deshalb einstimmig beschlossen, den ursprünglichen Antrag abzuändern und ihm die Fassung zu geben, wie sie Ihnen jetzt in Beilage 1955 vorliegt. Ich ersuche Sie im Auftrag des Ausschusses, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 1955 ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich

(I. Vizepräsident)

erheben. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen betreffend Einleitung von Verhandlungen mit der Militärregierung zwecks Rückgabe der Hotels für ihre ursprünglichen Zwecke (Beilage 1956).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Piechl; ich erteile ihm das Wort.

Piechl (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um einen Antrag der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen betreffend Einleitung von Verhandlungen mit der Militärregierung zwecks Rückgabe der Hotels für ihre ursprünglichen Zwecke (Beilage 1478) und um einen Antrag der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen betreffend Freigabe der zur Zeit noch durch DPs oder die Besatzungsmacht belegten Hotels für den bayerischen Fremdenverkehr (Beilage 1483). Diese Anträge wurden vom Ausschuss für Wirtschaft in seiner 41. Sitzung am 28. Oktober 1948 beraten.

Nach Bekanntgabe der Anträge durch den Berichterstatter ersuchte der Vorsitzende unter Hinweis darauf, daß sich der Landtag schon wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt und diesbezügliche Beschlüsse gefaßt hat und erst vor einigen Wochen im Staatsanzeiger eine Bekanntmachung des Innenministeriums erschienen ist, wonach 20 Prozent der Hotelzimmer freigegeben werden und freierwerbende Hotelzimmer überhaupt nicht mehr beschlagnahmt werden dürfen, die Staatsregierung um Stellungnahme.

Oberregierungsrat Dr. Morgenroth stellte fest, daß 25 Prozent der Kapazität des Fremdenverkehrs augenblicklich für diesen verfügbar sind und verbreitete sich über die folgenden Punkte: Von der Besatzungsmacht werden zur Zeit 12 000 Betten in Bayern in Anspruch genommen, wobei es sich um besonders wertvolle Objekte handelt. Das Wirtschaftsministerium hat sich fortlaufend um Freigabe bemüht, doch läßt sich die Armee in diese Dinge wenig dreinreden. Der Verwaltungsrat für Wirtschaft in Frankfurt hat eine Freigabe durch Inangabesehung des Ausländerreiseverkehrs versucht und auch schon eine Reihe von Hotels für diesen Zweck freibekommen. Auch mit der IRO wurden Verhandlungen, vor allem wegen Freigabe des Bades Wörishofen, geführt. 70 000 Betten sind für Flüchtlinge beansprucht. Auch da wurde versucht, eine Freigabe zu erreichen, die aber bis jetzt nur in ungenügendem Umfang erfolgen konnte. Dieses Problem ist besonders dringend, weil die Entschädigungen nicht nach gewerblichen Grundsätzen erfolgen, sondern nach dem objektiven Nutzungswert, so daß der Wiederaufbau dieser Betriebe sehr schwierig sein wird. Die im Antrag verlangte Bereitstellung von Material ist nach Aufhebung der Bewirtschaftung nicht mehr so problematisch. Sehr problematisch dagegen ist die Finanzierung des Wiederaufbaus, die ohne staatliche Hilfe nicht durchzuführen ist. Man hat deshalb die Gründung einer Hotel-Treuhandgesellschaft erwogen

und will durch Zusammenfassung aller am Fremdenverkehr interessierten Gewerbetreibende erreichen, daß Darlehen zu tragbarem Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden. An sich ist es durchaus zweckmäßig, wenn sich die Staatsregierung auf den Wunsch des Landtags berufen kann, daß diesen Fragen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird; denn die Militärregierung klagt, daß das Ministerium zu viele Vorschläge in dieser Richtung macht, auf die doch nicht eingegangen werden kann. Sehr nachteilig wirkt sich der Ausbau der Flugplätze, wie zum Beispiel in Kaufbeuren, aus. Die Leute, die im Zusammenhang damit ihre Wohnungen räumen müssen, müssen irgendwie untergebracht werden, wobei man größtenteils auf gewerbliche Betriebe zurückgreifen muß. Das Innenministerium hat bereits angeordnet, daß neue Beschlagnahmen nicht erfolgen dürfen, so daß vielleicht doch allmählich etwas Luft geschaffen werden kann. Darüber hinaus muß danach getrachtet werden, das mit Flüchtlingen und Evakuierten überbelegte Bayern zu entlasten. In dem Hauptfremdenverkehrsland Bayern wurde der größte Teil der Fremdenverkehrsbetriebe für die Flüchtlinge in Anspruch genommen. Auf dem Lande müßten doch noch gewisse Reserven bestehen, insbesondere in verkehrsmäßig ungünstig gelegenen Gegenden. Vor allem müßten aber die Evakuierten, die zum großen Teil in Hotels untergebracht sind, in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Eine Umsetzung derselben ist jetzt zwar innerhalb einer Gemeinde möglich, nicht aber von einer Gemeinde in eine andere. Der Fremdenverkehr ist früher ein großer Devisenbringer gewesen und hat auch in diesem Jahre schon wieder eine Million Dollar eingebracht. Leider hat die Staatsregierung so gut wie keinen Einfluß auf die Dinge. Obwohl der Militärregierung nachgewiesen wurde, daß an vielen Orten die beschlagnahmten Objekte nicht ausgelastet sind — das Hotel Sanner in Bad Riffingen zum Beispiel steht schon seit einem Jahr leer —, konnte noch fast nichts erreicht werden.

Oberregierungsrat Dr. Fellner verwies darauf, daß das Innenministerium die Behörden angewiesen hat, in heilklimatischen und Kurorten 20 Prozent der Betten frei zu machen und in allen Betrieben mit über 10 Betten von einer Neuverfassung und Beschlagnahme abzugehen, und führte weiter aus: Es ist tatsächlich zu begrüßen, wenn die Regierung durch eine Beschlusfassung des Landtags in ihren Bestrebungen unterstützt wird. Die Militärregierung treibt eine ausgesprochene Reservewirtschaft, und das Staatsministerium ist dankbar, wenn die Abgeordneten hierzu Material aus ihren Wahlkreisen bringen. Wenn man der Zivilverwaltung handfestes Material vorlegen kann, besteht eine gewisse Aussicht auf Erfolg, während die Armee mit unglaublicher Zähigkeit an dem festhält, was sie einmal in Anspruch genommen hat. Die anderen Zonen müssen sich endlich bereit finden, die Evakuierten zurückzunehmen. Es wurde hier ein bescheidener Versuch gestartet, von dem man sich allerdings nicht allzuviel versprechen darf. Das Wohnungsgesetz sieht vor, daß niemand zwei Wohnungen besitzen darf. Hier kommen vor allem die weiblichen Kurgäste oft zweifelhafter Art in Frage, die sich dann in der Regel wohl für die Aufgabe ihrer norddeutschen Wohnung entschließen werden. Lebhafteste Bedenken wurden von Flüchtlingskreisen dagegen erhoben, daß künftig kein weiterer Raum in konzessionierten Gaststätten und Hotels in Anspruch genommen werden darf.

(Pfecht [CSU])

Eine forcierte Freimachung der Hotelbetriebe wäre im gegenwärtigen Augenblick nicht am Platz, weil jetzt auf Grund eines Beschlusses des Parlamentarischen Rats in Bayern, Württemberg-Baden und Hessen Erkundungsfahrten durchgeführt werden, um festzustellen, wo noch erfahbarer Raum vorhanden ist. Dabei hat man bayerischerseits den Eindruck gewonnen, daß in den anderen Ländern durchaus noch Leute untergebracht werden können. Es wird dem aber auf Grund von Stichproben entgegengehalten, daß das auch für Bayern zutrifft.

(Zuruf: Oho!)

Am 3. November findet darüber die Schlußbesprechung in Stuttgart statt, bei der geklärt werden soll, ob Württemberg-Baden und Hessen in der Lage sind, Bayern freiwillig eine bestimmte Quote abzunehmen. Es wird dabei nicht viel herauskommen, solange nicht eine einheitliche Volks- und Wohnungszählung in der Bizone durchgeführt wird, zumal man Bayern vorwirft, seine Wohnungszählung nach eigenen Methoden durchgeführt zu haben. Zusammenfassend erklärte der Regierungsvertreter, das Innenministerium sei ehrlich bemüht, auf eine allmähliche Freimachung der Fremdenverkehrsbetriebe hinzuwirken.

Der Vorsitzende bat die Vertreter der Freien Demokratischen Partei, zu erwägen, ob sie nicht im Hinblick darauf, daß die Regierung von sich aus und auf Grund der Beschlüsse des Landtags ohnehin schon alles Notwendige zur Freimachung der Fremdenbeherbergungsbetriebe getan hat, die gestellten Anträge zurückziehen wollen. Abgeordneter Weidner wandte dagegen ein, daß beide Regierungsvertreter erklärt hätten, sie wären dem Landtag dankbar, wenn er mit solchen Anträgen hervortrete.

Abgeordneter Hagm machte darauf aufmerksam, daß die von der Militärregierung freigegebenen Hotels umgehend mit Flüchtlingen belegt wurden.

Abgeordneter Emmert gab der Überzeugung Ausdruck, daß das Hotelgewerbe schon von sich aus über all die notwendigen Schritte zur Freigabe seiner Betriebe unternommen habe. Der Redner stellte an die Regierungsvertreter die Frage, wieviel Quadratmeter Wohnraum der einzelne Besatzungsangehörige beanspruchen darf und wie hoch die Kosten sind, die auf dem Weg über die Besatzungskosten dafür aufgebracht werden müssen. Man habe den Eindruck, daß angesichts der ungeheuren Armut des deutschen Volkes hier außerordentlich kostspielig verfahren wird. Außerdem könnte in Betracht gezogen werden, daß die Hotelbetriebe, die ihre Räume freibekommen, sich irgendwie an den Kosten beteiligen, die für das Auffangen der Flüchtlinge infolge dieser Räumung entstehen.

Oberregierungsrat Dr. Morgenroth klagte darüber, daß die Besatzungsmacht keinerlei Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Wohnraumlage zeigt. Der einfache Soldat hat Anspruch auf zwei Räume; das staffelt sich nach oben. Die Angehörigen der Besatzungsmacht müssen dafür allerdings erhebliche Beträge bezahlen, ein Offizier zum Beispiel für eine Wohnung 90 bis 140 Dollar, was in keinem Verhältnis zu dem steht, was auf Besatzungskosten vergütet wird (nur 50 Prozent dessen, was früher nach dem Reichsleistungsgesetz bezahlt wurde). Unter diesen Verhältnissen ist es

natürlich schwer, die freigegebenen Betriebe, die praktisch demontiert wurden, wieder aufzubauen, zumal das Hotelgewerbe auch schon durch die Inanspruchnahme während des Krieges schwer gelitten hat.

Oberregierungsrat Dr. Fellner führte hierzu noch aus: Bürgermeister und Landräte der Kaufbeurer Gegend haben die Ansicht vertreten, wir würden nicht den richtigen Ton anschlagen; es könne doch nicht unumstößlicher Grundsatz sein, daß jede amerikanische Familie ein eigenes Haus bewohnen muß. Wir haben der Besatzungsmacht aber immer ganz offen erklärt, daß sie zu viel Raum in Anspruch nimmt. Eine Selbsthilfe, wie sie Abgeordneter Emmert angeregt hat, ist nicht möglich; denn das Hotelgewerbe ist so wenig leistungsfähig, daß es im Gegenteil selbst der Unterstützung bedarf.

Abgeordneter Drechsel bestätigte auf Grund seiner Erfahrungen, daß alle Betriebsinhaber, die von einer Beschlagnahme durch die Besatzungsmacht betroffen wurden, in den zurückliegenden Jahren alles getan haben, um eine Freigabe zu erreichen und wieder ihren Beruf ausüben zu können. Wenn der Widerstand von einer Seite kommt, gegen die man nicht anrennen kann, habe es wirklich keinen Zweck, sich immer wieder mit den gleichen Anträgen zu beschäftigen. Abgeordneter Hagm erkannte an, daß die Regierung schon alles versucht hat, um Ordnung zu schaffen. Oberregierungsrat Dr. Morgenroth teilte mit, daß die Regierung einen genauen Überblick hat, wieviele Häuser und Betten überwiegend für Erholungszwecke in Anspruch genommen sind. Abgeordneter Endemann war der Ansicht, daß zwar der Tendenz des Antrags durch das bisherige Vorgehen der Regierungsstellen schon hinreichend Rechnung getragen sei; wenn aber die Regierung seine Annahme wünsche, sei dagegen nichts einzuwenden. Abgeordneter Bodesheim unterstrich die Ausführungen des Abgeordneten Drechsel.

Abgeordneter Drechsel regte schließlich an, dem Antrag die Spitze gegen die Militärregierung zu nehmen und ihn folgendermaßen zu fassen:

Die Staatsregierung wird ersucht, ihre Bestrebungen zwecks möglicher Rückgabe der von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Hotels fortzusetzen.

Der Antrag wurde in dieser Fassung einstimmig angenommen. Ich ersuche auch um Ihre Zustimmung.

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 1956 ist, möge Platz behalten, wer dagegen ist, sich erheben. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zu den Anträgen der Abgeordneten Euerl und Genossen betreffend Bewirtschaftung von Wohnräumen, die durch Neubau oder Wiederaufbau gewonnen wurden, und Pechtl und Genossen betreffend Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung zusätzlichen Wohnraums (Beilage 1957).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hagm Hans. Ich erteile ihm das Wort.

Hagn Hans (CSU) [Berichterstatter]: Der Wirtschaftsausschuß hat sich in seiner 41. Sitzung vom 28. Oktober 1948 nahezu ausschließlich mit dem Problem beschäftigt, wie Wohnungen beschafft werden können. Der Vorsitzende schiedte der Erörterung dieses Problems die Bemerkung voraus, er habe eine Reihe von Anträgen gemeinsam auf die Tagesordnung gesetzt, damit sich der Wirtschaftsausschuß einmal eingehend mit dem Problem des Wohnungsbaues beschäftigen könne. Eigenartigerweise habe sich der Verfassungsausschuß in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialpolitischen Ausschuß mit einem Gesetzentwurf zur Beschaffung von billigem Bauland befaßt, obwohl hierfür doch eigentlich der Wirtschaftsausschuß zuständig wäre. Frau Abgeordnete Gröber begründete die Behandlung dieser Frage im Verfassungsausschuß damit, daß das Gesetz eine Enteignung vorsieht, und die Behandlung im Sozialpolitischen Ausschuß damit, daß es sich um Kleinfiedlungswohnungen handelt, und teilte zugleich mit, daß die Entscheidung zunächst noch zurückgestellt wurde, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden machte dann Ministerialrat von Miller grundlegende Ausführungen zu dem ganzen Problem. Er berichtete: Das Wichtigste, was geschehen ist, war die Gründung des Bayerischen Aufbaurates, in dem alle Sachverständigen auf diesem Gebiet — Behördenvertreter, Organisationen, Hausbesitzer, Genossenschaften, Mieterverein — in partizipativer Weise zusammenarbeiten und ihre Kenntnisse zur Verfügung stellen, um das Problem allmählich zu meistern. Wöchentlich haben durchschnittlich zwei Sitzungen stattgefunden, wobei schon ganz schöne Erfolge erzielt wurden. Die Aufgaben, die hier bevorstehen, die Gesetzgeberei sowohl wie insbesondere die finanziellen, sind aber so groß, daß es unmöglich war, schon alles zu regeln, was geregelt werden muß. Der Aufbaurat hat vier Ausschüsse gebildet: einen Gesamtplanungsausschuß, einen Finanzierungsausschuß, dem Vertreter der Realkreditinstitute usw. angehören, einen Rechtsausschuß, der die Gesetzgebung vorbereiten und mitberaten soll, und einen technischen Ausschuß, der die technischen Voraussetzungen für einen zweckmäßigen Wohnungsbau schaffen soll.

Der Regierungsvertreter führte dann weiter aus: Zur Gesetzgebung liegen hier bereits verschiedene Eingaben vor. Der Senat hat sich auch schon mit dem Entrümmerungsgesetz befaßt, wobei sich zeigte, wie schwierig die Verhältnisse sind, so daß es noch zu keiner einheitlichen Stellungnahme des Senats kam. Die größte Aufgabe, die der Obersten Baubehörde bevorsteht, ist die Schaffung eines Planungs-, Bau- und Bodenrechts. Die Eingaben beweisen, daß insbesondere nach einem Baulandbeschaffungsgesetz große Nachfrage besteht. Es ist aber bedenklich, nicht gleich das gesamte Gebiet anzupacken; denn zur Baulandbeschaffung gehört nicht nur das Enteignungsgesetz, sondern gleichzeitig auch das Umlegungsgesetz und eine Zusammenlegungsverordnung, und es gehört dazu nach Ansicht der Architekten auch die Festlegung einer gewissen Baupflicht, wonach derjenige, der ein baureifes Grundstück hat, es auch bebauen oder es jemand zur Verfügung stellen muß, der es in absehbarer Zeit bebauen kann. Der Regierungsvertreter erklärte hierzu, daß die endgültige Stellungnahme der Regierung in dieser Frage erst bekannt-

gegeben werden könne, wenn sich der Aufbaurat endgültig geäußert hat. Als besonders wichtig bezeichnete er es, daß das ganze Problem aus dem Parteipolitischen und Feuilletonistischen herausgenommen und in die Ebene gestellt wird, die es braucht; denn es handle sich um eine Aufgabe des gesamten Volkes und es sei nicht möglich, daß eine Partei ein derartiges Aufbauprogramm aufstellt und, wie das zum Beispiel in Erlangen der Fall war, dann eine andere für sich in Anspruch nehmen will, daß sie es besser macht. Das muß also — so betonte der Redner — in eine Hand genommen und unpolitisch im Aufbaurat behandelt werden.

Über die Mittelaufbringung führte der Regierungsvertreter aus: Im Aufbauplan A ist eine Reihe von Finanzierungsquellen angegeben: zunächst das Einkommen aus den sogenannten Lebensmittelimporten. Es hat sich herausgestellt, daß da gegenwärtig nichts zu machen ist. Die zweite Quelle sind die Einnahmen aus den Verkäufen der STEG. Auch hier hat die Militärregierung zunächst erklärt, daß sie diese Mittel nicht freigibt, da sie dieselben eventuell zur Deckung der Befahrungskosten verwenden will. Drittens kommen die Mittel des Marshall-Plans in Frage. Bis jetzt sind solche Mittel noch nicht vorhanden. Sollten sie gegeben werden, so stehen zwei Tatsachen hindernd im Wege: Sie sind nicht allein für den Wohnungsbau bestimmt, sondern in erster Linie für die Ankurbelung der Wirtschaft, und zweitens ist der Zins so hoch, daß sie für den Wohnungsbau gegenwärtig nicht in Betracht kommen können. Weiter im Aufbauplan A vorgesehene Mittel sind die des Realkredits. Bei den Besprechungen im Finanzausschuß des Bayerischen Aufbaurats wurde klar herausgestellt, daß gegenwärtig die Realkreditinstitute ebenso wie die Versicherungsunternehmen und die Gemeinde- und Bezirksparkassen über nennenswerte Mittel noch nicht verfügen. Die bayerischen Realkreditinstitute und die Girobank haben Emissionen aufgelegt, und zwar zu verhältnismäßig niedrigem Zinsfuß. Welchen Erfolg sie haben, wissen wir nicht. Die Realkreditinstitute und auch das Finanzministerium befürchten, daß nicht allzuviel herauskommt, weil das Sparen durch die Währungsreform so unpopulär wie nur möglich geworden ist. Das ist einer der größten Schläge für die Finanzierung des Wohnungsbaues. Da auf diese Weise nichts zu erhalten ist, ist die Regierung darangegangen, eine Notabgabe für den Wohnungsbau vorzubereiten. Eine Mietsteuer ist natürlich in der gegenwärtigen Zeit bei den außerordentlich gestiegenen Lebenshaltungskosten sehr unpopulär. Trotzdem glaubt die Regierung darauf nicht verzichten zu können. Es ist so, daß wir in den Etat Ausgabemittel nur einstellen dürfen, wenn wir auf der anderen Seite Einnahmen dafür hereinbekommen. Die Oberste Baubehörde hat hier einen Plan, der die einhellige Zustimmung des Aufbaurats und ebenso die interministerielle Zustimmung gefunden hat. Vor dem letzten Weltkrieg hatte die private Bautätigkeit eine ungeheuer große Bedeutung, eine größere, als man im allgemeinen wohl glaubt. Etwa 80 Prozent aller neugeschaffenen Wohnungen wurden nicht durch gemeinnützige Wohnungsunternehmungen, sondern durch die private Bauwirtschaft errichtet, und es wird notwendig sein, bei allem Interesse für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen, auch jetzt wieder die private Bauwirtschaft heranzuziehen

(Hagn Hans [CSU])

und, wenn irgend möglich, wieder einen Ausgleich in der Gebäudewirtschaft herbeizuführen. Das größte Problem sind dabei die Mieten, die jetzt bei den Altbauten 110 Prozent betragen, während die Neubaumieten auch in den staatlich unterstützten Bauten 130 bis 140 Prozent betragen, bei Annahme eines Index 100 aus dem Jahre 1914. Die Entwicklung ist nun folgende: Der Mietenindex beträgt 110 Prozent, der Lebenshaltungskostenindex 200 Prozent und der Baukostenindex 300 Prozent. Da ist eine private Bautätigkeit einfach nicht mehr möglich. Als der Mietenindex 110 Prozent und der Baukostenindex 135 Prozent betrug, wurde diese Spanne von einigen Menschen noch auf sich genommen, die eine niedrige Verzinsung des Eigenkapitals in Kauf nahmen und etwas Vermögen hatten, um die höhere Miete zu bezahlen. In der gegenwärtigen Situation, wo der Mietenindex noch 110 Prozent beträgt, der Baukostenindex aber 300 Prozent, ist eine private Bautätigkeit ganz ausgeschlossen. Infolgedessen geht der Plan der Regierung dahin, die Altbaumieten zunächst wenigstens auf die Neubaumieten heraufzuheben, also auf etwa 140 Prozent, um so einen Anreiz für die private Gebäudewirtschaft, aber auch eine Entlastung der Zuschüsse, die andernfalls der Staat für den sozialen Wohnungsbau geben müßte, herbeizuführen. Es wird dabei natürlich zu Lohnkämpfen kommen, doch ist es wohl zweckmäßiger, wenn der Arbeiter und Angestellte seine Wohnung aus seinem Lohn Einkommen bestreiten kann, als wenn immer verlorene Zuschüsse gegeben werden müssen. Es ist zweckmäßig, daß die Wirtschaft die Mittel in Form einer notwendigen Erhöhung der Löhne und Gehälter selbst aufbringt. Da diese Steuer aber selbstverständlich gründlicher Vorbereitungen bedarf, weil die Altmietungen und die Höhe ihrer Mieten festgestellt werden müssen, beabsichtigt das Finanzministerium, zunächst für 1949 eine Abgabe in Höhe von 2 Promille der Brandversicherungssumme einzuführen, die auf die Mieter und Untermieter abgewälzt werden soll; denn der Hausbesitzer allein kann sie nicht tragen. Eine solche Steuer würde etwa 30 Millionen ergeben. Das ist zwar kein großer Betrag, aber immerhin etwas. Die größten Hoffnungen werden auf die Mittel gesetzt, die bei der Abwertung der Hypotheken aus den Währungsgewinnen anfallen. Es ist damit zu rechnen, daß hier 80 bis 100 Millionen im Jahr aufkommen. Zunächst hat es geheißt, daß diese Mittel nur kurzfristig gewährt werden und daß noch in Frage steht, ob sie von der Bizone her dauernd für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. In Frankfurt soll aber jetzt geplant sein, diese Mittel dauernd für den Wohnungsbau für Flüchtlinge und auch für Ausgebombte und Geschädigte zur Verfügung zu stellen. Man wird auch nicht darum herumkommen, im Ordentlichen und Außerordentlichen Etat Mittel für die Förderung des Wohnungsbaues einzustellen. Wie hoch sie bemessen sein können, wird vom Steueraufkommen abhängen. Immerhin sind für den Wohnungsbau für Flüchtlinge in diesem Jahr im Betriebsmittelpfan noch 5 Millionen vorgesehen. Dieser Betrag wird sich voraussichtlich im ersten Vierteljahr 1949 erhöhen. Wir werden wohl 10 Millionen bekommen und im nächsten Jahr werden voraussichtlich über 20 Millionen zur Verfügung stehen. Das ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht viel, aber

immerhin etwas, zumal wenn man berücksichtigt, daß die Heranziehung der privaten Bautätigkeit geplant ist.

Wiederholt wurde in Eingaben darauf hingewiesen, daß man denjenigen, die Wohnraum schaffen, dafür auch ein Entgelt durch Überlassung weiteren Wohnraums bieten müsse. Nach dieser Richtung ist ein Gesetz betreffend die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum vorbereitet, dem der Aufbaurat bereits zugestimmt hat und das in der nächsten Woche interministeriell besprochen werden wird. Es sollen durch Ausbau bestehender Gebäude, durch Ausbau der Speicher — selbstverständlich nicht in Bauernhöfen — vor allem in solchen Häusern, die in Zeiten der Kompensationsgeschäfte begonnen aber nicht fertiggestellt wurden, Wohnungen gewonnen werden. Es ist auch daran gedacht, wo dies technisch und ästhetisch und natürlich auch wirtschaftlich tragbar ist, Häuser aufzustöcken. Dadurch wäre es mit verhältnismäßig geringen Mitteln möglich, Wohnraum zu schaffen. Das wäre zudem eine Aktion, die auch während des Winters weitergeführt werden kann. Man braucht dazu auch verhältnismäßig wenig Holz und Eisen. Diese Baustoffe sind bekanntlich jetzt am schwersten zu bekommen.

In dem Umfang, wie es wünschenswert wäre und von den Flüchtlingen vielleicht auch erwartet wird, ist die Errichtung von Wohnungsbauten natürlich gegenwärtig nicht möglich, nachdem eine Wohnung, die früher 7000 Mark gekostet hat, jetzt ungefähr 16 000 Mark kostet. Es ist ganz unmöglich, auf dieser Preisbasis mit den vorhandenen Mitteln großzügige Siedlungsbauten durchzuführen.

Zum Bauprogramm bemerkte der Vertreter der Staatsregierung u. a.: Sofort nach der Währungs umstellung wurde eine Enquete darüber veranstaltet, wieviele Wohnungen in Bayern gegenwärtig im Bau sind und infolge der Währungsreform steckenzubleiben drohen. Diese Erhebung hat die überraschende Zahl von 40 000 begonnenen Wohnungen ergeben. Wenn man bedenkt, daß in Friedenszeiten in Bayern etwa 28 000 bis 30 000 Wohnungen jährlich erstellt wurden, ist das eigentlich eine überraschend hohe Zahl angesichts der schwierigen Baustoffbeschaffung. Der Regierungsvertreter betonte dabei, daß Holz nicht nur ein sehr rarere, sondern auch außerordentlich teurer Artikel ist, so daß es immer mehr durch andere Baustoffe ersetzt werden muß, was aber im allgemeinen eine Verteuerung und nicht eine Verbilligung bedeutet, wie fälschlicherweise im großen und ganzen immer angenommen wird. Allerdings kann Holz bedauerlicherweise zu verhältnismäßig billigen Preisen gekauft werden, wenn der Betreffende die Tausender in der Westentasche mitbringt und bar bezahlt, weil der Verkäufer dann steuerlich günstiger wekommt, als wenn der Betrag auf sein Bankkonto überwiesen wird. Zur Arbeiterfrage stellte der Regierungsvertreter die überraschende Tatsache fest, daß eine besonders große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht eingetreten ist.

(Zuruf: Kürzer fassen!)

— Die Wohnungsfrage beschäftigt uns in stärkstem Maß und ist das A und das O unserer ganzen Wirtschaftsführung. Daher glaube ich, daß es schon der Mühe wert ist, die Ausführungen zu verfolgen, die ich in den wesentlichsten Punkten aus dem Protokoll über die Ausschusssitzung herausziehe, die einen ganzen Tag gedauert

(Hagn Hans [CSU])

hat. Es lohnt sich wohl, dieses primäre und schwierige Problem eingehend zu erörtern.

Weiter führte Ministerialrat von Miller aus, die Geldbeschaffung sei gegenwärtig das Alpha und das Omega, nicht die Baulandbeschaffung, nicht die Technik. Am wichtigsten sei das Geld. Er habe darüber schon einiges gesagt. Vielleicht seien seine Hoffnungen etwas zu hoch gesetzt. Aber die ernsthafte Aufstellung eines Bauprogramms sei erst möglich, wenn man wisse, über welche Mittel man verfügt.

Oberregierungsrat Dr. Fellner verbreitete sich in längeren Darlegungen über die großen Schwierigkeiten des Problems. Nach Auffassung des Staatsministeriums hätten kleinliche Bedenken zurückzutreten und müsse auf diesem Sektor ein großzügiger Anreiz geschaffen werden. Vorbehaltlich und unbeschadet der gesetzgeberischen Tätigkeit des Landtags habe man, um einmal eine Bresche zu öffnen, Verhandlungen mit der Militärregierung mit folgendem Ziel und folgendem formellen Antrag aufgenommen: „Werden Neubauten ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel in der Zukunft neu erstellt, so unterliegen sie nicht der wohnungsbehördlichen Erfassung unter zwei Voraussetzungen: erstens, wenn sie nicht mehr als zwei Monate freistehen, zweitens, wenn auf diese Weise nicht ein übergroßer Raum dem Verfügungsberechtigten zur Verfügung steht.“

Der Abgeordnete Guertl erklärte zu den Ausführungen des Oberregierungsrats Dr. Fellner, daß sie sich mit dem ersten Teil seines Antrags decken, wonach dem Bauherrn ein Wohnraum mehr zugebilligt werden soll, als ihm nach der gesetzlichen Regelung zusteht, wenn er neben seiner eigenen Wohnung mindestens noch eine weitere Wohnung ausbaut. Im zweiten Teil seines Antrags gehe es aber noch um etwas anderes, nämlich darum, daß man bei der Vergabe der Wohnungen, die durch Neu- oder Ausbau gewonnen werden, dem Bauherrn in der Weise entgegenkommen soll, daß er nicht gezwungen ist, einfach die Mieter zu akzeptieren, die ihm das Wohnungsamt zuweist, sondern daß man ihm bei der Vermietung eine gewisse Freiheit läßt.

Oberregierungsrat Dr. Fellner teilte mit: In einer weitherzigen Auslegung des Kontrollratsgesetzes hat das Staatsministerium des Innern aus dem vom Abgeordneten Guertl vorgetragenen Grundgedanken, nämlich der Wahrung des Hausfriedens heraus, vor sechs Wochen die Wohnungsbehörden ermächtigt, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Neubau oder Altbau handelt, dem Verfügungsberechtigten zwei bis drei Wohnungsuchende zur Auswahl zuzuwiesen. Man durfte dabei nur nicht übersehen, daß bei dieser Methode der unbeliebte wie auch der kapital schwache und kinderreiche Mieter überhaupt nicht zum Zuge kommt. Daher mußte man eine Klausel einbauen, wonach diejenigen Mieter, die auf diese Weise zweimal nicht zum Zug gekommen sind, zum dritten Mal allein zugewiesen werden.

Abgeordneter Weidner nahm zu den Ausführungen des Ministerialrats von Miller Stellung. Er habe das Gefühl gehabt, daß die Oberste Baubehörde dem Wohnungsproblem auch in sozialpolitischer Hinsicht durchaus die ihm zukommende Bedeutung beimißt. Es habe ihm besonders gefallen, daß der Aufbaurat und die

Oberste Baubehörde dieses Problem aus der parteipolitischen Ebene herausnehmen und versuchen wollen, es ihrerseits zu lösen. Anfänglich habe er den Aufbauplan A in jeder Hinsicht begrüßt, er habe dann aber bald feststellen müssen, daß er eine Seite völlig außer acht läßt, nämlich die Frage der Baustoffproduktion. In seinen weiteren Ausführungen zeigte Abgeordneter Weidner, daß die Baustofffrage noch völlig ungelöst sei und dadurch Schwierigkeiten im Baugewerbe entstanden.

Schließlich brachte der Vorsitzende folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den in den Anträgen auf Beilage 1754 und 1756 niedergelegten Gedankengängen Rechnung trägt.

Der Ausschuß beschloß einstimmig die Annahme des Antrags in dieser Fassung.

Bezüglich der übrigen mit zur Debatte gestellten Anträge sprach sich der Vorsitzende für die einstweilige Zurückstellung aus. Der Ausschuß beschloß dementsprechend einstimmig, die Anträge auf Beilage 973 bzw. 1333, 1280, 1406 und 1634 zurückzustellen, bis die Staatsregierung ihre Gesetzentwürfe über die allgemeine Regelung des Bauproblems und der Baufinanzierung vorgelegt hat. Der Ausschuß ersuchte gleichzeitig die Staatsregierung, die diesbezüglichen Gesetzentwürfe dem Landtag beschleunigt zu unterbreiten.

Ich ersuche um Annahme des Ausschußbeschlusses auf Beilage 1957.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die Aussprache. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Sinner.

Dr. Sinner (FDP): Überreste des hohen Hauses! (Heiterkeit.)

Ich habe gehört, daß heute nachmittag vor der Plenarsitzung eine Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses stattfindet. Ich würde dem Geschäftsordnungsausschuß empfehlen, einmal den § 19 unserer Geschäftsordnung durchzusehen und darauf hinzuweisen, daß nicht immer wieder — wir haben es heute mehrere Male erlebt — Berichte vorgelesen werden. Es braucht sich kein Berichterstatter zu wundern, wenn das Haus da nicht zuhört, denn es ist außerordentlich ermüdend, einem Bericht eine halbe Stunde lang zu folgen. In der Geschäftsordnung wird klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Berichterstatter in der Regel mündlich und nur auf besonderen Beschluß des Ausschusses schriftlich zu berichten hat, wobei der schriftliche Bericht den Abgeordneten vorher zuzustellen ist. Hätten wir ihn in diesem Fall bekommen, hätten wir uns wesentlich leichter getan.

Was nun die Ausschußberatungen über die vorgelegten Anträge selbst anlangt, so wundere ich mich vor allem über die außerordentliche Verschleppung dieser Anträge. Der erste Antrag der Abgeordneten Prechtl und Genossen stammt vom 15. März 1948, der zweite Antrag Guertl und Genossen, um den es sich heute handelt und den fast die ganze CSU-Fraktion unterschrieben hat, stammt vom 24. August 1948 und ist als „Dringlichkeitsantrag“ weitergegeben worden. Wenn wir Anträge, die als dringlich erklärt worden sind und eine so große Unterstützung finden, 2½ Monate liegen lassen

(Dr. Sinnert [FDP])

und ihr Ergebnis dann ist, daß der Landtag beschließen möge, die Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, können wir uns unsere Beratungen und alles übrige sparen. Dann wäre es viel einfacher zu warten, bis die Regierung ihre Entwürfe vorlegt.

Was die Ausführungen des Berichterstatters selbst angeht, nämlich, daß die Bauwirtschaft und die Behebung der Wohnungsnot das A und O unserer augenblicklichen Lage darstellt, so kann ich ihm natürlich zustimmen. Aber gerade deshalb wundere ich mich außerordentlich, daß sich der Ausschuß trotz seiner eingehenden Beratung auf Dinge eingelassen hat, die mit dieser Frage an sich nichts zu tun haben. Der vorliegende Antrag hätte von vornherein dem Sozialpolitischen Ausschuß, nicht dem Wirtschaftsausschuß, zugestellt werden müssen; denn es geht nicht so sehr um wirtschaftliche Dinge als um höchste sozialpolitische Maßnahmen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir nicht mit dem Beschluß des Ausschusses übereinstimmen würden, nämlich die Regierung aufzufordern und abzuwarten, bis sie ihren Gesetzentwurf vorlegt, sondern wenn wir selbst auf die Materie eingehen würden. Wenn das vielleicht nicht möglich sein sollte, weil sich ein nicht zuständiger Ausschuß damit befaßt hat, so müßte man diese Anträge und Beschlüsse dem Sozialpolitischen Ausschuß unterbreiten. Der Antrag des Herrn Kollegen Prechtl mag vielleicht gewisse Schwierigkeiten juristischer oder technischer Art bieten, das will ich nicht in Abrede stellen, aber der Antrag Guertl und Genossen — es mag komisch sein, daß ein Mitglied einer anderen Fraktion ihn hier vertritt — scheint mir doch selbst sehr dringend zu sein; er ist ja auch als Dringlichkeitsantrag bezeichnet worden. Er scheint mir auch ohne Rücksicht auf irgendwelche gesetzliche Maßnahmen durchführbar zu sein. Wenn Sie den Bericht des Berichterstatters aufmerksam gehört haben, werden Sie daraus entnommen haben, daß sich der Ausschuß im wesentlichen mit der Beschaffung von Geldmitteln befaßt hat, eine Frage, die hier überhaupt nicht zur Diskussion steht. In dem Antrag Guertl wird die Geldfrage gar nicht berührt, und auch im Antrag Prechtl ist in § 2 nur die Rede von „der Beteiligung an den Baukosten“. Wenn man den Zeitpunkt berücksichtigt, in dem dieser Antrag gestellt worden ist — Mitte März 1948 —, so versteht man, daß damals solche Möglichkeiten vielleicht vorhanden waren oder geschaffen werden sollten, während das heute etwas anders geworden ist. Ich glaube aber, man sollte diesem Antrag lieber etwas nähertreten, als ihn jetzt einfach durch Nichterheben von den Sitzen — einstimmiger Beschluß! — der Regierung gewissermaßen als Material zu übergeben. Wir haben auch beim vorhergegangenen Antrag durch Nichtaufstehen der Regierung den Auftrag gegeben, uns einen Gesetzentwurf vorzulegen. Wenn Sie einmal die Tagesordnungen und Beschlüsse des Landtags daraufhin durchsehen würden, wie oft wir der Regierung solche Aufträge gegeben haben, und dann feststellen würden, wann sie erfüllt worden sind, so würden Ihnen, glaube ich, die Augen übergehen. Das soll kein Vorwurf gegen die Regierung sein, sondern ich richte diesen vielmehr an den Bayerischen Landtag. Wir hätten nach der Verfassung auch das Recht, eine Gesetzesinitiative zu entfalten, tun es aber in den wenigsten Fällen, und wenn es geschieht, wie beim Antrag Prechtl, was ereignet sich dann? Der

Ausschuß beschließt einstimmig, die Regierung solle einen Gesetzentwurf vorlegen. Damit begeben wir uns eines sehr wichtigen Rechtes und schieben einen großen Teil der Verantwortung auf die Regierung ab, die oft gar nicht in der Lage sein wird in der Schnelligkeit, wie es gewünscht wird, die Gesetzentwürfe vorzubereiten. Ich glaube, man könnte sehr wohl den Anträgen, wie sie uns vorliegen, nähertreten und in der heutigen Plenarsitzung dazu Stellung nehmen. Insbesondere möchte ich das für den Antrag des Herrn Kollegen Guertl befürworten. Ich selbst habe einmal vor zwei Jahren — Herr Kollege Guertl wird sich daran erinnern — in einer Stadtratsitzung in Nürnberg einen ähnlichen Antrag eingebracht, nämlich daß man denjenigen Personen, die selbst einen Ausbau vornehmen, einen Anreiz dazu geben sollte, indem man ihnen einen Wohnraum oder meinetwegen zwei Wohnräume mehr zubilligt, als ihnen nach dem Kontrollratsgesetz zustehen. Dieser Anreiz der Privatinitiative hat mit der Beschaffung von Geldmitteln, mit der sich der Ausschuß stundenlang befaßt hat, überhaupt nichts zu tun. Die Anträge sind an den vollkommen verkehrten Ausschuß geraten. Den Antrag Guertl können wir ruhig annehmen. Wenn eingewendet wird, daß dem ein Kontrollratsgesetz entgegensteht, so muß ich sagen: Wir haben so viele veraltete Kontrollratsgesetze, daß wir nicht verpflichtet sind, uns immer und ewig daran zu klammern. Wenn es vielleicht die Ministerialbürokratie tut, so mag sie es aus Angst tun; wir haben aber keine solche Angst. Wir können uns ruhig einmal darüber hinwegsetzen. Die sehr verehrten interalliierten Militärregierungen haben sich schon mehr als einmal über Kontrollratsbeschlüsse hinweggesetzt. Schließlich geht der Kampf zwischen West und Ost darum, ob die Kontrollratsbeschlüsse durchgeführt und wie sie durchgeführt werden. Wenn wir für unser Volk etwas Gutes tun können, müssen wir das ohne Rücksicht auf die Militärregierung tun. Die Militärregierung wird sich dann sehr wohl überlegen müssen, ob sie einen solchen Beschluß des Bayerischen Landtags aufhebt. Ich erinnere Sie an die Schulgeldgeschichte. Ich habe dabei den bestimmten Eindruck gehabt, daß es der Militärregierung bei ihren Befehlen gar nicht so sehr wohl zumute war, als sie merkte, daß wir uns von solchen Befehlen nicht allzuviel, mindestens keinen moralischen Erfolg versprechen. Ich glaube, wir könnten dem Antrag Guertl seelenruhig zustimmen und sollten nicht wieder warten bis irgendwo im Innenministerium oder in einem sonstigen Ministerium ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wird. Vielleicht streiten sich die Ministerien darum, wer den Gesetzentwurf zu machen hat? Die Angelegenheit kommt dann in den Ministerrat, beschäftigt den Landtagsausschuß und das Plenum — und wenn es sehr schnell geht, ist auch die nächste Bauperiode vorüber. Wir haben aber allen Anlaß, alles das selbst durchzuführen, was ohne Zuhilfenahme von staatlichen Mitteln auf dem Wege der Selbsthilfe gemacht werden kann. Wir sollten die Selbsthilfe nach Möglichkeit anreizen, aber nicht mit Geldmitteln. Hier spielt es keine Rolle, ob die Mietpreise 110, 120, 130 oder gar 200 Prozent betragen, hier ist es wichtig, daß überhaupt etwas getan wird. Die Bevölkerung draußen wird uns den positiven Erfolg solcher Maßnahmen danken.

Ich bitte, mindestens dem Antrag Guertl in der ursprünglichen Fassung zuzustimmen. Was den Antrag Prechtl anlangt, so wird der Herr Kollege, soweit ich

(Dr. Linnert [FDP])

gehört habe, selbst dazu sprechen. Wir sollten uns aber nicht mit einem Beschluß zufrieden geben: „Die Regierung wird aufgefordert...“, sondern sollten diesen Antrag, ebenfalls dem Sozialpolitischen Ausschuß überweisen und ihn dort in eine Fassung bringen, über die wir uns eben beraten müssen, vielleicht im Zusammenhang mit dem von mir vorgelegten Entwurf. Wir müssen endlich etwas Positives schaffen und dürfen nicht nur Beschlüsse fassen, die nichts weiter bedeuten als eine Hinübergabe an die Regierung als Material. Ich glaube, gerade in dieser Frage können wir etwas Positives leisten, und das sollten wir auch tun.

(Beifall bei der FDP.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Dr. Linnert waren außerordentlich überzeugend. Es ist richtig, daß wir alles daran setzen müssen, um überhaupt Wohnungen zu bauen. Der Antrag, der vom Abgeordneten Guertl gestellt ist (Beilage 1756), will allein die Privatinitiative in Schwung setzen und bezieht sich auf Wohnungen, die mit privatem Kapital gebaut werden. Wenn die Kräfte, die hier zweifellos vorhanden sind, stärker als bisher aktiviert werden, kann nach meiner Überzeugung der Allgemeinheit damit ein wesentlicher Dienst erwiesen sein. Ich möchte deshalb vorschlagen und beantragen, daß der Antrag Guertl heute zum Beschluß erhoben wird.

I. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Ministerialdirigent Dr. Adam.

Ministerialdirigent Dr. Adam: Die Frage, ob wir für diese Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft ein neues Gesetz brauchen, das immerhin verhältnismäßig lange Zeit beansprucht, glaube ich verneinen zu dürfen. Wir haben vor wenigen Tagen mit der Militärregierung gesprochen und erreicht, daß Captain Dr. Hill einer Lockerung der Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 sympathisch gegenübersteht. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß eine zu weitgehende Lockerung unter Umständen von den Flüchtlingen und minderbemittelten Kreisen übel aufgefaßt werden könnte.

(Widerspruch bei der CSU.)

Captain Dr. Hill hat schließlich erklärt, daß er persönlich dem Plan mit Sympathie gegenüberstehe und daß auch die offizielle Stellungnahme der Militärregierung zur Lockerung des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 nicht zweifelhaft sein könne, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt seien: Einmal müsse die Gewähr dafür bestehen, daß auch die Minderbegüterten, vor allem die Flüchtlinge in den Lagern, für den Plan sind. Sodann müßten die Bedenken ausgeräumt werden, daß der Plan gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 18 (Wohnungsgesetz) verstoße, insbesondere gegen den Grundsatz, daß die deutschen Wohnungsbehörden allen Personen Wohnraum zu beschaffen haben und daß dabei bestimmte Gruppen bevorzugt zu berücksichtigen sind.

Zu dem ersten Vorbehalt hat Herr Staatssekretär Jaenicke erklärt, daß er einen formellen Beschluß des Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern herbeiführen werde. Zu dem zweiten Punkt hat

Dr. Hill die Erklärung des Ministerialreferenten mit Befriedigung entgegengenommen, daß ein Maßhalten in der Erfassung von Wohnräumen doch nur im Sinne des Gesetzes sein könne, wenn dadurch mit absoluter Sicherheit gerade eine Vermehrung des Wohnraums erreicht wird.

Auf der Grundlage dieser Verhandlungen mit der Militärregierung, die sich allerdings die endgültige Zustimmung noch vorbehalten hat, denkt das Staatsministerium des Innern an folgende Regelung:

1. Wohnungen und Wohnräume in Neubauten, die nach dem 1. April 1948 begonnen wurden oder werden, dürfen auf Grund des Wohnungsgesetzes nur erfaßt werden, wenn
 - a) die Gebäude unter Inanspruchnahme fremder öffentlicher Gelder errichtet wurden oder
 - b) wenn die Wohnräume länger als zwei Monate unbenutzt bleiben oder
 - c) wenn die Wohnungen unterbelegt sind.

Dabei gelten solche Wohnungen nicht als unterbelegt, wenn sie wenigstens von zwei Personen benutzt werden und diese höchstens einen Raum mehr haben, als ihnen nach den allgemeinen Belegungsrichtlinien zustünde.

2. Ebenso sind Wohnungen und Wohnräume in Gebäuden zu behandeln, die nach dem Gutachten der Baupolizeibehörde zumindest 40 Prozent zerstört waren.

— Die Grenze 40 oder 60 Prozent ist noch strittig und muß mit der Obersten Baubehörde noch geklärt werden. —

3. Diejenigen Wohnungen und Wohnräume, welche die Inhaber der Neubaumwohnungen frei machen, sind nach den allgemeinen Bestimmungen zu erfassen und zuzuteilen, insbesondere den nach Art. III Abs. I des Wohnungsgesetzes bevorzugten Kreisen.

Darüber, ob und in welchem Ausmaß auch für Um- und Einbauten in bestehenden Gebäuden, z. B. von Dachgeschossen, eine Besserstellung in der Wohnraumbewirtschaftung zugestanden werden kann und soll, schweben noch Verhandlungen. Wenn man etwa eine Dachwohnung mit 30 Quadratmetern herstellt, können schwerlich 30 Prozent frei gemacht werden. Gegenwärtig kommt es darauf an, bei der Militärregierung die Bresche zu schlagen, wie es nun unternommen wurde. Die Um- und Einbauten der bestehenden Gebäude müssen in jedem Fall durch öffentliche Darlehen, durch Steuerbegünstigung und Erleichterungen auf dem Gebiete der Gebühren und Stempel gefördert werden, wie es die Oberste Baubehörde bereits vorgesehen hat. Wenn auch in diesem Sektor mit einer Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung zusätzlich Anreiz geschaffen werden kann, bedarf erst noch sorgfältiger Prüfung und hängt vor allem auch von dem Fortgang der Verhandlungen mit der Militärregierung ab, die zunächst auf privat finanzierte Neubauten begrenzt sind. In keinem Fall erfordert die in Frage stehende Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung in diesem immerhin zunächst engen Rahmen ein Gesetz, vielmehr genügt eine Entschließung des Ministeriums, sobald die Militärregierung zugestimmt hat.

(Dr. Hundhammer: Also kann der Landtag den Beschluß ruhig fassen.)

I. Vizepräsident: Bevor wir in der Debatte weiterfahren, möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Es liegen vor: erstens der Antrag des Ausschusses, zweitens der Antrag Dr. Hundhammer, daß der Antrag Guertl angenommen werden möchte, und drittens glaube ich den Ausführungen des Kollegen Dr. Sinnert entnehmen zu müssen, daß der Sozialpolitische Ausschuß sich mit dem Antrag Prechtl auf Beilage 1754 baldigst befassen soll.

(Zustimmung von Dr. Sinnert.)

Ich werde dann bei der Abstimmung entsprechend vorgehen.

Wir fahren nunmehr in der Debatte weiter. Es spricht der Abgeordnete Prechtl.

Prechtl (CSU): Meine Frauen und Herren! Das Wohnungsproblem ist das zur Zeit schwierigste Problem auf sozialem Gebiet. Das gilt nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Land. Durch die Neubevölkerung ist ein Teil unserer Landkreise — ich denke besonders an die Grenzlandkreise in der Oberpfalz und in Niederbayern und überhaupt an die ganzen Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern — in einem Ausmaß überlastet, daß es unmöglich ist, diese Neubevölkerung in dem vorhandenen Wohnraum hinreichend unterzubringen. Wir haben Landkreise mit bis zu 38 Prozent Neubevölkerung. Wir wissen aber, daß gerade die Oberpfalz und der Bayerische Wald, soweit er zu Niederbayern gehört, zu den ärmsten Gegenden in ganz Bayern zählen, schon von früher her Notstandsgebiete sind und zum Teil geradezu menschenunwürdige Wohnungsverhältnisse aufweisen. Im allgemeinen hat dort das Bauernanwesen nicht mehr Wohnraum, als der Bauer für sich, seine Familie und sein Gefinde braucht. Auch in Neubauten, die erst in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, findet man äußerst selten irgendwelchen übermäßigen Wohnraum. Wenn man die Anwesen von außen sieht, meint man, sie enthielten mächtig viel Wohnräume, in Wahrheit aber ist über der Stallung nur der Heuboden, der lediglich nach außen hin als Wohnraumsfläche erscheint. Wir können unsere zahlreiche Flüchtlingsbevölkerung nicht unterbringen, weil kein Wohnraum mehr vorhanden ist. Wenn heute in einem Landkreis auf 100 Einwohner der Stammbevölkerung 51 Neubürger treffen, so frage ich: Wie wollen Sie diese Leute unterbringen? Darum war ich von jeher der Auffassung, daß wir alle Mittel und Wege suchen müssen, um Wohnraum zu schaffen. Wir dürfen nicht immer bloß den Zwangsverteilungsweg beschreiten. Wo nichts mehr ist, kann man nichts mehr verteilen. Es hilft nichts, wenn man die Wohnungsämter einsetzt, obwohl nichts mehr zu verteilen ist. Wir müssen deshalb dazu kommen, neuen Wohnraum zu schaffen. Nun haben wir dafür Baugenossenschaften, auch Zuschüsse des Staates. Ich mache mir aber keine allzu großen Hoffnungen, daß wir damit viel erreichen, weil wir ja täglich hören, daß der Staat für diese Zwecke zu wenig Mittel zur Verfügung hat.

Ein Weg aber wäre meiner Auffassung nach nicht erfolglos. Wir müßten die Wohnungszwangsbewirtschaftung lockern, damit die freiwillige Initiative mit eingreift. Dieser Weg ist möglich und kann begangen werden. Man darf sich nicht immer wieder auf das Kontrollratsgesetz Nr. 18 berufen. Auch das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge hat das bisher

getan. Erfreulicherweise aber haben wir soeben vom Vertreter der Staatsregierung gehört, daß eine Lockerung zugestanden wird. Solange jeder verfügbare Wohnraum, auch neugeschaffener Wohnraum, wieder unter Zwangswirtschaft genommen wird, sagt sich jeder, auch wenn er in der Lage wäre, zusätzlichen neuen Wohnraum zu schaffen: Es fällt mir gar nicht ein zu bauen, wozu soll ich mir Ausgaben und Aufwendungen machen, wenn ich davon gar keinen Nutzen habe, sondern im Gegenteil dadurch nur noch mehr belastet werde, als ich es heute schon bin! Der Antrag auf Beilage 1754, den ich und meine Freunde gestellt haben, ist ein Versuch, die freiwillige Initiative dadurch anzuregen, daß die Leute, die wirklich bereit sind, zu bauen, eine gewisse Erleichterung erfahren. Jeden Tag, den ich im Amt bin, habe ich $\frac{1}{2}$ Duzend bis 1 Duzend Fälle von Wohnungsfreitigkeiten vor mir. Das Wohnungsamt trifft keine Entscheidung, es heißt: Der Landrat soll entscheiden! Räumungsklagen laufen nicht bloß zu Duzenden, sondern nach Hunderten, ein Zustand, der für die weitere Zukunft einfach unerträglich ist. Jeder, der einmal einen Raum in seinem Haus frei bekommt, sei es, daß jemand auszieht, sei es, daß jemand stirbt, will keinen mehr hineinlassen. Wir müssen Zwangsvollstreckungen durchführen, um den Wohnraum wieder belegen zu können. Das ist ein Zustand, der derartigen Unfrieden in unsere Bevölkerung hineinträgt und damit auch das ganze Familienleben immer mehr und mehr so stark zerrüttet, daß wir alles versuchen müssen, auf welchem Wege auch immer, neuen Wohnraum zu schaffen.

Ich bitte daher, den Antrag auf Beilage 1754 noch einmal zur Beratung an den Ausschuß zurückzuverweisen, damit das, was der Staatsregierung nach der Auffassung der Herren Juristen nicht ganz durchführbar erscheint, noch geklärt wird, dann aber diesen Antrag auch wirklich zum Gesetz zu erheben.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Zietsch.

Zietsch (SPD): Wir haben die Debatte aufmerksam verfolgt. Die Darlegungen des Herrn Regierungsvertreters zeigen ja, daß die Militärregierung durchaus geneigt ist, einer Regelung zuzustimmen, wie sie der Antrag Prechtl auf Beilage 1754 beabsichtigt. Da nun auch der Herr Fraktionsführer der CSU der Meinung ist, daß wir ohne weiteres dem Antrag auf Beilage 1754, der einem Gesetzesentwurf gleichkommt, zustimmen sollten, gibt auch meine Fraktion durch mich die Erklärung ab, daß sie diesem Antrag zustimmt.

(Dr. Hundhammer: Wir stimmen dem Antrag auf Beilage 1756 zu und verweisen den Antrag auf Beilage 1754 an den Ausschuß zurück.)

— Dann stimmt meine Erklärung in diesem Zusammenhang nicht. Wir stimmen also den Vorschlägen zu, wie sie hier gemacht wurden.

I. Vizepräsident: Damit dürfte sich jede weitere Debatte erübrigen. Die Aussprache ist geschlossen.

Bei der Abstimmung beabsichtige ich, folgendermaßen zu verfahren: Zunächst stimmen wir darüber ab, ob der Antrag auf Beilage 1754 dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen werden soll.

(Krempf: Warum dem Sozialpolitischen Ausschuß? Es handelt sich um wirtschaftliche Fragen!)

(I. Vizepräsident)

— Nach unserer Überzeugung handelt es sich um sozialpolitische Maßnahmen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete **Sch e f b e d**.

Sch e f b e d (CSU): Wir haben das Wohnungs- und Bauproblem in den letzten Monaten in drei verschiedenen Parlamentsausschüssen behandelt. Das Gesetz zur Beschaffung von Bau- und Siedlungsland ist neulich eigenartigerweise sogar im Haushaltsausschuß behandelt worden. Der Wirtschaftsausschuß, der Sozialpolitische Ausschuß und auch der Verfassungsausschuß beschäftigen sich mit dem Wohnungsbauproblem. So geht es nicht weiter; es muß hier unbedingt eine Einheitlichkeit herbeigeführt werden. Ich bitte daher das hohe Haus, für diese einheitliche Regelung zu sorgen.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **D r. H u n d h a m m e r**.

D r. H u n d h a m m e r (CSU): Wenn es auch bedauerlich ist, daß sich verschiedene Ausschüsse des Landtags mit dem Wohnungsbauproblem beschäftigen, so teile ich doch die Auffassung des Herrn Präsidenten, daß für diesen Antrag nach seinem Inhalt der Sozialpolitische Ausschuß zuständig ist.

I. Vizepräsident: Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, daß der Antrag auf Beilage 1754 dem Sozialpolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung überwiesen wird, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Weiter ist der Antrag gestellt worden, den Dringlichkeitsantrag **G u e r l** auf Beilage 1756 anzunehmen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle auch hierzu die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Damit erübrigt sich meines Erachtens eine Abstimmung über den vom Berichterstatter vorgetragene Antrag des Ausschusses. — Es erhebt sich kein Widerspruch, es ist so beschlossen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren! Die heutige Nachmittags-sitzung beginnt pünktlich um 15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt: Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten **K i e n e** betreffend erhöhte Fleischzuteilung (Beilage 1932). Vorher — um 14.30 Uhr — findet eine Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses hier im Hause statt. Ich bitte diese Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 20 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 15 Uhr wieder aufgenommen.

I. Vizepräsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Es folgt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten **K i e n e betreffend erhöhte Fleischzuteilung (Beilage 1932).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **K i e n e**; ich erteile ihm das Wort.

(Zuruf: Wo ist der Staatsminister?)

— Der Herr Staatssekretär ist anwesend.

K i e n e (SPD) [Berichterstatter]: Der Antrag ist auf Beilage 1932 abgedruckt; er lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt darauf hinzuwirken, die Einfuhr von Fleisch und Fleischkonserven so zu erhöhen, daß an die Bevölkerung mindestens eine Ration von 600 Gramm monatlich ausgegeben werden kann.

Die Aussprache im Landwirtschaftsausschuß war sehr einfach. Sämtliche Abgeordnete waren der Anschauung und der Überzeugung, daß nur durch die Einfuhr von Fleisch der großen Fleischknappheit begegnet und andererseits auch der Preis auf einem erträglichen Stand gehalten werden kann.

Der Ausschuß hat den Antrag einstimmig angenommen.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten **K i e n e** das Wort.

K i e n e (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fleischversorgung ist auf einem Punkt angelangt, den man als den Tiefpunkt auf diesem Gebiet überhaupt bezeichnen kann. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, um die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch auf eine andere Weise erträglich zu regeln. Insbesondere wurde vorgeschlagen, den sogenannten gespaltenen Markt einzuführen, also Fleisch zu verschiedenen Preisen durch den regulären Handel verkaufen zu lassen. Das würde bedeuten, daß man die monatliche Ration von 400 Gramm zu dem normalen Preis bekommen würde und alles übrige zu einem Preis kaufen könnte, der eben durch den freien Markt bestimmt würde.

(Zuruf von der SPD: Das braucht es nicht mehr!)

Heute ist es ja so, daß der größte Teil des Fleisches überhaupt auf dem Schwarzen Markt verkauft wird.

(Zuruf: Wo denn? — Heiterkeit.)

— „Wo denn?“ Diesen laienhaften Zwischenruf will ich überhört haben.

(Heiterkeit.)

Ich glaube nicht, daß ein Abgeordneter hier im Hause ist, der nur 400 Gramm Fleisch im Monat zu sich nimmt.

(Zietsch: Ich habe noch kein „schwarzes Fleisch“ gegessen! — **D r. H u n d h a m m e r**: Herr Zietsch ist doch überhaupt kein Fleisch. — Heiterkeit. —

Zuruf: Ausgerechnet ein Vegetarier!)

Es ist sehr interessant, sich an die Reden zu erinnern, die vor dem X-Tag gehalten worden sind. Da haben unsere landwirtschaftlichen Vertreter mit sehr großer Energie den Standpunkt vertreten, daß man es einem Bauern nicht zumuten könne, gegen Reichsmark noch Fleisch oder Vieh auf den Markt zu bringen. Auch wir haben ja diese Auffassung zu einem großen Teil verstanden. Aber was wir absolut nicht verstehen können, das ist, daß die Bauern gegen D-Mark kein Fleisch auf den Markt bringen können. Die Ursachen dafür müßte

(Äiene (SPD))

man doch genauer untersuchen. Zweifellos liegt ein außerordentliches Versagen der Behörden in diesem Falle mit vor; denn wenn die Luft zum Abfließen nicht geweckt werden kann, dann muß eben das Notwendige durch Vorschriften erreicht werden. Wir können uns nicht länger auf den Standpunkt stellen: Wir lassen die Dinge eben weiterhin so wie bisher treiben, vielleicht kommt es schon von selber anders, vielleicht reguliert sich alles von selber! Es gibt wohl manche, die an das Wunder glauben. Ich kann nicht an das Wunder glauben. Ich stelle mir im Gegenteil vor, daß die Verhältnisse in der Beziehung von Woche zu Woche und von Monat zu Monat noch schlechter werden, als sie gegenwärtig sind.

Ich darf Ihnen bloß einige Beispiele erzählen. Sie haben vielleicht auch am Dienstag das Radiogespräch gehört, das Mr. Ingwalfson im Wechsel mit Staatssekretär Sühler da voreργiziert hat. Ich finde das Verfahren verhältnismäßig simpel, wenn Sie gestatten, daß ich diesen Ausdruck gebrauche; denn es kann einen absolut nicht überzeugen. Allerdings wurden einige Wahrheiten gesagt, die wir hier auch besprechen müssen. Das Fleisch verschwindet auf dem Schwarzen Markt. Das Ruzvieh verschwindet in die anderen Zonen. Wir haben in Nürnberg die Tatsache zu verzeichnen, daß die Bevölkerung nur mit Konserven gefüttert wird, während das Frischfleisch in den Kühlhallen hängen bleibt. Man hat bis jetzt 60 000 Kilogramm festgestellt. Abgeordnete aus Nürnberg behaupten aber, es wäre die zehnfache Menge.

(Haas: In einem Lagerhaus allein 200 000 Kilo, das weiß ich aus zuverlässiger Quelle. — Zuruf: Das ist nicht wahr!)

Der Markt in Regensburg würde pro Woche 200 Stück Großvieh erfordern, es werden aber nur 12 Stück Großvieh angeliefert. Auf den Mittelmärkten, die noch funktionieren und die jetzt pflichtweise beliefert werden müssen, ziehen bevorzugte Gruppen die A-Stücke heraus, und nur was noch übrig bleibt, ist für die anderen Mehger da. Da und dort sind die Mehgermeister dazu übergegangen, überhaupt den Streik zu erklären und zu sagen: Wir legen lieber das ganze Gewerbe still, als daß wir uns an diesen Schwarzhandelsgeschäften beteiligen.

Der Normalverbraucher ist fast nicht mehr in der Lage, auf seine Marken die 400 Gramm überhaupt ausgelastet zu bekommen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Seitdem das Geld der einzige Bezugsschein ist — das ist das berühmte Rezept, das der Wirtschaftsdirektor Erhard in Frankfurt propagiert hat —, können die einen Fleisch fressen, soviel sie wollen, und die anderen können nicht einmal die 400 Gramm bekommen, die ihnen gesetzlich zustehen. Es gibt Mehgermeister, die ganz ohne Bedenken Schweinefleisch aushacken und dafür 5 Mark verlangen.

(Zuruf: 8 Mark werden heute verlangt!)

Sie erklären: Wenn ich heute ein Schwein kaufen will, muß ich 1000 DM anlegen und bei der Auspfündelung ist dann der Preis eben mindestens 5 Mark. Sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn die Bauern sagen: Ein Schwein kann man nicht um 200 und 300 Mark

abgeben, weil man allein für den Ankauf eines Ferkels 100 bis 200 Mark anlegen muß.

Wenn man diese Dinge so betrachtet, dann muß man schon sagen: Wo bleibt da die Berufsmoral, wo bleibt da das Berufsethos, sowohl bei den Mehgern als auch bei den Händlern und Bauern?

(Zuruf: Wo bleibt die Bayerntreue?)

— Die Treue gegen Volk und Staat, die in der Verfassung vorgeschrieben ist, steht nur auf dem Papier. Man erzieht doch das Volk dadurch zum Gegenteil, daß man dem freien Markt freien Lauf läßt.

Eine schwere Sünde war es, daß man Unterschiede gemacht und gesagt hat, das Ruzvieh und das Saatgut ist von der Bewirtschaftung ausgenommen. Sehr verehrte Freunde! Wir haben doch nach Frankfurt einen prominenten Mann aus unserer bayerischen Landwirtschaft geschickt, den Staatsrat Niklas. Da möchte ich fragen: Stammen diese Ideen von unserem Staatsrat Niklas oder warum ist er dagegen nicht aufgetreten?

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das schlechte Beispiel verdirbt die besten Sitten. Man kann heute ruhig behaupten, daß 25 Prozent des Saatguts verschwunden sind, weil man es in den Mühlen bereits vermahlen hat, wo man den Zentner Weizen um 30 und 40 Mark eingekauft hat.

(Zuruf: 50 Mark!)

Natürlich wird dann dieses Mehl um 1 Mark pro Pfund auf dem Markt wiedererscheinen. So kann es aber nicht weitergehen. Das waren Zustände, die man sich vor dem X-Tag noch erklären konnte, weil man eben wegen des Geldes sehr große Besorgnis hatte. Aber heute, wo man die D-Mark hat, dürfen diese Dinge nicht mehr geduldet werden. Wenn der Staat sie duldet, ist der Staat derjenige, der die Sitten verdirbt,

(sehr richtig!)

das ist meine Auffassung.

Der Herr Abgeordnete Dr. Einnert hat seinerzeit hier im Landtag gesagt: Wenn einer so einen Fegen schwenkt, dann laufen ihm Tausende nach. Er hat damit das Recht des Volkes, zu demonstrieren, als eine sehr lächerliche Angelegenheit hingestellt. Ich möchte Ihnen aber sagen: Wenn einer bloß so einen winzigen dreifigen Geldschein schwenkt und sagt: Diese 50 Mark habe ich ohne Arbeit verdient, bloß mit einem bißel Handel!, so laufen ihm nicht bloß Tausende nach, sondern Hunderttausende, und die ganze Woche, das ganze Jahr läuft man ihm nach, weil dieser dreifige Zettel eben dadurch billig zu erwerben ist, daß man nicht arbeitet, sondern dadurch, daß man sich irgendwie mit dem Handel und mit derartigen unredlichen Geschäften abgibt.

Wenn Sie das Recht auf Demonstrationen mißachten wollen, dann möchte ich Ihnen sagen, es wäre besser, Sie würden das Recht mißachten, daß sich die Menschen auf so billige Weise in den Handel einmischen und ungestört alles betreiben dürfen, was unser Volk ausbeutet, ausraubt und bis zur Verzweiflung bringt.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Wundern Sie sich dann nicht, wenn Fensterscheiben eingeschmissen werden! Wir sind nicht schuld daran, daß wir diese Zustände hier im Lande haben.

(Zurufe.)

(Kiene [SPD])

— Sagen Sie nicht immer, Frankfurt ist schuld!

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir könnten diesbezüglich nämlich ebenfalls sehr deutlich auftreten und die Leute zurückpfeifen, die in Frankfurt die Dinge veranstaltet haben und sie weiter veranstalten. Sie lassen sich freilich nicht warnen und wollen nicht hören und wollen die Unruhe, die in das Volk kommt, sogar noch verbieten. Mit Polizeimaßnahmen können Sie aber diese Verhältnisse dem Volk gegenüber nicht bereinigen und berichtigen. Bereinigen und berichtigen können Sie sie nur, wenn Sie die Auswüchse, die aufgetreten sind, in der schärfsten und schnellsten Weise beseitigen.

(Sehr richtig!)

Hier warten wir auf eine Erklärung unseres Herrn Landwirtschaftsministers. Ich bin gewiß gern bereit, mit dem Landwirtschaftsministerium zusammenzuarbeiten und daran mitzuwirken, daß die entsprechenden Schritte getan werden, indem wir rechtzeitig darauf hinweisen, was geschehen kann und was geschehen soll, um den Mißständen zu steuern. Aber mit den bis jetzt getroffenen Maßnahmen werden Sie niemand abschrecken. Mit der einfachen Mitteilung, daß man nun die Landstraßen kontrolliert, daß man die Lastautos untersucht, daß man den Güterverkehr auf den Bahnhöfen überwacht, werden Sie dem Übel nicht begegnen. Wenn Mr. Ingwalson sagt, die Erhöhung der Fleischpreise werde die Bauern dazu anreizen, bereitwilliger abzuliefern, so kann man dazu nur lächeln; denn die erhöhten Preise sind ja schon seit einiger Zeit in Gültigkeit. Es müßte denn sein, daß bereits neue erhöhte Preise in Vorbereitung sind, mit denen die Landwirtschaft, die Händler usw. rechnen. Dann muß ich allerdings sagen, es wäre besser, mit den neuen Preisen sofort herauszutreten, als sie immer so als Lockmittel in der Schwebe zu halten und sie den Bauern zu zeigen; denn diese werden dann immer zuwarten und zuwarten, bis sie die höheren Preise bekommen.

Ich habe mit einem alten Bauern über die Verhältnisse in der Landwirtschaft gesprochen. Er hat mir gesagt: „Die Futterei ist noch gut, ich brauche noch nichts zu verkaufen.“ Ich frage Sie: Ist das eine Wirtschaft, die einem modernen Staat zur Ehre gereicht?

Ich habe auf der Universität gelernt, daß die Wilden immer das fressen, was sie gerade haben; wenn sie also bei der Jagd einen großen Elefanten erlegen, dann fressen sie so lange, bis sie satt sind,

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Dazu muß man nicht auf die Universität gehen!)

und dann hungern sie so lange, bis wieder so ein Elefant anfällt. Zum Teil scheinen wir auf diese Stufe zurückgefallen zu sein.

(Zuruf: Für einen Teil nur!)

— Ein Teil jedenfalls, sehr richtig, aber der ist maßgebend.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Wirtschaften Vorfragen heißt, daß Wirtschaften Planen heißt. Wenn Sie allerdings alle mit der Demokratischen Partei auf dem Standpunkt stehen sollten, daß die Unternehmerinitiative allein genügen würde, um alles auszubaldern, was wir benötigen, so werden Sie alle mitkommen ein

Fiasko erleben, wie wir es noch in jedem Frühjahr erlebt haben, weil wir den Anschluß an die Lieferungen der Amerikaner gewöhnlich nicht gefunden haben. Das gleiche wie bei der Versorgung mit Brotgetreide, das vielleicht bis Februar ausreicht, aber nicht bis April und Mai, werden Sie bei der Versorgung mit Fleisch und Fett erleben, wenn wir nicht alles daransetzen, um aus unserer Wirtschaft herauszuholen, was herausgeholt werden muß, um unsere Bevölkerung ausreichend und regelmäßig zu versorgen. Wir dürfen es nicht mehr erleben, daß vielleicht wieder fleischlose Monate eingeschaltet werden müssen, weil die notwendigen Maßnahmen versäumt wurden. Wir haben Verständnis für die Notwendigkeit, die Viehstapel wieder aufzustocken, aber wir haben kein Verständnis dafür, daß das für das Volk fleischlose Monate bedeuten soll. Wir haben kein Verständnis dafür, daß unsere Leute sagen: Fleisch kann man überall kaufen, aber man muß mindestens 3, 4 und 5 Mark für das Pfund hinlegen! Das heißt nicht die Treuepflicht gegenüber dem Volke wahren, wenn wir nur denjenigen recht geben, die zahlen können, diejenigen aber, die nicht zahlen können, als Menschen zweiter Ordnung einstufen.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Es spricht der Herr Staatsminister Dr. Schlögl.

Staatsminister Dr. Schlögl: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag, der verlangt, daß die Staatsregierung bei der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt darauf hinwirkt, die Einfuhr von Fleisch und Fleischkonserven so zu erhöhen, daß an die Bevölkerung mindestens eine Ration von 600 Gramm monatlich ausgegeben werden kann, ist außerordentlich sympathisch. Trotzdem habe ich gegen die Annahme dieses Antrages Bedenken.

Wie Sie wissen, haben wir zur Zeit in der Ernährungswirtschaft eine kritische Situation, die in anderen Ländern zu einer Zuspitzung der Lage geführt hat. So hat das heftige Kabinett nach einer genauen Prüfung der Ernährungslage am vergangenen Dienstag im Anschluß an eine Sitzung öffentlich der ernststen Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Versorgung auf dem Gebiete der Ernährung vor dem Zusammenbruch stehe. In dieser Situation einen derartigen Antrag anzunehmen, dürfte wenig Aussicht auf Erfolg haben. In Bayern ist die Lage, im allgemeinen gesehen, noch nicht so schwierig, obwohl sich auch hier Entwicklungen zeigen, die gerade bei der Fleischversorgung zu Zuständen geführt haben, die unbedingt beseitigt werden müssen. Ich habe es bedauert, daß sich bei der Fleischversorgung der Bevölkerung durch die Freigabe des Muz- und Zuchtviehs ein Zustand entwickelte, der sich sehr verhängnisvoll auswirken mußte. In der Bewirtschaftung des Fleisches ist eine Lücke aufgerissen worden, die schwer zu schließen ist.

(Wah! — Zurufe.)

Es ist interessant, festzustellen, daß der Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Freigabe nicht in einer Anordnung verfügt, sondern im Radio verkündet hat. Dadurch wurde unser Volk in den Glauben veretzt, daß wir Überfluß hätten. Ich habe am 14. Juli 1948, einen Tag nach der bekannten Metzgerdemonstration, über Radio München meine Meinung

(Staatsminister Dr. Schlögl)

über die Verhältnisse am Fleischmarkt eindeutig klargestellt und dabei zu der Forderung der Demonstranten, die Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch aufzuheben, festgestellt, daß dies unmöglich sei, weil es sich nur um ein zeitbedingtes Angebot bei Vieh handle. Am 5. August 1948 habe ich der Verwaltung in Frankfurt in einer Denkschrift klargestellt, daß durch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft bei der Bevölkerung ein falscher Eindruck erweckt wurde und daß sich dadurch die weitere Bewirtschaftung sehr schwierig gestalten wird. Ich darf aus dieser Denkschrift vom 5. August folgende Sätze zitieren:

Wir erleben zur Zeit auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft eine Entwicklung, die einerseits der Staatsautorität mehr als abträglich ist und andererseits eine Verantwortung auslöst, die von mir kaum getragen werden kann. Die Ernährungswirtschaft innerhalb der Bizone sowohl wie für das einzelne Land ist darauf abgestellt, daß zur Versorgung der Bevölkerung das eigene Aufbringen und Importe notwendig sind. Das bedeutet, daß trotz einer psychologisch verständlichen Einstellung vieler Kreise zur Zwangswirtschaft einer gewünschten freien Entwicklung doch eine zwangsläufige Grenze gesetzt ist, indem im Rahmen des Marshall-Planes der Bizone wie dem Land die Verantwortung für die Erfassung und Verteilung der eigenen Ernte übertragen ist. Wenn man aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus dazu noch in Rechnung setzt, daß der Transport sehr beachtlicher Mengen Importe zeitweisen Störungen unterworfen sein kann, so mag daraus ersichtlich sein, daß der deutschen Verwaltung im Rahmen der gesamten Versorgung eine weitere Verantwortung zufällt. Es ist verständlich, daß dieser Sachlage wegen die bizonalen Stellen und auch die Befehlsgewalt die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung auf dem Hauptgebiete der Ernährungswirtschaft unter allen Umständen fordern.

Zur Fleischfrage selbst habe ich in der Denkschrift dargestellt:

Die Bewirtschaftungsvorschriften werden schon aus der Tatsache der außergewöhnlich geringen Ration seit längerem nicht in genügendem Ausmaß beachtet. Das durch die Währungsreform verständlicherweise ausgelöste große Angebot an Schlachtvieh und das Bestreben der be- und verarbeitenden Betriebe, auch unter Außerachtlassung der Bewirtschaftungsvorschriften zu Betriebsmitteln zu kommen, hat diesen Zustand noch verschärft. An dieser Tatsache vermag auch die durch das Ministerium veranlaßte Vorratswirtschaft der bayerischen Fleischwarenindustrie nichts Wesentliches zu ändern, obwohl dadurch beachtliche Mengen von Schlachtvieh dem Markt entzogen wurden.

Eine heikle Situation entstand, als zu Beginn des Monats Juli zunächst mit einer Fleischration von 100 Gramm, dann mit weiteren 100 Gramm und zum Schluß nochmals mit 100 Gramm in der Zuteilung operiert werden mußte, anstatt diese Menge mit einem Male aufzurufen. Dadurch wären die zwangsläufig sich ergebenden Zuteilungs-

spitzen zu vermeiden gewesen. Die Nichtbeachtung der vorgeschriebenen Markenfüße für Fleisch und Wurst war dadurch erleichtert worden, daß ebenfalls zu Anfang des Monats Juli die seit längerem laufenden Wurstlieferungen in das Gebiet Nordrhein-Westfalen plötzlich abgestoppt werden mußten, da sich Nordrhein-Westfalen weigerte, Wurst aufzunehmen.

(Zurufe: Hört, hört!)

Das hat dazu geführt, daß die größeren Industrie- und Handwerksbetriebe des Landes, die an diesen Lieferungen beteiligt waren, die bereits gefertigten oder in Bearbeitung befindlichen Waren mangels anderer Absatzmöglichkeiten zu stark abgesetzten Markenfüßen zum Verkauf brachten, da die Ware sonst verdorben wäre.

Der Markt erfuhr noch eine zusätzliche Belastung durch die über Lagerfrist liegenden und vom Zweizonenamt nicht mehr aufgerufenen Freibankfleischkonserven.

Die Bevölkerung bringt in Anbetracht dieses flüchtigen Marktes kein Verständnis für die geringe Zuteilung von 300 Gramm auf und wird in dieser Ansicht von den be- und verarbeitenden Betrieben weitgehendst unterstützt, die auf diesem Weg die Behörden zu einer Erhöhung der Rationsfüße zwingen wollen.

Auf diese Denkschrift hat die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt nicht einmal eine Antwort gegeben und es hatte damals den Anschein, als ob die Verwaltung in Frankfurt die Dinge einfach nicht sehen wollte.

(Zuruf von der SPD: Wo ist Herr Niklas?)

— Er ist zur Zeit krank. Der Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt hat in seiner Rede in der Nacht vom 30. September auf 1. Oktober 1948 seine Fehler selbst bekannt. Aber damit waren die Schwierigkeiten nicht beseitigt worden.

Ich habe in der Zwischenzeit des öfteren den Landwirtschaftsausschuß über die Verhandlungen in Frankfurt informiert. In einer dieser Sitzungen habe ich den Direktor aufgefordert, er möge doch endlich handeln, selbst wenn er Maßnahmen treffe, die sich nicht günstig auswirken. Die Passivität, die damals Frankfurt an den Tag legte, trägt an den zur Zeit verworrenen Verhältnissen die Schuld. Die Annahme des Gesetzes über die Erhöhung der Agrarpreise kam um einen Monat zu spät. Es wäre Anfang September viel leichter gewesen, die Situation zu meistern. Die Verspätung des Gesetzes über die Erhöhung der Agrarpreise wurde damit begründet, daß man den Wirtschaftsrat nicht aus den Ferien holen wollte! Eine ganz merkwürdige Begründung.

Nun stehen wir vor der Aufgabe, die Bewirtschaftung wieder straff durchzuführen. Dabei darf ich eine grundsätzliche Bemerkung machen. Die Institution in Frankfurt ist durch die Direktiven Nr. 5 und 7 der beiden Befehlsmächte ins Leben gerufen worden. Die Auslegung der Machtbefugnisse der einzelnen Direktoren ist verschieden. Der Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt legt sie zentralistisch aus. Dadurch ergibt sich der Zustand, daß bis zur Stunde die verantwortlichen Länderminister über wichtige Entscheidungen in Frankfurt nicht rechtzeitig informiert

(Staatsminister Dr. Schlögl)

werden. Diesen unmöglichen Zustand wollte der Länderrat am 21. Juni 1948 mit folgendem Beschluß beseitigen:

Der Länderrat ist einstimmig der Auffassung, daß nur eine ständige und reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Länderministern zu einer zufriedenstellenden Erledigung der Versorgungsaufgaben und der damit zusammenhängenden Verwaltungsfragen führen kann. Eine solche Zusammenarbeit setzt voraus, daß

1. alle grundsätzlich wichtigen Fragen vor ihrer Entscheidung, ihrer Veröffentlichung bzw. ihrer Weitergabe an die Militärregierung den Ländern zur Kenntnisnahme und Stellungnahme übergeben werden;
2. die Länder laufend Einblick in alle Versorgungsfragen erhalten, insbesondere ihnen die insgesamt vorhandenen Erzeugnisse, Einfuhrmöglichkeiten und Reserven sowie die Verteilung auf die Länder mitgeteilt werden;
3. übergebietliche Lieferaufträge nur nach vorherigem Einvernehmen mit den Ländern verfügt werden;
4. Sonderabkommen mit einzelnen Ländern von vorheriger Abstimmung mit allen Ländern abhängig gemacht werden;
5. die strenge Einhaltung und praktische Befolgung der vom Wirtschaftsrat erlassenen Grundsätze gesichert wird, insbesondere im Hinblick auf die durch das Bewirtschaftungsnotgesetz bestimmte Zuständigkeit der Länder für die Durchführung der Bewirtschaftung.

Diesen Beschluß des Länderrats haben der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Nordrhein-Westfalen und ich dem Direktor Schlange-Schöningen persönlich überreicht. Er stimmte dem Beschluß zu, hat sich aber in der Folgezeit nicht daran gehalten. Damit ergibt sich eine unmögliche Rechtsituation. Ich muß mich mit Recht auf Grund der Bayerischen Verfassung vor dem Bayerischen Landtag verantworten. Ich trage aber damit die Verantwortung für Entscheidungen von Frankfurt, auf die ich keinen Einfluß habe, also eine Verantwortung, die mit Demokratie einfach nichts zu tun hat. Der Direktor in Frankfurt ist wohl dem Wirtschaftsrat verantwortlich, die Abgeordneten des Wirtschaftsrats sind aber nicht vom Volk gewählt, sondern nur von den Parlamenten der Länder abgeordnet. Daraus ergibt sich, daß der Wirtschaftsrat in Frankfurt und seine Direktoren eine Einrichtung sind, die nicht unmittelbar dem Volk verantwortlich ist. Ich wollte einmal in aller Öffentlichkeit diesen unmöglichen Rechtszustand darlegen, damit die Verhältnisse, wie sie in Wirklichkeit liegen, allgemein bekannt werden. Seit dem 10. Oktober 1948 — eher konnte ich nicht handeln, weil mir die Umlagesätze nicht bekannt waren — versuche ich nun, durch Aufklärung der Öffentlichkeit, durch Tagungen der Ernährungsämter, Landräte usw. die geregelte Fleischversorgung der Bevölkerung wieder in Fluß zu bringen. Weiterhin habe ich nach der Idee der ehemaligen Kommunalverbandswirtschaft dem Versuch unternommen, in viel stärkerem Maß als bisher die Herren Oberbürgermeister und die

Herren Landräte einzuschalten. Ich habe den großen Städten Patentlandkreise für ihre Versorgung zugeteilt. Die Aktion ist noch in vollem Gange. Ich hoffe, daß sie Erfolg bringt, besonders auch deshalb, weil ich den unmittelbaren Einkauf der Metzger beim Bauern untersagte und die Marktbindung beim Aufbringen von Vieh anordnete. Es wird allerdings immer wieder versucht, diese Marktbindung zu verhindern. In der vergangenen Woche haben die jüdischen Metzger in München vorgeschlagen, um direkt aufzulaufen zu dürfen. Ich habe bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, daß ich alle Anstrengungen unternehmen werde, um die DP-Bager mit Fleisch zu versorgen, und auch den jüdischen Metzgern die Zuteilungen geben werde, die sie auf Grund der Anordnung der Militärregierung beanspruchen können. Darüber hinaus konnte ich aber keine Zugeständnisse machen, da die Erfahrung der vergangenen Monate gezeigt hat, daß eine Sonderbehandlung erhebliche Schwierigkeiten bereitet und arische Metzger zum Beispiel bei jüdischen Metzgern einkaufen mußten.

An die bayerische Landwirtschaft richte ich bei dieser Gelegenheit den dringenden Appell, in der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch die größten Anstrengungen zu machen und die Marktbindung zu beachten, weil ohne geregelte Fleischversorgung die sozialen Spannungen vergrößert werden. Rein verantwortungsbewußter Bauernvertreter kann den Schwarzverkauf von Fleisch und von Vieh dulden. Würde er es tun, würden ihn später seine eigenen Leute zur Verantwortung ziehen, wenn sich Schwierigkeiten ergeben würden. Die Stimmung gegen die Landwirtschaft ist zur Zeit in den Städten außerordentlich gereizt. Es muß wieder eine Befriedung der Lage eintreten. Aber auch das Gaststätten- und Hotelgewerbe muß sich seiner Verantwortung wieder bewußt werden. Es geht nicht an, daß zum Beispiel in einer Versammlung in München ein Vertreter des Gaststättengewerbes ausführt, wenn die Gaststätten Speisen nicht ohne Marken abgeben dürften, würden sie bereits am nächsten Tage zusperren. Mit solchen Drohungen kommen wir nicht vorwärts. Sie beweisen im Gegenteil, wie wenig man den Ernst der Situation erkannt hat. Man hat sich zu Reichsmarkzeiten ja auch an die Bestimmungen gehalten. Es kann keinen zweigleisigen Markt geben, bei dem der eine, weil er über viel Geld verfügt, gut leben kann, während der andere darbt. Ich lehne es ab, wie ich das oft schon zum Ausdruck gebracht habe, der Ernährungsminister von nur vielleicht 10 Prozent der Bevölkerung zu sein, die über genügend Einnahmen verfügen.

Nun zum Antrag folgendes objektive Bild: 1939 hatten wir in Bayern eine Gesamtzahl an Rindern und Kälbern von 3 723 474 Stück. 1948 betrug die Gesamtzahl 3 221 638 Stück. Die Viehbestandsverminderung beträgt also rund 500 000 Stück oder 13,4 Prozent. Bei den Schweinen ergibt sich folgendes: 1939 hatten wir in Bayern 2 322 204 Stück, 1948 nur noch 1 108 324 Stück.

(Zuruf: Die anderen haben sie nicht angegeben!)

Die Bestandsverminderung beträgt also bei den Schweinen über 50 Prozent. Diese Verminderung ist vor allem durch den Schweinemord im Jahre 1947 eingetreten, wo man nicht nur Ferkel nach Hunderttausenden abschlachtete, sondern darüber hinaus in den Zuchtsauenbestand eingriff. In Friedenszeiten wurde der Fleischverbrauch, der durchschnittlich bei 52 Kilogramm pro Person und Jahr lag,

(Staatsminister Dr. Schögl)

zu zwei Dritteln durch Schweinefleisch gedeckt. Hierzu wurden aus Norddeutschland rund 500 000 Stück nach Bayern eingeführt. Rechnet man den Selbstversorgerbedarf an Schweinen, der immer ungefähr gleichbleibt, mit rund 600 000 Stück ab, so bleibt bei der infolge der Futternot wesentlich verlängerten Mastzeit nur eine geringe Zahl von Schweinen für die allgemeine Versorgung. Eine Erhöhung der Schweinehaltung setzt das Vorhandensein von genügend Futtermitteln voraus. Brotgetreide ist voll ablieferungspflichtig, die Gerste zum Teil, so daß also aus der heimischen Ernte nicht viel vorhanden ist. Einfuhren von Futtermitteln sind bis vor kurzer Zeit nicht erfolgt. Erst seit acht Tagen sind rund 16 000 Tonnen für die Schweinemastaktion in Bayern durch die Verwaltung in Frankfurt freigegeben worden. Zu diesem Zeitpunkt sind auch die ersten Schweinemastvertragsformulare von Frankfurt geliefert worden. Ich selbst habe bis zur Stunde noch keinen derartigen Vertrag gesehen, weil Frankfurt mein Ministerium bei dieser Aktion nicht beteiligt hat.

(Hört, hört!)

Das ist ein unmöglicher Zustand; denn man möchte schon meinen, daß man einem Länderminister zutrauen kann, selbst Schweinemastverträge zu entwerfen. Infolge der guten Vorbereitungen des Handels und der Genossenschaften sind, wie ich höre, bereits rund 8000 Schweinemastverträge abgeschlossen worden. Bayern soll 300 000 Mastverträge abschließen. Diese Zahl wird wahrscheinlich nicht erreicht, weil die Ferkel nicht vorhanden sind und sie zudem einen Preis haben, der die Mast wenig lohnt. Für ein Paar Ferkel, die im Frieden rund 40 Mark kosteten, müssen heute bis zu 160 DM aufgewendet werden. Auch hier ist festzustellen, daß ein sehr großer Teil der Ferkel im Frieden aus Norddeutschland bezogen wurde. Bayern konnte seinen eigenen Bedarf aus der Erzeugung nicht decken.

Bei dieser Sachlage bleibt für die nächsten Monate als hauptsächlichster Fleischlieferant zur Zeit nur das Rind. Ich habe bereits darauf verwiesen, daß der Bestand um 500 000 Stück verringert wurde. Hierzu kommt noch, daß die Nachwirkungen der langen Hungerperiode des heurigen Frühjahrs, die durch die Futternot veranlaßt war, in Form von Krankheiten und Nichtträchtigwerden der Kühe sehr beachtlich sind. Die Leistungskraft des Viehbestandes ist also nicht normal. Die Militärregierung hat angeordnet, daß der Viehbestand allmählich wieder aufgebaut werden soll, nachdem im vorigen Jahr eine Viehverminderung verlangt war. Infolgedessen soll in diesem Jahr ein Eingriff in die Bestände nicht erfolgen, sondern nur der natürliche Anfall zur Ablieferung kommen. Dieser wurde bei Milch- und Arbeitskühen und bei Zugochsen auf 50 Kilogramm, bei Jungvieh ohne Kälber und Färsen auf 100 Kilogramm festgesetzt. Bayern hat auf Grund dieser Festsetzung 73 458 Tonnen Fleisch aufzubringen. Diese Fleischmenge entspricht einer Zahl von rund 290 000 Rindern, 500 000 Kälbern und 150 000 Schafen. Bei der letzten Tagung der Länderminister hat die Verwaltung in Frankfurt eine Erhöhung der Schlachtviehlieferung um 20 Prozent beantragt, ohne daß der Punkt auf der Tagesordnung gestanden wäre. Trotz des Einspruchs der bayerischen Vertreter wurde diesem Antrag, der mit einem höheren Aufkommen von Schweinen aus den

Schweinemastverträgen begründet wurde, zugestimmt. Bayern muß dadurch nunmehr aus den oben angegebenen Mengen insgesamt 17 Prozent oder 12 487 Tonnen Fleisch mehr abliefern. Dieses Aufkommen ist aufgeteilt und dient 1. zur Deckung des Bedarfs der bayerischen Bevölkerung bei einer Ration von 400 Gramm für Normalverbraucher zuzüglich Zulagen und 2. zur Erfüllung übergebieltlicher Lieferungen. Diese betragen beispielsweise im Oktober 800 Tonnen für Berlin und 1400 Tonnen für Nordrhein-Westfalen. Im November soll Berlin 1800 Tonnen erhalten und Nordrhein-Westfalen 1900. Die Lieferungen nach Berlin wurden bis einschließlich September von Bayern restlos erfüllt. Für Oktober sind bereits wieder 400 Tonnen Konserven für Berlin bereitgestellt.

Meine Damen und Herren! Ich habe es begrüßt, daß mir durch diesen Antrag die Möglichkeit gegeben wurde, Sie über die Ernährungssituation im allgemeinen, besonders aber über die Fleischversorgung zu unterrichten. Ich weiß, daß man in Bayern über die Lebensmitteltransporte aus Bayern hinaus unzufrieden ist. In den vergangenen Tagen habe ich einschneidende Maßnahmen wegen dieses Ausverkaufs Bayerns getroffen, worüber ich Sie gestern bereits unterrichten konnte.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Mir scheint, als ob der Egoismus eines Teils der Bevölkerung zur Zeit die größten Triumphe feiert. Man will nicht einsehen, daß bei den Grundnahrungsmitteln Mangel besteht. Wenn sich zum Beispiel Schweden und Dänemark, die über genügend Nahrungsmittel verfügen, selbst einschränken, weil der Staat die Ausfuhr von Lebensmitteln wegen des Bedarfs an Devisen vornehmen muß, so zeigt das, daß, wie es in den anderen Ländern selbstverständlich ist, Disziplin geübt wird, wo es notwendig ist. Eine Demokratie ohne Disziplin ist eben auch bei uns nicht möglich. Wenn der Egoismus nicht eingedämmt werden kann, kann ihn der Staat nur durch ganz drastische Maßnahmen brechen. Es ist bedauerlich, daß wir immer auf die Formen eines Polizeistaates zurückgreifen müssen.

Den vorliegenden Antrag bitte ich zurückzustellen, weil er nach meiner Überzeugung unter den heutigen Verhältnissen kaum Aussicht auf Verwirklichung hat. Mit einer Erhöhung der Fleischzufuhr im Rahmen des Marshall-Plans ist nur zu rechnen, wenn in den Westzonen alle Anstrengungen gemacht werden, um die heimische Ernte und das Vieh zu erfassen. Vielleicht sind schon in einigen Monaten die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Vorstoß in Frankfurt gegeben. Das setzt voraus, daß die gesamte Bevölkerung jetzt die Disziplin wahrte, die in dieser Zeit unbedingt notwendig ist. Auf manchen Gebieten der Ernährungswirtschaft haben sich erfreulicherweise Besserungen ergeben. Leider hemmt das Preismißverhältnis die günstige Entwicklung. Ich darf diese Gelegenheit benützen, um eindeutig festzustellen, daß der Landwirtschaftsminister auf die Preisgestaltung auch der Agrarprodukte keinerlei Einfluß hat. Nachdem nach meinem Dafürhalten die Ernährungsfrage keine parteipolitische Angelegenheit ist und sein kann, bitte ich Sie als Abgeordnete, die Bevölkerung sachlich aufzuklären und vor allem aber auch die Bauern auf die Notwendigkeit der Disziplin aufmerksam zu machen, damit der Staat und der Staatsgedanke nicht Schaden leidet.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Horlacher.

Dr. Horlacher (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden bemerkt haben, daß ich mich in den letzten Wochen als Redner zurückgehalten habe, auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft, auf dem ich selbst tätig bin. Ich wollte einmal sehen, wie sich die Dinge abspielen, ohne daß man sich eigens um sie näher annimmt. Ich bin jetzt seit 1918 auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Ernährungswirtschaft und neuerdings auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens tätig. Mich zwingt der Grundsatz der Ehrlichkeit, der im politischen Leben doch auch eine Rolle spielen soll, hier auszusprechen — und es ist notwendig, das zu tun —: Einer solchen Ziel- und Planlosigkeit wie auf dem Gebiete der Agrarpolitik der Westzonen bin ich in meinem ganzen Leben noch nicht begegnet.

(Sehr richtig!)

Es muß ausgesprochen werden: Dieser Zickzack-Kurs, dieses Hin- und Herpendeln zwischen Marktwirtschaft, freier Wirtschaft und anderen Schlagworten

(Dr. Hoegner: Sawirtschaft!)

hat ein solches Ausmaß angenommen, daß ich hinzufügen muß: Es ist dadurch nicht bloß eine Vertrauens-
krise der verbrauchenden Bevölkerung ausgebrochen, sondern auch eine Vertrauenskrise unserer Bauernschaft, und das ist mit das Wesentliche der Zustände, die wir heute zu beklagen haben.

(Sehr richtig!)

Das muß einmal ausgesprochen werden, damit man die notwendige Heilung herbeiführen kann; denn hier ist ein Sanierungsprozeß absolut notwendig. Ich zähle jetzt die Dinge im Zusammenhang auf, wie dies notwendig ist. Wer mich näher kennt, weiß, daß ich eine deutsche Stelle in den Westzonen zur Regelung gemeinsamer Fragen für unbedingt notwendig halte. Das ist nicht eine Frage von Frankfurt. Die Erfüllung der Aufgaben dieser Stelle ist eine Frage, die uns besonders interessiert. An der Erfüllung dieser Aufgaben hat es weit gefehlt. Man hätte erwarten müssen, daß man vor der Währungsreform einen bestimmten Plan für die Landwirtschaft gehabt hätte, mit dem man in die Währungsreform hineingegangen wäre. Man hätte erwarten müssen, daß der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt sich mit dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft bezüglich der Fragen der Agrarpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik koordiniert hätte.

(Dr. Hoegner: Sehr richtig!)

All das ist unterblieben. Dabei ist eine Psychose zu beachten, die ich zur Entschuldigung der Herren anführen will, damit man mir ja nicht den Vorwurf machen kann, daß ich die Dinge einseitig betrachte: Die Frage geht auch die Befehlsmacht an. Wir befinden uns zur Zeit in einem Stadium, aus dem, wenn kein bestimmter Plan sichtbar wird, der sich allmählich auch wirksam vor den Augen der Bevölkerung abspielt, eine Krise entsteht, die wir unter keinen Umständen ertragen können. Es handelt sich um die Frage des Marshall-Plans. Glauben Sie mir, es wäre politisch besonders bei den jetzigen außenpolitischen Spannungen, eine ungeheure Gefahr, wenn eine Krise hinsichtlich des Vertrauens zum Marshall-Plan eintreten würde! Wir haben

geglaubt — ich selber auch, vielleicht auch Sie —, daß wir nach der Währungsreform unter Zuhilfenahme des Marshall-Plans auf agrarpolitischem Gebiet nach einem bestimmten Plan eine durchgreifende Besserung der Ernährung unserer Bevölkerung erfahren.

(Sehr richtig!)

Das war der Glaube des deutschen Volkes. Aus diesem Glauben heraus hat man vielleicht manche Dinge nicht so straff behandelt, wie es hätte geschehen sollen, weil man sich gesagt hat: Wenn die in Aussicht gestellten Einfuhren eintreffen, wird sich das Niveau unserer Inlandsproduktion unter Zuhilfenahme der Auslandseinfuhren von selbst glätten lassen! Das ist aber ausgeblieben. Wir warten noch darauf, daß es erfüllt wird, wie ich überhaupt wünschen würde, daß man, um von deutscher Seite aus zielklar arbeiten zu können, über das Ausmaß der Einfuhren nach dem Marshall-Plan und über das Ausmaß der sonstigen Einfuhren zu Beginn des Wirtschaftsjahres ein unbedingt klares Bild bekommt. Sonst kann man keine bestimmten Dispositionen auf dem Gebiete der Inlandsproduktion treffen. Das ist eine zwingende Notwendigkeit. Ich habe das auch in Kreisen ausgeführt, wo eine solche Feststellung notwendig und zweckmäßig erscheint. Wir brauchen einen Plan für das ganze Wirtschaftsjahr, damit man nach bestimmten Richtlinien arbeiten kann und damit sich auch die entsprechende Vertrauensgrundlage bei der Bevölkerung bildet, auf die es ankommt, bei den Verbrauchern wie bei der Bauernschaft. Das alles fehlt uns. Wir sind über all diese Dinge nicht unterrichtet. Wenn nun noch hinzukommt, daß wir beispielsweise die Schweinemastverträge auch noch zu den Schreibergefellern nach Frankfurt am Main schicken müssen, dann ist das ein Zustand, der für ein Land mit 9½ Millionen Einwohnern geradezu eine Väterlichkeit bedeutet.

(Sehr richtig!)

Ein solches Vorgehen hält ja die Dinge auf; man soll doch endlich einmal mit diesen Mätzchen aufhören. Die Länder sind doch wahrhaftig in der Lage, die Mastverträge mit ihren eigenen Bauern abzuschließen. Dazu braucht man keine Vormundschaft einer vorgelegten Stelle und auch nicht Stellenbefetzungen für diesen Zweck.

(Dr. Hille: Aber Sie haben doch die Fachleute in Frankfurt gewählt, Sie, die CSU!)

— Die können wir hier entbehren. Herr Kollege, ich sage Ihnen eines: Wir haben schon manchmal was gewählt und haben es hernach bedauert.

(Heiterkeit.)

Das ist eine Frage für sich. Man ist oft gezwungen Kritik zu üben an Dingen, bei denen man gemeint hat, es wäre nicht notwendig. Ich habe auch gemeint, wenn neben dem Schlang auch noch der Nilas fikt, hätten wir ein Zwiegespann, das miteinander arbeiten kann. Ich hätte allerdings nicht erwartet, daß der Zickzack-Kurs trotzdem frisch-fröhlich weitergeht.

(Zuruf.)

Eine der Sünden, die man begangen hat, habe ich schon berührt: Man ist ohne Plan in die neue Währung hinübergewandert. Bei der Gelegenheit lassen Sie mich ausprechen — das ist auch grundlegend für unsere gesamte Anschauung —: Es kriecht in der Bevölkerung. Wenn es uns nicht gelingt, das Vertrauen zur

(Dr. Horlacher [CSU])

Währung in der Bevölkerung herzustellen, bringen wir auch keine Ordnung in die Ernährungswirtschaft.

(Sehr richtig!)

Das ist das grundlegendste Problem, das es hier gibt.

(Zuruf: Dr. Müller!)

— Ich habe leider mit meinem Fraktionskollegen Dr. Müller nicht reden können. Ich weiß nicht, was er in Wirklichkeit gesagt hat. Aber unbeschadet dessen ist jede Kritik an der Währungsreform als solcher — ich betone, an der Währungsreform als solcher; an anderen Dingen kann man Kritik üben — ein sehr gefährliches Spiel, das wir vor den Augen derer treiben, die nur darauf warten, ihr dreifaches Geschäft, das sie vor der Währungsumstellung getrieben haben, von neuem beginnen zu können.

(Sehr richtig!)

Sie sind die Kräfte, die Wühlmäuse, die ständig im Volk arbeiten, die ein Interesse daran haben, ihr Leben ohne Arbeit fortsetzen zu können. Ich kann mir auf dem Gebiet schon eine Sanierung der Verhältnisse vorstellen, will aber nicht darüber reden, weil ich mir sage, diese Dinge sind zu gefährlich. Es ist vor allem notwendig, zu erklären, daß die Geldreform als solche unter allen Umständen vor den Augen der Bevölkerung durchgehalten werden muß; denn sonst kommen wir in noch größere Schwierigkeiten hinein.

Mit der Freigabe der Eier ging es seinerzeit zunächst an. Das Aller Schönste war dann die nachträgliche Festsetzung des Eierhöchstpreises, zu einer Zeit, in der der Tiefstand der Eierproduktion erreicht war. Man muß schon über ein hohes Maß von wissenschaftlicher Ausbildung verfügen, um derartige Verordnungen erlassen zu können!

(Heiterkeit. — Zuruf von der SPD:

Oder Naivität!)

Als die Eierzwangswirtschaft aufgehoben wurde, habe ich mit Minister Dr. Schlögl gesprochen. Wir waren der gleichen Meinung, daß es zu allermindest ein ganz ungeeigneter Zeitpunkt war und man jenen ein Geschenk machte, die zu Reichsmark aufgekauft hatten und dann teuer zu D-Mark verkaufen konnten. Der Geschädigte war dann der Bauer; denn an ihm ist in den Augen der Bevölkerung der Vorwurf hängen geblieben. Die Eierfrage wäre es gar nicht wert gewesen, aus ihr eine Kardinalfrage zu machen. Man hätte Vorsorgetreffen müssen, daß eine gewisse Versorgung der Bevölkerung zu einem anständigen Preis unter allen Umständen aufrechterhalten bleibt. Das hätte sich auch durchführen lassen, wenn man rechtzeitig mit der genossenschaftlichen Seite gesprochen hätte. Man kann nicht Hals über Kopf Maßnahmen treffen und einfach Dinge freigeben, ohne daß man weiß, was an die Stelle dessen zu setzen ist, was vorher da war.

(Dr. Hoegner: Ohne daß genügend Ware da ist!)

— Ohne daß genügend Ware da ist! Nun kommt der Hauptunterschied, der immer vergessen wird — eine Zwangswirtschaft, die neun Jahre währt, wird sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen; darüber sind wir uns alle einig —, gegen Anno dazumal, in den Jahren 1920, 1921, 1922, 1923 und 1924. Worin besteht der Unterschied? Damals hatten wir die Ostgebiete und einen

aufgefüllten Lebensmittelmarkt. Und was ist heute? Heute sind wir auf den großen Ernährungsgebieten, bei Brot und Fett, zu 50 Prozent von der Auslandseinfuhr abhängig. Es kommt hinzu, daß der, der die Einfuhren betätigt, uns gegenüber auch gewisse Bedingungen stellt. Das ist eine ganz natürliche Angelegenheit. Deswegen ist es unsere Aufgabe, uns der Inlandsproduktion anzunehmen.

(Dr. Hille: Das hätte man vor vier Monaten auch schon wissen müssen!)

— Darauf komme ich noch zu sprechen. Diesen Gesichtspunkt haben wir überhaupt außer Betracht gelassen.

Dann geht es weiter: Man hebt die Zucht- und Nutzvieh bewirtschaftung auf. Jeder Lehrling, unser letzter Lehrling — ich war damals bei der bayerischen Lebensmittelstelle tätig — hat in den Jahren der Zwangswirtschaft 1916 bis 1920 gewußt: Wenn ich ein Stück, an dem Mangel besteht, aus der Bewirtschaftung herausreißt, fällt das übrige auch mit zusammen.

(Zuruf von der SPD: Das wollte man ja!)

In der Folge hat man die Bewirtschaftung wieder einführen müssen.

Man hat weiter die Bewirtschaftung des Saates gutes aufgehoben.

(Dr. Hoegner: Da war alles Saatgut!)

Wer ist der kluge Mann gewesen, der das gemacht hat? Wir werden ihn noch ausforschen; denn das grenzt ja an vollständige Unwissenheit, an Unkenntnis der Zusammenhänge. Wer kontrolliert, was Saatgut ist und was nicht? Wer macht das? Wer garantiert für eine ordnungsgemäße Saatgutversorgung unserer eigenen Bauern in dem Moment, wo es darauf ankommt? Man hat diese Gesichtspunkte außer Betracht gelassen und mußte infolgedessen die Bewirtschaftung wieder einführen.

(Dr. Hundhammer: Wer hat die Verfügung unterschrieben?)

— Ich weiß nicht.

(Dr. Hoegner: Die Putzfrau von Schlange-Schönigen!)

Es geht noch weiter: Auf einem Gebiet, auf dem wir in Bayern dominierend sind und in das die Herrschaften gar nicht dreinreden sollten, dem Gebiet des Hopfens, wurde die Bewirtschaftung aufgehoben. Wir haben in Bayern darauf hingewiesen — ich muß den Landwirtschaftsminister wieder in Schutz nehmen —, daß das ein Unding ist, weil bei Hopfen die Exportfrage eine Rolle spielt. Die Bewirtschaftung wurde wieder eingeführt. Also wieder der Zickzack-Kurs!

Jetzt kommt das Aller Schlimmste, nämlich daß die Herren in Frankfurt nicht zusammengetreten sind, weil sie Ferien haben wollten, und dabei die ganze Bewirtschaftung schleifen ließen. Das ist nichts anderes als ein Verbrechen an unserem Volk; anders kann man es gar nicht charakterisieren.

(Beifall.)

Wenn Preiserhöhungen in Aussicht stehen, tritt doch eine Stockung des Marktes so lange ein, bis die Preiserhöhung da ist.

(Sehr richtig!)

Das ist doch eine ganz naturgemäße Erscheinung. Mit dem Planen von Preiserhöhungen hätte man sich vor der Währungsreform beschäftigen müssen, um damit in das

(Dr. Horlacher [CSU])

neue Wirtschaftsjahr hinüberzugehen. Natürlich muß man dabei die Gesamtlage der Landwirtschaft betrachten.

Dazu kommt noch die Sünde mit dem Kartoffelpreis. Herr Kollege Scharf, ich glaube, Sie werden mir folgen können, wenn ich sage, daß das auch zu der Kategorie von wissenschaftlicher Beurteilung gehört, von der ich vorhin gesprochen habe. Man hat, glaube ich, im Monat März einen Herbstkartoffelpreis festgesetzt, ohne zu wissen, wie die Ernte ausfällt. Man muß doch immer noch so viel Verstand besitzen, um zu wissen, daß Preise und Ernte zwei Dinge sind, die miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

(Zuruf: R-Mark und D-Mark sind auch zwei verschiedene Dinge!)

— Das sind auch zwei Dinge, die miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Was hat man in Frankfurt gemacht? Man greift sich an den Kopf! Ich weiß heute noch nicht, wie das im nächsten Frühjahr hinausgehen soll. — Man setzte einen Herbstkartoffelpreis von 4,60 Mark und ab 1. März 1949 einen Preis von 5 Mark fest. Unsere Kaufleute bei den Genossenschaften sagen, daß das nur Leute gemacht haben können, die nahe daran sind, ins Irrenhaus zu kommen.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Man muß sich nur einmal vorstellen, daß der Landwirt mit 40 Pfennig Preisaufschlag bis zum Frühjahr durchkommen soll, wenn er jetzt die Kartoffeln einlagert und Verluste erleidet! Diese Dinge beweisen, daß auf dem Preissektor etwas nicht in Ordnung ist.

Das wollte ich nur aufzählen. Damit sind aber noch nicht alle Sünden erledigt; es kämen noch eine ganze Menge anderer hinzu.

(Dr. Linnert: Daran sind aber auch die Vertreter der CSU mitschuldig; kein einziger hat sich dagegen gewehrt.)

Als wesentlichster Punkt kommt hinzu, daß man die Preiserhöhungen zu spät gebracht hat. Über jede Maßnahme Frankfurts kann man schreiben: „Zu langsam“ oder „Zu spät“!

(Zuruf: Oder „Zu dumm“!)

— Das ist eine Frage für sich, die gesondert behandelt werden muß. Es trat nun folgendes zutage: Der Markt hat, das haben wir gesehen, vor den Preiserhöhungen gestockt. Ein jeder von uns hätte auch so gehandelt. Das ist nicht die Schuld unserer Bauern, sondern derer, die solche Unordnungen geben.

(Sehr richtig!)

Der Markt hat gestockt und, was das Schlimmste ist, es sind diese Preiserhöhungen von der landwirtschaftlichen Seite nicht mehr anerkannt worden, nachdem man sie in Frankfurt mit großer Mühe durchgezogen hatte, weil während dieser Zeit das Preisgefüge vollständig außer Rand und Band gekommen ist. Wäre die Preiserhöhung rechtzeitig erfolgt, hätte man sie anerkannt. Darin werden Sie mir alle recht geben.

(Dr. Linnert: Nein, da geben wir Ihnen gar nicht recht!)

— Herr Kollege Dr. Linnert, damit ist ein weiterer psychologischer Fehler aufgedeckt,

(Dr. Linnert: Das ist nicht mehr psychologisch, sondern psychiatrisch!)

der zur Verwirrung der gesamten Lage beigetragen hat. Es dürfte allmählich jedem einleuchten, daß man nicht dauernd eine einseitige Zwangswirtschaft bei den Bauern aufrechterhalten kann, sondern daß man im Benehmen mit der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt am Main auch ein sogenanntes Mindestlieferungsprogramm in Bezug auf Bedarfsgegenstände für die Landwirtschaft hätte festsetzen müssen. Das hätte zur Gesamtanierung der Verhältnisse gehört. Wir haben ja das „Jedermann-Programm“.

(Zuruf: Au weh!)

Dieses Jedermann-Programm ist eine Frage für sich. Ich rede aber jetzt von der Landwirtschaft. Man hätte hier auch bestimmte Dinge unter Kontrolle halten müssen, wenn man sich auf der anderen Seite angesichts der Lage dazu veranlaßt sah, die Landwirtschaft weiter unter Kontrolle zu halten. Ein gegenseitiges Geschäft hätte unter allen Umständen stattfinden müssen. Das sind die Dinge, die uns die größten Schwierigkeiten bereiten.

Nun kommt noch etwas sehr Wesentliches hinzu: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die verantwortlichen Herren in Frankfurt selber das Gefühl haben müßten, daß hier ein Kommandowechsel eintreten muß, um die Vertrauenskrise wieder zu beseitigen, die diesem Amt gegenüber entstanden ist. Die Regelung dieser Frage stellt auch von unserem landwirtschaftlichen Standpunkt aus eine unbedingte Notwendigkeit dar. Dabei will ich ganz gerecht sagen, daß Herr Schlange-Schönungen bei uns nach wie vor den Ruf eines Fachmanns auf dem Gebiet der Agrartechnik genießt. Das andere ist aber eine Frage der Bewirtschaftung und der Verwaltung. All diese Dinge hängen zusammen. Es sind solche Vertrauenserschütterungen eingetreten, daß meiner Überzeugung nach hier eine Korrektur unter allen Umständen erforderlich ist.

(Zuruf: Ob ein Personalwechsel genügt?)

Ferner muß auch der künftigen Handhabung der Dinge ein bestimmtes Programm zugrunde gelegt werden, das sich zur Durchführung bringen läßt. Dabei möchte ich noch hinzusetzen: Wenn uns die Besserung der Ernährungslage insgesamt, die dem Marshall-Plan zugrunde liegt, nicht gelingt, dann ist die ganze Produktionssteigerung, die der Marshall-Plan mit sich bringen sollte, in Frage gestellt. Eine erhöhte Leistung kann ich von den Leuten nur bei einer Besserung der Lebenshaltung verlangen. Das ist ein sehr wesentliches Moment. Darum ist das Problem über das Gebiet des Wirtschaftlichen hinaus eine hochpolitische Frage, die die Befehlsmacht genau so angeht, wie uns; es ist angesichts der außenpolitischen Spannungen doppelt zu einer hochpolitischen Frage geworden. Ich brauche dies im einzelnen nur anzudeuten. Wenn es uns in den Westzonen nicht gelingt, eine gute und vernünftige Ordnung zu schaffen, dann bilden wir auch nicht den Anziehungspunkt für die Bemühungen um Befundung der übrigen deutschen Verhältnisse, und das ist die Aufgabe, die wir nach allen Seiten hin zu erfüllen haben.

(Sehr richtig!)

Ich möchte deshalb die Befehlsmächte bitten, daß sie uns helfen, über die Krise hinwegzukommen. Ich habe z. B. damit gerechnet — es war dies auch in der Zeitung gestanden, aber ich darf Ihnen sagen, daß ich mich hüte, offen darüber zu reden, seitdem solche Mel-

(Dr. Horlacher [CSU])

dungen in die Zeitung kommen —, daß wir Gefrierfleischimporte bekommen. Es war die Rede von 40 000 oder 60 000 Tonnen. Ich habe schon manchmal von solchen Lonnengiffern gehört, aber ich rede schon seit Monaten — und ich werde das auch künftig so halten — über solche Dinge erst dann, wenn die Lieferungen bei uns eingetroffen sind; denn sonst laufe ich Gefahr, daß ich Hoffnungen erwecke, die nicht erfüllt werden können, und damit Enttäuschungen hervorrufe, die viel schlimmer sind, als wenn ich der Bevölkerung überhaupt nichts verspreche.

Es muß also die Ernährungsfrage zunächst auf dem Fleischgebiet durch die Maßnahmen gebessert werden, wie sie uns der Herr Ernährungs- und Landwirtschaftsminister aufgezeigt hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es im Zusammenwirken mit den Besatzungsmächten gelingen möge, über die auf dem Ernährungsgebiet entstandene Krise hinwegzukommen, und daß wir gemeinsame Wege beschreiten können, um auch die Verhältnisse in Frankfurt einer besseren Regelung entgegenzuführen. Das muß auch nach der Richtung hin geschehen, daß die Ländere Minister unter allen Umständen zu einer besseren Zusammenarbeit mit Frankfurt gebracht werden, damit sie auf dem entscheidendsten Gebiet mitwirken können.

In einer Frage von sehr maßgebender Bedeutung ist der Herr Landwirtschaftsminister zu unterstützen, nämlich in der Forderung, daß die Bewirtschaftung als solche unbedingt Aufgabe der Länder sein und bleiben muß. Das erweist sich für uns in Bayern als besonders notwendig. Wenn hier unter den Westzonen Freizügigkeit herrscht, dann läuft Bayern, weil draußen immer noch die Ansicht besteht, daß in Bayern alles zu haben ist, Gefahr, daß es bis zu einem gewissen Prozentsatz von den Gebieten außerhalb Bayerns ausverkauft wird, und zwar nicht von Leuten, denen wir das ohne weiteres gönnen würden, sondern von Leuten, die diese Dinge zu egoistischen Zwecken mißbrauchen.

(Sehr richtig!)

Deshalb ist eine Kontrolle des Nahrungsmittelmarktes durch die Länderminister in ihrem eigenen Gebiet unbedingt nötig und deswegen muß die Freizügigkeit unterbrochen werden, denn diese gefährdet die Bewirtschaftung. So darf ich zum Schluß nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß es gelingen möge, auf diesem Gebiet wieder Ordnung zu schaffen.

(Beifall bei der CSU und SPD.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hirschenauer das Wort.

Hirschenauer (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der hier eingebrachte Antrag ist notwendig und uns allen erwünscht. Die ganzen Verhältnisse der letzten Zeit, die Fleisch- und Ernährungskrise sind nur deshalb entstanden, weil zu wenig Waren vorhanden sind. Es sind auch die Metzger genannt worden, und weil auch ihnen die Schuld gegeben wird, glaube ich, ein paar Worte darüber verlieren zu dürfen. Mit Ausnahme von einigen schwarzen Schafen, die es in der Welt nun einmal überall gibt, liegt die Schuld nicht bei den Metzgern. Man muß einmal an das Jahr 1938 denken, als die Rüstung begann. Mit der Rüstung

wurde seinerzeit auch die Rationierung eingeführt und seitdem steht das Metzgerhandwerk gewissermaßen dauernd unter der schwersten Kontrolle. Das Metzgerhandwerk hat aber den Beweis geliefert, daß es während des Krieges und auch nach dem Zusammenbruch seine Arbeit getan hat. Alles war zerschlagen. Die Viehmarktwirtschaft, die Viehverteilungsstellen waren verschwunden. Die Metzger sind selbst hinausgegangen und haben eingekauft und den Betrieb wieder aufgenommen. Wir in Passau hatten nur den einen Weg über den Neuburger Wald, denn sämtliche 11 Brücken waren kaputt. Wir hatten nicht einmal ein Auto oder ein Fahrrad und mußten zu Fuß hinaus. Das ist ein Beweis dafür, daß das Handwerk im allgemeinen und das Metzgerhandwerk im besonderen das getan hat, was notwendig war. So ist es auch jetzt. Wir wollen den Schwarzhandel nicht unterstützen, im Gegenteil. Ich bin einer derjenigen, die stets davor gewarnt haben, sich am Schwarzhandel zu beteiligen, weil wir uns dadurch ja nur selbst schaden; denn durch den Schwarzhandel wird die Zwangswirtschaft nur in die Länge gezogen.

Zu dem Antrag möchte ich ganz allgemein sagen, daß versucht werden muß, Fleisch einzuführen. Es wurde nur viel zu viel darüber gesprochen, daß soundso viel Tonnen hereinkämen. Und dadurch ist die ganze Sache etwas lockerer geworden. Es ist richtig, daß Fehler gemacht worden sind, und zwar viele. Sie sind schon genannt worden, und ich möchte sie nicht mehr aufzählen. Ein großer Fehler war, daß in der Presse und im Rundfunk in der R-Mark-Zeit dauernd von der Währung gesprochen wurde. Jetzt wird wieder von den Preiserhöhungen geredet. Es ist das ein großer Fehler, der gar nicht mehr so recht beachtet wird. Ich verdanke es keinem Bauern, daß er nichts mehr hergibt, wenn er weiß, daß die Preise erhöht werden. Der Herr Landwirtschaftsminister hat schon darauf hingewiesen, daß die Fleischwarenindustrie auch den Fehler gemacht hat, daß sie nicht voll arbeitete, als nach dem 20. Juni eine Viehschwemme kam. Uns Metzgern war damals nichts anderes möglich. Wir wußten, daß mit den 100 Gramm Fleisch die Existenzfähigkeit unseres Gewerbes in Frage gestellt war. Heute ist es wieder etwas besser. Wir müssen aber jetzt wieder erreichen, daß die Vieh- und Getreidelieferungen in Fluß kommen, damit die Verbraucher die ihnen zustehenden Nahrungsmittel erhalten können. Ich wundere mich, und der Herr Landwirtschaftsminister hat auch darauf hingewiesen, daß die Militärregierung dahinter her ist, die Viehaufstockung wieder durchzuführen. Ich weiß es nicht. Wir wissen aber, daß in früheren Jahren, gemessen an den Futtermitteln, der Viehstand zu groß war und daß das Fleisch, das im Sommer an die Tiere hingefüttert wurde, im Winter, weil zu wenig Futter vorhanden war, durch den Hunger wieder verschwunden ist. Im Frühjahr mußten dann die sogenannten „Kleiderständer“ auf den Markt gebracht werden. Damit war es nicht genug, sondern es kam sogar so weit, daß die trächtigen Tiere nicht einmal mehr fähig waren, die Kalbung durchzuhalten, so daß sehr viele Kinder dadurch zugrunde gingen. Warum will man heute den alten Fehler wieder machen? Wir wissen ja, daß der Viehstand unserer Landwirtschaft durch das trockene Jahr 1947, ja zum Teil schon 1946, sehr heruntergekommen ist. Aber immerhin dürfen wir uns freuen, daß sich der Viehstand schon bedeutend gebessert hat und daß er durch das jetzige Herbstfutter, wie ich an

(Hirschenauer [CSU])

sehr vielen Stellen feststellen konnte, qualitativ tatsächlich sehr gut ist. Ein Fehler wäre es aber, wollte man die Ansicht vertreten, daß sich der Viehstand in einem Jahr wieder erholen müsse und aufzufüllen sei. Davor möchte ich warnen. Warum? Erstens ist es nicht möglich, den Viehstand so schnell zu erhöhen und zweitens ist das Futter viel zu wenig; denn das Frühjahr war auch wieder sehr trocken und das Altheu nur sehr spärlich. Außerdem kam dann im Sommer noch die Regenzeit, so daß riesige Mengen von Heu verfault sind. Dieses Futter fehlt. Wenn nun heute der Bauer wieder zu viel Vieh im Stall hat, werden wir abermals das alte Fiasko erleben, daß bis zum Frühjahr die bekannten „Kleiderländer“ daraus werden. Und davor möchte ich die Vertreter der Landwirtschaft warnen. Auch soll in Versammlungen darauf hingewiesen werden — erst vergangene Woche habe ich das in einer Bürgermeisterversammlung in Passau getan, zu der mich der Landrat eingeladen hat —, daß jetzt, nachdem der Viehabtrieb und auch der Amabtrieb durchgeführt ist und genügend Vieh zur Verfügung steht, das überschüssige Vieh abgegeben werden muß, weil sonst im Frühjahr wieder das Futter nicht ausreicht und das Fleisch des jetzt so gut erhaltenen Viehs wieder genau so schwindet, wie es früher der Fall war. Deshalb möchte ich Sie ersuchen, auch draußen für Aufklärung zu sorgen. Ich habe immer nicht nur im Interesse des Erzeugers, sondern auch des Metzgerhandwerks wie des Verbrauchers die Auffassung vertreten, daß sich der Viehstand wieder erholen muß.

Aber auch auf eine andere Frage muß ich noch zu sprechen kommen. Warum ist es nicht möglich, mehr Fleisch zu geben? Ich bin an sich immer für eine größere Fleischlieferung eingetreten. Sie ist aber nicht möglich, weil die Schweinemast durch den Schweinemord zugrunde gerichtet wurde. Warum braucht man so lange, die Schweinemast wieder in Gang zu bringen, nachdem man heute schon monatelang immer wieder von dem Schweinefutter hört, das eingeführt wird? Auch das weiß ich; ich habe es einmal irgendwo gelesen. Von Frankfurt aus war nämlich bestimmt worden, daß die Schweinemastverträge erst an irgendeinem bestimmten Datum beginnen können. Auch das ist wieder Bürokratismus. Sofort muß man anfangen! Wohl weiß ich, daß die Ferkel zu teuer sind. Aber der Bauer hat selber ein Interesse daran, die Schweinemast zu betreiben. Dann wird es möglich sein, daß wir im kommenden Jahr mehr Fleisch geben können, wenn nicht, wie es der allgemeine Wunsch ist, Fleisch eingeführt werden kann. Es ist zwecklos, darüber zu sprechen, daß wir früher 60 Prozent an Schweinefleisch verarbeiten konnten. Auch in der nächsten Zeit wird eine Besserung nicht möglich sein, weil immer noch der Schwarzhandel vorherrscht. Ich glaube sogar, der Schwarzhandel ist jetzt ärger als zur Zeit der Reichsmark. Als ich am Dienstag nach München fuhr, war ein bekannter Viehhändler bei mir; er ist wieder ins Allgäu gefahren. Es ist ja notwendig, daß vom Allgäu, wo viel überschüssiges Vieh ist, auch Vieh nach Niederbayern kommt. Er hat mir erzählt, wie sein Unterhändler, sein Schmuser, einem Bauern 1000 Mark für ein Schwein hingelegt hat.

(Zuruf: Hat der Bauer das genommen? —

Weitere Zurufe: Selbstverständlich!)

— Leider hat er es genommen, und das bedauere ich. Man ist gegen den Schwarzhandel zu milde vorgegangen, viel zu milde! Aber auch der Bauer und die Bäuerin müssen mithelfen und unterscheiden können, ob sie es mit einem Hamsterer zu tun haben — da sagt kein Mensch etwas — oder mit einem Schwarzhändler. Ich möchte deshalb ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Bekämpfung des Schwarzhandels auch vom Bauern unterstützt wird. Wir wissen, daß es nur ein kleiner Zeit ist — Dr. Baumgartner hat gesagt: fünf Prozent —, der dem Schwarzhandel Zugeständnisse macht.

(Zuruf: Mehr!)

Aber es ist so, daß das Fleisch, das schwarz verkauft wird, nicht von den Metzgern stammt, sondern vom Erzeuger auf dem Lande in den Schwarzhandel geht. Es fehlt am gegenseitigen Vertrauen. Wenn man zusammenhilft, wird es wohl für die Zukunft wieder etwas besser werden. Jedenfalls ist das Metzgerhandwerk bereit, wieder in der Zwangswirtschaft weiterzuarbeiten wie zuvor. Es nimmt die Sache ernst und ist selber bemüht, auch seine eigenen schwarzen Schafe auszumerzen. Meine Kollegen in Niederbayern wissen es, daß ich keinen unterstütze, wenn er schwarzes Fleisch führt oder Fleisch ohne Marken verkauft.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Vidal.

Vidal (CSU): Meine Damen und Herren! Wir können hier wohl den Ausdruck gebrauchen: „Wenn es draußen kalt ist, wird der Stall zugemacht.“ So ist es nämlich. Wir hatten bereits im Monat Mai eine Krise in der Fleischversorgung. Hier hat also weder die R-Mark noch die D-Mark eine Rolle gespielt. Hinsichtlich der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung sind wir, von der Landwirtschaft aus gesehen, grundsätzlich der Ansicht, daß es so nicht weitergehen kann. Man hat über diese Dinge schon monatelang diskutiert, ohne im wesentlichen etwas zu unternehmen.

(Zuruf: Jahrelang!)

Frankfurt hat versagt, das wissen wir. Wir von der Landwirtschaft müssen Frankfurt das größte Mißtrauen aussprechen. Es darf dort nicht so weitergehen, daß man uns dauernd einen Zwang aufhakt, aber immer erst dann, wenn die oben die Sache schon für sich geregelt haben. Hier müßte man einheitlich vorgehen; denn es geht nicht an, daß man einen Stand in die Zwangsjacke steckt und alle anderen draufloswirtschaften läßt, wie es ihnen gutdünkt.

Meine Damen und Herren! Gerade auf dem Sektor der Fleischversorgung ist die Lage sehr ernst, und wir wissen alle, daß man bereits von einem totalen Bankerott in dieser Hinsicht sprechen kann. Stunden-, ja tagelang könnten wir uns darüber unterhalten, was jetzt geschehen müßte. Man müßte aber endlich einmal etwas tun. Wenn der ganze Viehhandel nicht einer stärkeren Kontrolle unterworfen wird, werden wir die Lage nicht meistern.

(Sehr richtig!)

Ich bedauere sehr, daß die Regierung hier so schlecht vertreten ist. Das Haus ist überhaupt ziemlich leer. Es fällt mir auf, daß gerade in einer so wichtigen Angelegenheit wenig Interesse vorhanden ist. Man könnte glauben, alle seien satt. Das ist sehr bedauerlich.

(Zurufe.)

(Vidal [CSU])

Überläßt man diese Angelegenheit einfach der Regierung, der Landwirtschaft und uns Abgeordneten, um dann auf uns loszuhämmern? Das wird wohl der Hauptgrund sein. Deshalb, meine Damen und Herren, betrachten wir die Angelegenheit von der ernstesten Seite aus. Es liegt ein gewisser Nebelschleier über uns, und der heißt *Angst*. Die Angst ist es, die viele veranlaßt, heute schon wieder zu hamstern, nicht nur Fleisch, sondern auch Getreide.

Wie liegen hier die Dinge? Was hat man vor der Ernte, was hat man während der Ernte getan? Man hat bei uns auf dem Lande und auch sonst in Bayern gesagt: Getreide haben wir genug! Tatsächlich ist der Fehler von höchster Stelle gemacht worden.

(Zuruf: Jawohl!)

Auch dem Bauern hat man eine gewisse Angst eingeredet, indem man ihm gesagt hat, er werde in Zukunft große Schwierigkeiten im Getreideabsatz bekommen. Das sind die Kapitalfehler, die man immer wieder macht: Man spricht zu viel von Angst. Sagen wir, wie in Wahrheit die Dinge liegen! Erziehen wir einmal das gesamte Volk zur Wahrheit und tragen wir die Grundbegriffe in das Volk hinein! Es ist doch sehr bedauerlich, wenn ich mich irgendwo mit dem Publikum unterhalte und feststellen muß, daß der größte Teil, etwa 90 Prozent, heute noch nicht einmal weiß, woher das Brot kommt, wie es entsteht, geschweige denn, wie es in der Viehzucht oder in einem sonstigen Sektor aussieht.

Was müssen wir also jetzt tun? Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den gesamten Viehbestand, die gesamte Versorgung einer ganz scharfen Kontrolle zu unterziehen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, einen gewissen Prozentsatz unter scharfe Kontrolle zu nehmen und die übrigen frei schalten und walten zu lassen.

(Zuruf: Wie ist es mit dem Nutzvieh?)

Ich kann z. B. nicht das Nutzvieh freigeben. Sehr viel Vieh wird als Schlachtvieh verkauft und wenn es verkauft ist, gilt es im selben Moment als Nutzvieh.

Genau so ist es bei der Lederwirtschaft. Es ist ein Unding, wenn man z. B. Leder freigibt und Schuhe bewirtschaftet. Man könnte stundenlang darüber reden. Sie wissen genau so gut Bescheid wie ich selbst. Soweit man Praktiker ist, kennt man die Dinge noch besser. Deshalb möchte ich den Herrn Landwirtschaftsminister ersuchen, in dieser Beziehung eine ganz scharfe Kontrolle einzuschalten. Es dürfte wohl genügen, wenn der Handel und auch die Metzger jedes Stück Vieh — ganz gleich, ob es sich um Klein- oder Großtiere handelt — genau verbuchen müssen. Denn wir haben doch auf Grund der Viehzählungen den gesamten Bestand, ich möchte fast sagen, bis zum letzten Stück Vieh erfasst. Auch aus den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers wissen wir, wie hoch der normale Verbrauch in Friedenszeiten war und was der heutige Bestand noch abgeben kann. Der große Fehler ist vielleicht auch darin zu erblicken, daß man die Rationen zu weit nach unten gesenkt hat. Auch dies ist auf die Angst zurückzuführen. Es ist doch unmöglich, 300 Gramm für vier Wochen vorzusehen. Dadurch wird beim Volk nur wieder die Angst geweckt. 300 Gramm in vier Wochen sind soviel wie nichts. Dann kommt obendrein noch

hinzü, daß es sich bei diesen 300 Gramm meistens um die schlechteste Ware gehandelt hat.

(Dr. Hoegner: Richtig!)

So lagen die Dinge. Das ist das Furchtbare. Es war soviel wie nichts, die Ware war nicht nur wenig, sondern auch furchtbar schlecht.

(Zuruf: Jeder war es!)

— Es war weniger als Leder. In diesem Sinne bitte ich den Herrn Landwirtschaftsminister, eine scharfe Kontrolle einzuführen. Wir können damit nicht auf Frankfurt warten, sondern müssen selbst handeln. Hier gilt der Grundsatz: Selbst ist der Mann!

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete *Lang*.

Lang (CSU): Meine Damen und Herren! Eigentlich sollten wir Bauern schweigen.

(Zurufe: Sehr richtig! — Bravo! — Gegenrufe und Heiterkeit.)

Wir sind wieder einmal die Angeklagten wie schon so oft.

(Erneute Zurufe.)

Es ist noch gar nicht so lange her, daß wir hier schon eine *Fleischdebatte* geführt haben. Sie war genau so unsachlich, wie es die heutige ist. Es ist doch interessant, daß, wenn etwas nicht klappt, man Sündenböcke sucht.

(Dr. Linnert: Was haben Sie für einen? — Heiterkeit.)

— Kommt schon noch! Der Herr Abgeordnete *Kiene*, der ja Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft ist, war so nobel, bei Aufzählung der Sünder und Belasteten die Bauern an letzter Stelle zu nennen. Dafür danken wir ihm.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Bei der letzten Debatte hat ein Herr aus Ihren Reihen (zur SPD gewandt) gesagt, daß die Bauern mit Klauen und Zähnen ihren Besitz wahren und in die D-Mark herüberretten möchten. Wir wußten damals noch nicht, daß die Währung diesen schönen Namen bekommen würde.

(Dr. Hoegner: Dauermark!)

— „Dauermark“! Jawohl. Nun, inzwischen ist es anders gekommen. Aber wir dürfen doch nicht immer wieder in den Fehler verfallen, daß wir die Schuld da suchen, wo sie nicht ist.

(Hört, hört! links.)

Der Hauptgrund dafür, daß der Fleischmarkt heute nicht in Ordnung ist, liegt doch darin, daß das Katastrophenjahr 1947 unseren Viehstand dezimiert hat.

(Lebhafte Sehr richtig! rechts.)

Dazu kommt, daß bereits vorher durch die Befehle der amerikanischen Besatzungsmacht die *Viehstandsvermindering* gefordert worden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Und noch etwas ist mit schuld. Zu der gleichen Zeit, als wir heuer im Frühjahr, im Mai, die Debatte hatten, bei der man uns vorwarf, wir Bauern trügen die Schuld daran, daß die heutige Fleischration nicht ausgelastet werden könne, hat man Hunderte und Tausende von Stücken Jungvieh geschlachtet.

(Sehr richtig! rechts.)

(Lang [CSU])

Damals habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß wir nicht bloß im Mai 1948, sondern auch noch länger leben wollen. Heute haben wir die Quittung dafür. Diese Stücke Vieh fehlen uns, die wir damals geschlachtet haben und schlachten mußten. Das sind Dinge, über die wir heute nicht so ohne weiteres hinwegkommen.

Sie werden fragen: Was machen wir nun? Ja, die einen sagen: Frankfurt hat versagt, der Schlange-Schönigen, also muß Frankfurt helfen! Die anderen sagen: Der Wirtschaftsdirektor hat damals die Zwangswirtschaft zu schnell gelockert! Ich kann Ihnen versichern, wir Bauern in Bayern haben damals — am sogenannten X-Tag — nicht verlangt, daß die Zwangswirtschaft so schnell gelockert wird. Wir wären in diese neue Zeit ganz gut hineingekommen, wir hätten weiter abgeliefert, wie wir es früher auch schon getan haben.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Das hätten wir unter allen Umständen getan. Denn wir sind immer noch mit die Anständigsten im Lande.

(Lebhafter Beifall bei der CSU. —

Laute Zurufe links.)

Darüber kommen Sie nicht hinweg, wenn Sie, wie ich am Rande bemerken darf, davon absehen, daß heute eine gewisse Amoral vorhanden ist, vielleicht aber wohl am wenigsten bei uns.

(Dr. Hoegner: „Vielleicht!“)

Wir haben in den letzten Jahren immer geliefert und nicht gefragt, was wir dafür bekommen. Wir haben im Grunde genommen gar nichts bekommen und trotzdem geliefert,

(sehr richtig! rechts)

weil wir die Anständigsten waren. Man könnte auch sagen die Dümmeften. So könnte man es genau so gut umschreiben. Darüber kommen Sie nicht hinweg.

(Zurufe von der SPD.)

Was ist nun zu tun? Wir brauchen Fleisch. Viele sagen: Einführen! Einführen! Aber nicht Elefanten, Herr Abgeordneter Kiene, darauf verzichten wir!

(Heiterkeit.)

Etwas anderes wäre es mit Pferden, wenn es damit möglich wäre, über diese schwierige Übergangszeit hinwegzukommen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß durch den Schweinemord und alle die Umstände, die ich eingangs angeführt habe, die Misere von heute hervorgerufen wurde.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu produzieren und immer wieder — auf allen Sektoren in der Landwirtschaft und in der Wirtschaft — zu produzieren.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Wir können die Übel unserer Zeit nur dadurch — es gibt kein anderes Mittel — bekämpfen, daß wir Waren herbeschaffen, damit sie in genügender Menge auf dem Märkte vorhanden sind. Ich bitte die Staatsregierung, ihr besonderes Augenmerk auf die Schweinemastaktion zu lenken. Hier muß mehr Propaganda gemacht werden. Unsere Bauern müssen noch stärker als bisher darauf hingewiesen werden, daß gerade auf diesem Gebiet noch das Meiste zu tun ist. Man macht

hier zu wenig Propaganda, wie ich wiederholen muß. Man müßte auch dafür sorgen, daß von Norddeutschland — es soll auch einmal von oben etwas Gutes kommen — mehr Ferkel eingeführt werden,

(stürmische Heiterkeit und Zurufe)

damit wir zum Frühjahr unserer Bevölkerung mehr Schweinernes und mehr G'leiches zur Verfügung stellen können.

(Zurufe und erneute Heiterkeit.)

Dann wird auch die Stimmung bis dahin anders sein. Man müßte auch auf die Zuteilung von Futtermitteln usw. Wert legen. Wir haben ja Gott sei Dank Kartoffeln. Auf diesem Gebiete können wir also durch Steigerung der Produktion etwas erreichen. Wir müssen, wie auch der Herr Landwirtschaftsminister heute schon sagte, die Bevölkerung entsprechend aufklären. Gehen wir doch miteinander zu unseren Bauern hinaus! Wir wollen die Dinge doch nicht immer parteipolitisch betreiben und nicht alles gegenseitig zu sehr abwägen. Es können ruhig einmal ein Sozialdemokrat und ein CSU-ler zusammen in eine Bauernversammlung gehen und die Bauern darauf aufmerksam machen, was sie zu tun hätten, um die gegenwärtigen Verhältnisse zu verbessern.

(Haas: Dann sollen auch umgekehrt die Bauern einmal in die Städte gehen.)

— Gut, das können wir auch machen. Es ist überhaupt ein Umding, wenn in diesem Hause immer wieder solche Gegensätze hervorgerufen werden. Wir können keinen Trennungstrich im Volke ziehen, wir wollen ein Beisammensein und eine Verbundenheit von Bauern, Arbeitern und allen anderen Ständen.

(Zuruf von der SPD.)

— Das ist in Wirklichkeit nicht so schlimm.

Die Aufklärung des Volkes ist eine der wichtigsten Aufgaben auf diesem Gebiete und nicht die Verhetzung des Volkes.

(Lebhafte Zurufe.)

Ich bitte also, den Antrag zurückzustellen und auf dem hier einschlägigen Gebiet intensiv zu arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brumberger.

Brumberger (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem bereits einige bäuerliche Vertreter gesprochen haben, möchte ich mich kurz fassen und zunächst auf die Frage eingehen: Warum ist denn die Fleischversorgung so knapp? Der Herr Vorredner ist bereits näher auf diesen Punkt eingegangen. Das eine steht fest, daß eine wesentliche Ursache der Knappheit auf dem Gebiete der Fleischversorgung die Trockenheit des vergangenen Jahres ist. Leider steht aber auch fest, daß durch verkehrte Maßnahmen in Frankfurt manches verwirrschaftet worden ist, was nicht hätte verwirrschaftet werden dürfen. Daß man z. B. bei dem Zucht- und Nutzvieh eine Lücke geschaffen hat und daß durch diese Lücke auch viel Vieh verschwunden ist, ist eine unbedingt feststehende Tatsache.

Gegen die vielen und schweren Angriffe auf die Bauern in der heutigen Debatte muß ich sie in Schutz nehmen. Meine lieben Freunde, wollen wir doch diese

(Brumberger (CSU))

Dinge einmal zusammen betrachten! Wie liegen sie in Wirklichkeit? Tragen denn wirklich die Bauern die Hauptschuld an unserer gegenwärtigen mifflichen Ernährungslage? Ganz bestimmt nicht. In erster Linie sind es unsere Bewirtschaftungsstellen, die mit ihren Maßnahmen immer reichlich zu spät kommen. Denn wenn man seinerzeit, als wir uns damit befaßten, die Ablieferungsveranlagung nach Getreidewerten zu bestimmen — das war vor einem Vierteljahr — ein strammes Ablieferungskontingent für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowohl auf dem Gebiete der Getreide wie auf dem der Viehversorgung und auch schon entsprechend erhöhte Preise festgelegt hätte, stünden wir heute anders da. Das kann niemand ableugnen. Denn daß der Bauer ablieferungswillig ist, hat er in den ganzen Jahren der Zwangsbewirtschaftung unter den schwierigsten Verhältnissen denn doch bewiesen. Auch der Bauer, hat seine Hoffnung auf die Stabilisierung der Währung gesetzt. Auch er glaubte, daß nach der Stabilisierung der Währung eine Besserung und Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und somit auch seiner Verhältnisse Platz greifen müsse. Wie ist es aber nun gekommen?

Meine lieben Freunde! Wir haben es doch erlebt, daß auf der einen Seite die Preise für industrielle Erzeugnisse auf das Drei-, Vier- und Fünffache und noch höher hinaufgeschneit sind. Auf der anderen Seite aber hat man versucht und versucht es auch weiterhin — und vielleicht ist es auch notwendig —, den Bauern in der Zwangsjacke stecken zu lassen.

(Dr. Hille: Und die Löhne und Gehälter sind gleich geblieben!)

— Auch das. Um aber die Sache vom Standpunkt des Bauern aus zu betrachten: Warum hat denn der Bauer in der Vergangenheit einmal schlecht abgeliefert? Zunächst ist der Eindruck erweckt worden, als ob man die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht so sehr brauche. Verschiedene meiner Vorredner haben diesen Punkt bereits eingehend erörtert. Seinerzeit — nach der Ernte — haben die Getreidehändler, die Genossenschaften usw. den Weizen gar nicht gewollt. Sie sagten: Ausländischen Weizen haben wir genug! Was ist geschehen? Ich werfe keinen Stein auf die Städter, aber ich muß das erwähnen, weil man auf die Bauern Steine wirft: Die Städter kamen auf das Land und sagten: Ach, lieber Bauer, deine Ablieferung ist doch nicht so wichtig, du kannst mir doch einen Zentner Weizen geben, das macht doch nichts!

(Zurufe und Gegenrufe.)

— Ich könnte Hunderte von Beispielen anführen. Und der Bauer sagte sich damals: Es ist schließlich wirklich nicht so notwendig, ich kann mein Ablieferungssoll auch durch Lieferung anderer Produkte erfüllen! So waren die Dinge, so lagen sie seinerzeit in der nackten Wirklichkeit. Da wurden die Fehler gemacht.

Ich darf nochmals betonen: Hätte man nach der Ernte eine stramme Bewirtschaftung durchgeführt, ein entsprechendes Lieferoll in Bezug auf Getreide und Schlachtvieh und erhöhte Preise festgelegt, so hätte vieles vermieden oder anders gestaltet werden können, wie es heute ist.

Nun kann man sagen: Das ist gewesen; aber wie soll es in Zukunft weitergehen? Wir wollen und müssen weiterleben. Unsere Ernährungswirtschaft darf auf keinen Fall zusammenbrechen. Darüber besteht kein Zweifel. Darum müssen wir an unsere Bauern den Appell zu erhöhter Ablieferung richten, soweit dazu die Möglichkeit besteht. Allerdings geht es trotzdem sehr schwer. Wollen wir doch die Dinge immer betrachten, wie sie sind; denn alles andere hat keinen Zweck.

Vorhin wurde mir der Einwurf gemacht: „Löhne und Gehälter sind gleich geblieben!“ Ja, auch die Festbesoldeten und Arbeiter tun sich heute schwer, genau so wie der Bauer, wenn er ehrlich bleiben will. Es ist kein Geheimnis — jeder kann es nachprüfen, wenn er Lust und Liebe hat —, daß der Bauer, der ehrlich ist und ehrlich bleiben will, auch heute zu den erhöhten Preisen bei seinem Absatz nicht auf seine Rechnung kommt, daß er die Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben nicht auf einen Renner bringen kann. Schulden machen kann der Bauer noch nicht, es gibt noch keine Kredite. Infolgedessen befindet sich der Bauer in einer sehr schwierigen Lage. Auch das muß offen gesagt werden.

Das soll aber nicht eine Entschuldigung für denjenigen sein, der vielleicht in verbrecherischer Weise in der Vergangenheit sich dadurch am Volk versündigt hat, daß er zu Schwarzmarktpreisen verkaufte. Nein! Als Volk sind wir letzten Endes auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Ganz gleich, welcher Berufsgruppe wir angehören, ob wir nun Arbeiter, Beamte oder Bauern sind, wir müssen zusammenleben und müssen danach trachten, uns das Leben nicht schwerer, sondern unter den heutigen schweren Verhältnissen so annehmbar wie möglich zu gestalten.

Ich als Landwirt möchte heute einen Appell an die Bauern richten. Ich bitte auch meine Kollegen hier, unsere Berufskollegen draußen unter allen Umständen dahin aufzuklären, daß sie trotz der Schwere der Zeit, trotz des Mißverhältnisses zwischen den Preisen für unsere Erzeugnisse und den Preisen für die Bedarfsgegenstände, die wir brauchen, nach wie vor unentwegt ihre Pflicht gegenüber unserem Volke erfüllen.

(Beifall bei der CSU. — Dr. Linnert: Was hat das mit den 600 Gramm zu tun?)

II. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wolf.

Ich mache darauf aufmerksam, daß noch neun Redner gemeldet sind; es liegt also im Interesse der Herren Abgeordneten selbst, sich möglichst kurz zu fassen und zum Gegenstand der Beratung zu sprechen.

Wolf (SPD): Meine Damen und Herren, hohes Haus! In der gesamten Debatte — gestern und heute — ist der Berufsstand der Landwirtschaft doch wohl sehr reichlich zu Worte gekommen. Wenn irgendwo Demonstrationen stattfinden, wird hier im Parlament erklärt: Wir lassen uns von keiner Seite aus irgendwie beeinflussen, wir sind die Volksvertreter und haben aus diesem Grunde auch die Verantwortung für die Menschen zu tragen, die uns gewählt haben.

Wenn ich zu dieser Frage Stellung nehme, so aus dem Grunde, Herr Landwirtschaftsminister Schlögl, weil in den letzten Wochen aus den Betrieben wohl genügend Proteste gekommen sind.

(Zuruf von der CSU: Oh!)

(Wolf [SPD])

— Eben haben Sie doch gesagt, wir wollen die Ernährungsfrage nicht parteipolitisch betrachten! Ich empfehle jedem Landtagsabgeordneten und jedem Minister, einmal unangemeldet in einen Betrieb zu gehen und sich in einer Unterhaltung davon zu überzeugen, welche Stimmung jetzt herrscht.

(Zuruf von der CSU.)

— Das ist schon wieder der richtige Zwischenruf; so schätzt man die schaffenden Menschen in den Betrieben ein!

(Baumeister: Mehr zu essen haben sie aber wie voriges Jahr um diese Zeit!)

— Mein lieber Herr Kollege, Herr Direktor Stinglwagner wird Ihnen bestätigen, wie es in den Werkküchen seit den letzten sechs, acht Wochen aussieht!

(Baumeister: Es ist aber mehr wie voriges Jahr!)

— Dann haben Sie noch nicht in einer Werkküche gegessen! Ich bitte noch einmal jeden Abgeordneten, unangemeldet die Betriebe zu besuchen.

Wenn die Landwirtschaft für sich in Anspruch nimmt, ihre Rechte zu verteidigen, so ist es meine Pflicht, die Rechte der Menschen, die in den Betrieben stehen, zu verteidigen.

(Nochmaliger Zuruf des Abgeordneten Baumeister. — Protestrufe bei der SPD. — Haas: Es hat noch kein Mensch etwas gegen einen Bauern gesagt. Fühlen Sie sich schuldig?)

Wir haben die Pflicht, als Parlamentarier mitsamt der von uns gewählten Regierung in der Volksvertretung auf den Ernst der Situation hinzuweisen und haben aus diesem Grunde alles daranzusetzen, um die draußen vorhandenen Mißstimmungen wieder zu beseitigen. Wir dürfen die schaffenden Menschen nicht wieder vertrusten, die jetzt bereits auf dem Standpunkt stehen: Ihr könnt reden, was ihr wollt, wir glauben euch nichts mehr!

Es wird doch wohl nicht bestritten werden, daß, wie heute schon einmal erwähnt worden ist, ein Großteil der Bevölkerung jetzt schon wochenlang kein Fleisch erhalten hat. Soll es, Herr Minister, vielleicht noch gutgehen werden, wenn überhaupt kein Vieh oder, wie vorige Woche in Regensburg, 18 Stück Vieh im Schlachthof aufgetrieben werden? Man hat dann den Verbrauchern Büchsenfleisch angeboten. Wie dieses Büchsenfleisch aussieht, wissen diejenigen, die es gekauft haben. Die Verbraucher mußten für die 800 Gramm schlechtes Fleisch, das in diesen Büchsen enthalten war, 1000 Gramm Marken abgeben. Ist es vielleicht eine Beruhigung für die Bevölkerung, wenn sie schlechtes Fleisch erhält und dabei noch 200 Gramm mehr Marken hergeben muß, als sie in Wirklichkeit an Fleisch bekommt? Ich weiß nicht, ob der Oberbürgermeister von Regensburg hier ist; er wird Ihnen diesen Bericht bestätigen.

Auf der anderen Seite wird oft genug festgestellt — der Herr Landwirtschaftsminister hat es heute hier wieder erklärt, und auch die Arbeiter in unseren Betrieben sehen es tagtäglich —, daß trotz alledem die Lastzüge mit Fleisch jetzt noch hinausgehen. Wenn hier schon erklärt wird: Es ist kein Vieh vorhanden, wir können nicht mehr Fleisch hergeben!, dann stelle ich einmal die

Frage: Von wem kaufen dann die Schwarzhändler das Fleisch?

(Dr. Linnert: Sehr gut!)

Diese Frage möchte ich doch auch einmal anschneiden. Schätze man doch unsere Arbeiter in den Betrieben nicht so doof und dumm ein, daß sie nicht wüßten, was draußen vorgeht!

Wir alle, die wir hier sind, tragen mit die Verantwortung. Wenn später in den Betrieben Krakeel und Krawall entsteht und es, weil nicht genug Nahrungsmittel vorhanden sind, zu Arbeitsniederlegungen kommt, dann heißt es wieder: Ihr Gewerkschaften habt nicht aufgepaßt! Es ist organisiert! Ich betone noch einmal, die Ernährungsfrage soll nicht in den Vordergrund der parteipolitischen Auseinandersetzungen gestellt werden. Der hungrige Mensch in den Betrieben fragt nicht: Bist du CSUler oder Sozialdemokrat oder sonst etwas? Der einzelne draußen hat kein Vertrauen zu uns und sagt sich: Ihr redet schön, aber wir in den Betrieben sollen von früh bis abends arbeiten! Ihr sorgt nicht einmal dafür, daß ein Arbeiter wenigstens einmal in der Woche zum Metzger gehen und eine Brotzeit mit 200 Gramm Würst machen kann! Ist das vielleicht zu viel verlangt für Menschen, die tagtäglich arbeiten müssen?

Deshalb bitte ich wirklich dringend, die Angelegenheit ernst aufzufassen und die Situation so einzuschätzen, wie sie ist. Es ist schade, daß der Herr Ministerpräsident weggegangen ist. Als ich vorige Woche von Burglengenfeld bis Amberg in einzelnen Betrieben war, sind Bauern zu mir gekommen, darunter auch Kollege Faltermeier, ein Vertreter der Landwirtschaft. Ich sage das, damit es nicht immer wieder heißt, die Sache würde von uns im politischen Sinne vorgetragen. Ich habe auch an der Bauerntagung teilgenommen. Es ist dringend notwendig, daß der Herr Ministerpräsident sofort einen Aufruf erläßt, in dem festgestellt wird, daß unsere Währung nicht kaputt, sondern in Ordnung ist.

(Sehr richtig!)

Die Landwirtschaft erklärt kategorisch, sie gebe kein Vieh heraus, weil die Währung kaputt ist. Wir haben alle dafür einzutreten, daß hier Ordnung geschaffen wird. Ist das vielleicht politisch? Sollte einmal ein Ausdruck fallen, so müssen Sie bedenken, daß auch uns Abgeordneten einmal der Gaul durchgeht, wenn uns hier schöne Reden gehalten werden und dann, wenn wir aus dem Parlament herausgehen, doch alles genau so bleibt, wie es vorher war. Es ist deshalb notwendig, endlich einmal mit aller Energie zuzugreifen.

Herr Landwirtschaftsminister, Sie haben heute hier verschiedene Vorschläge gemacht und erklärt, daß in dieser Form eine Erhöhung der Fleischration nicht vorgenommen werden kann. In diesem Hause wurde vor noch nicht allzu langer Zeit schon einmal wegen Frankfurt eine Debatte geführt. Wir haben ja doch selbst die Abgeordneten für Frankfurt mit gewählt und nun sagt man, Frankfurt sei schuld.

(Sehr richtig!)

Nein; wir wollen in unserem eigenen Stall Ordnung schaffen und in unserem Lande ruhig einmal das tun, was notwendig ist und was wir als notwendig erachten. Laßt einmal die Herren von Frankfurt zu uns kommen; sie mögen sich dann hierher stellen! Wir haben ja vor nicht langer Zeit einen Mißtrauensantrag gegen Herrn

(Wolf [SPD])

Schlange-Schönungen gestellt; er ist abgelehnt worden. Aus Ihrer heutigen Rede, Herr Landwirtschaftsminister, ist jedoch klar und deutlich hervorgegangen, daß eine Spannung zwischen den Ernährungsministern der Länder und den Vertretern von Frankfurt besteht. Auf der einen Seite muß man lesen, daß Rüssel eingeführt wird, daß Senf eingeführt wird.

(Sehr richtig!)

Das mag alles sehr gut und schön sein. Aus den Erklärungen unserer Landwirtschaftsvertreter geht aber hervor, daß wir nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft die Versorgung der Schaffenden in Bayern mit Fleisch zu sichern. Dann verzichten wir auf den Rüssel und verlangen Einfuhr von Fleisch!

(Sehr richtig!)

Diese Frage ist in der heutigen Zeit bestimmt eindeutig zu klären. Es ist wirklich notwendig, sich einmal ernstlich mit ihr zu befassen.

Wenn wir morgen aus diesem hohen Hause herausgehen und zu unserer Arbeit zurückkehren, werden wieder hunderttausend Betriebsräte an uns herantreten. Es sitzen genügend Männer hier, die auch mit der Arbeiterschaft in den Betrieben in nahe Berührung kommen. Wir werden ihnen sagen: Schlögl will jetzt durchgreifen, Schlögl will dies und jenes tun. Andererseits, Herr Landwirtschaftsminister, habe ich gehört, daß das Vieh jetzt in die Städte gebracht, dort geschlachtet und dann das Fleisch wieder in die ländlichen Gebiete zurückgeschickt werden soll. Man glaubt vielleicht, draußen auf dem Lande oder in den kleinen Städten, wo Industrie ist, fließe Milch und Honig. Es hat sich deutlich ergeben, daß die Arbeiter und Angestellten in den Kreisstädtchen draußen genau so wenig Fleisch erhalten haben wie die in den Städten. Auch hier bitte ich den Vertreter der Landwirtschaft, Herrn Minister Schlögl, sehr ernstlich, seine ganze Kraft einzusetzen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß uns das, was Sie heute hier ausgeführt haben, nicht genügt und daß den hier gemachten Vorschlägen unsererseits nicht zugestimmt werden kann, weil sie zu mangelhaft sind. Der zuständige Minister ist ja nicht nur Landwirtschafts-, sondern auch Ernährungsminister; er hat dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung innerhalb Bayerns endlich auch wieder einmal in den Genuß einer anständigen Suppe kommt, in der ein Stück Fleisch gekocht ist.

Es war meine Pflicht, meine Damen und Herren, dies hier zu sagen. Wenn man sich ernsthaft bemüht, Ruhe in die Betriebe draußen zu bringen, dann muß uns auch von dieser Stelle, vom Bayerischen Landtag aus, genügend Kraft mitgegeben werden; die Menschen draußen müssen zu diesem Parlament und zur Regierung wieder Vertrauen gewinnen, und die Lösung der Ernährungsfrage muß die Unterstützung des gesamten Hauses finden.

(Bravo-Rufe bei der SPD.)

II. Vizepräsident: Es spricht der Herr Abgeordnete Weinzierl Alois.

Weinzierl Alois (CSU): Hohes Haus! Werte Frauen und Männer! Mein Vorredner, Herr Kollege Wolf, den ich sonst immer zu den Ruhigen zählte, scheint heute aus

einer gewissen Mißstimmung heraus — vielleicht mit Recht — etwas heftig geworden zu sein.

(Zuruf: Er hat eben 8 Wochen kein Fleisch gegessen!)

— Das glaube ich nicht; denn so schaut er nicht aus. Auch Herr Kollege Kiene hat in seinen Ausführungen so etwas wie den wilden Mann gespielt. Ich weiß nicht, was da eigentlich dahintersteckt. Genau so, wie die Arbeitnehmer, worauf Herr Kollege Wolf vielleicht mit Recht hingewiesen hat, in den einzelnen Industriebetrieben aufgeregt sind, sind zum Teil auch meine Bauern aufgeregt; denn wenn heute ein Bauer z. B. einen Küchenherd braucht — ich kenne zufällig einen solchen Fall — und der Abgeordnete dann zu vier Stellen in München laufen muß und keine Eisenheine bekommt, dann sagt dieser Abgeordnete schließlich auch zu dem Bauern: Schau, daß du so einen erwischst!

Man hat heute nach dem Sündenbock gesucht. Einmal wurde Schlange genannt, ein andermal Niklas, dann wieder Pödeyn und dann wieder ein anderer. Es hilft uns nichts, wenn wir immer nach dem Schuldigen suchen. Ich könnte Ihnen da vielleicht noch einen fünften Schuldigen nennen: Es sind das, glaube ich, die Beamten und Angestellten im Landwirtschaftsministerium und in den Ernährungsämtern A, die seit der Währungs- umstellung nicht mehr viel mit der Bewirtschaftung der Waren zu tun haben und nun in den Schwarzhandel gegangen sind und die Geschichte unterstützt haben, damit sie wieder fest sitzen.

(Heiterkeit.)

Für so gefährlich, meine Frauen und Männer, schaue ich die Lage nicht an, wie sie heute dargestellt wurde.

(Zuruf.)

— Sie meinen, ich war vorsichtig in der Auswahl meiner Schwiegeröhne, weil Sie einen solchen Zuruf machen, nachdem ich eine Tochter als Mehgermeisterin habe?

Betrachten wir einmal die ganze Sachlage! Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß uns Bauern schon längst die Erhöhung der Getreide- und Viehpreise vorgeredet wurde. Wer hat nach der Ernte sein Getreide abgeliefert? Die Kleinbauern, weil die größeren Bauern, speziell in Niederbayern bis heute noch nicht gedroschen haben. Diese Kleinbauern haben das Getreide um billigen Preis verkauft.

(Dr. Sinnert: Warum haben die anderen nicht gedroschen? Weil sie kein Geld brauchen!)

— Ich sage Ihnen schon noch, Herr Doktor, warum sie nicht gedroschen haben; warten Sie nur ein wenig! Die kleinen Bauern haben also ihr Getreide zu billigem Preis abgeliefert. Allerdings wurde ihnen hinterher versprochen, sie bekämen eine Nachzahlung. Die Kleinbauern glauben aber nicht daran und ich glaube es auch nicht. Sie sind also die Geprellten, darüber sind wir uns doch klar.

Und wie steht es mit der Viehablieferung? Heute ist, das kann ich ruhig sagen, wieder mehr und besseres Vieh im Stall, und die Bauern werden es auch zur Ablieferung bringen, haben Sie da nur keine Angst! Laßt uns doch auch ein wenig Zeit! Ich habe das letztmal schon gesagt: Gebt uns die Arbeitskräfte, die wir so notwendig brauchen! Fragen Sie einmal den

(Weinziel Alois [CSU])

Direktor eines Arbeitsamtes, ob es ihm möglich ist, noch jemand zu einem Bauern zu bringen! Sehr interessant ist, daß jetzt durch das Landwirtschaftsministerium die Anordnung herausgebracht wurde, daß der Bauer vom November ab mit seinem Gesinde die Normalverbraucherkarte bekommen soll. Wenn wir unsere Arbeiter auf dem Lande mit dieser Normalverbraucherkarte abspeisen müssen, dann, Herr Landwirtschaftsminister, haben wir im November überhaupt keine Arbeiter mehr, da sie ja nur deshalb zum Bauern gehen, weil sie dort mehr zu essen bekommen. So darf man auch mit den Bauern nicht umgehen. Ich weiß sehr wohl, daß sich auch in der Bauernschaft — ich habe das schon ein paarmal ausgeführt — Elemente befinden, wie sie nicht sein sollen. Sie werden aber sehen: Es wird jetzt wieder so viel Vieh hereinkommen, daß jeder zu seiner normalen Fleischration kommt. Es ist ja richtig, daß die Bauern infolge des reichen Futteranfalls augenblicklich mit dem Vieh etwas zurückgehalten haben.

Und nun möchte ich noch ein kleines Beispiel erwähnen, das ich selbst erlebt habe. Ein kleiner Bauer in meiner Heimat — er ist ein kleines Lumpel — hat 10 Zentner Weizen aus der alten Ernte gehortet. Diesem Bauern hat man 6 Gendarmen, den Bürgermeister und den Bauernobmann auf den Hof geschickt, nachdem er wegen der Hortung von 10 Zentnern Weizen denunziert worden war. Da möchte ich die hohe Staatsregierung fragen, ob man bei der Industrie, beim Gewerbe und beim Handel auch so viele Gendarmen aufgeboden hat, wenn etwas gehortet wurde. So darf man mit dem Bauern nicht umgehen, sonst kommt er nicht zur intensiven Wirtschaft. Reiben wir uns nicht gegenseitig! Helfen auch Sie mit, daß der Bauer wieder Arbeitskräfte bekommt! Ich wiederhole: Es gibt auch in unseren Reihen Lumpen, und ich nenne sie Lumpen, wenn sie sich abseitsstellen. Der größte Teil aber ist doch ehrlich, und Sie können versichert sein: Sie werden auch im heurigen Winter wieder Ihr Fleisch bekommen.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Es spricht der Herr Abgeordnete Kaiser.

Kaiser (CSU): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn wir uns die gegenwärtige Lage unserer Ernährungsversorgung vor Augen halten, dann darf ich zunächst unterstreichen, was heute nachmittag von dieser Tribüne aus durch den Herrn Präsidenten dieses Hauses Dr. Horlacher zum Ausdruck gebracht wurde. Er erklärte, daß die für die Versorgung unseres Volkes auf dem Ernährungsgebiete Verantwortlichen bisher eigentlich ziel- und planlos gearbeitet haben. Ich kann davon auch meinen Freund Dr. Horlacher als Vertreter des landwirtschaftlichen Teils der Wirtschaft nicht ganz freisprechen. Warum? Man hat mit der Währungsumstellung die Bewirtschaftung sowohl auf dem Gebiete der Ernährung wie auch im Gewerbe- und Industriefektor teilweise aufgehoben. In dem Augenblick fällt auf die Träger der Wirtschaft, die führenden Männer in der Wirtschaft die Verantwortung dafür, daß die Dinge dann diszipliniert und eigenverantwortlich durchgeführt und überwacht werden. Daran aber hat es gefehlt. Man kann feststellen — ich möchte da die Entwicklung einmal durch die Brille des Verbrauchers ansehen —

daß vom 20. Juni an bis zum heutigen Tag in unserem lieben Vaterland mehr D-Mark-Millionäre in die Erscheinung getreten sind, als wir vorher in der R-Mark-Zeit hatten.

(Sehr richtig!)

Ich darf hierzu ausdrücklich betonen, daß ich diese Auskunft von einem Manne habe, der an führender Stelle in der staatlichen Finanzwirtschaft steht und es daher wissen muß. Ich muß weiter feststellen, daß es mit der Eigenverantwortlichkeit und mit der Moral in allen Sektoren der Wirtschaft sehr schlecht aussieht.

(Sehr richtig!)

Wenn man diese Millionäre sieht, die so rasch in einigen Monaten entstanden sind — und fragen Sie nur nicht, was das für Leute sind! —

(Zuruf: die nicht Deutsch können!)

dann muß man auf der anderen Seite doch feststellen, daß man von staatlicher Seite die Dinge eigentlich schleifen ließ. Außergewöhnliche Verhältnisse — und wir leben in außergewöhnlichen Zeitverhältnissen — erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Man hat hier von diesem Tische aus, als wir das letztemal beisammen waren, erklärt: Wir brauchen keine Ausnahme Gesetze in der Wirtschaft, weil wir die Wucherergesetzgebung haben. Ich werfe da die Frage auf — und daran sind alle anständigen Schaffenden in der Wirtschaft interessiert —, ob irgendein Empfänger eines Schlachtopfens, der heute vom schwäbischen Markt per Auto — und das geschieht ladungsweise — in das Ruhrgebiet transportiert und dort vielleicht mit 2500 DM und noch mehr bezahlt wird sich unter den heutigen Verhältnissen bewuchert fühlt und den betreffenden Verkäufer anzeigt? Das aber wäre doch die Voraussetzung, wenn die alte Gesetzgebung in der heutigen unmoralischen Zeit, in dieser Übergangszeit, in der wir doch wohl leben, anwendbar sein soll. Hier müßten nach meiner Auffassung durch die staatliche Gesetzgebung im Kampf gegen die Schieber und Schmarotzer in der Wirtschaft in schärfster Form gesicherte Höchstpreise für alle lebenswichtigen Bedarfsgüter festgesetzt werden.

(Sehr richtig.)

Wer diese nicht einhält, der ist nicht wert, ein Geschäft auszuüben, ein Handwerk zu treiben oder einen Bauernhof zu bewirtschaften.

(Sehr gut!)

Und nun noch eine Frage, die in unserer bayerischen Zuständigkeit liegt! Ich vermissen schon allzu lange das energische Zugreifen unserer staatlichen Exekutive bei der Kontrolle der Straßen und Eisenbahnen.

(Sehr richtig.)

Wenn da Frankfurt und die Verkehrsverwaltungen auf dem Standpunkt stehen, unsere Schienenstränge wären für die Schieber aus Nordwestdeutschland eingerichtet und „exterritorial“, dann muß sich eben der bayerische Staat das Recht der Kontrolle in diesen Zügen nehmen.

Im Interesse der Aufrechterhaltung von Moral und Sauberkeit im Gemeinschaftsleben und im Interesse des Eigentums tut gegenwärtig not, alles von staatlicher Seite energisch anzupacken, auch wenn dabei Dummheiten gemacht werden. Aber es muß etwas unternommen werden, um diesen Freibeutern und diesen Raubrittern des 20. Jahrhunderts, die aus der Not des

(Kaiser [CSU])

Volkes ihre Riemen schneiden, auf den Leib zu rücken. Hier wird die Regierung, auch der Landwirtschaftsminister, jederzeit die volle Unterstützung aller anständigen Schaffenden aus dem Bauernstand, aus Gewerbe und Industrie und aus dem Arbeiterstand hinter sich haben.

Meine Damen und Herren! Was sehen wir nun augenblicklich? Der Herr Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat heute erklärt: Die Landräte und Bürgermeister sollen den verfahrenen Karren wieder in das Gleis bringen. Ja, die Bürgermeister und die Landräte sind nicht mehr imstande, nach der teilweisen — unter der Tarnung „Saatgetreide“ erfolgten — Freigabe des Getreides oder nach der Freigabe des sogenannten Zucht- und Nutzviehs aus der Bewirtschaftung diese Dinge durch die Ablieferung im kleinen aus den Gemeinden heraus wieder wettzumachen. Was hier verkauft wurde, ist, wie die Anlieferungs zahlen in unseren Schlacht- und Viehhöfen beweisen, außerhalb Bayerns konsumiert worden.

Ich habe immer die Überzeugung gehabt, daß wir glaubten, nach Frankfurt eigentlich die Intelligenz und die Intelligentesten abgeordnet zu haben. Ich zweifle nicht daran, daß es diesen Männern nicht an theoretischem Wissen fehlt. Ich gestehe ihnen zu, daß sie theoretisch mehr wissen als ich, der ich sie heute kritisiere. Sie haben auch eine andere Ausbildung genossen, als sie mir zufällig in schulischer Hinsicht zuteil geworden ist.

(Dr. Linnert: Also bekommen wir unsere 600 Gramm?)

— Aber eines möchte ich sagen: Wenn die Dinge da oben diesen Kurs nehmen, Freund Linnert — —

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linnert.)

— Es hängt mit den 600 Gramm zusammen, weil wir sie im Augenblick eben nicht geben können, weil das Vieh gemäß den Grundätzen und Wirtschaftsauffassungen und den Methoden, die in Frankfurt angewendet worden sind, verschwunden ist. Wir haben in der Verfassung grundsätzlich eine Lösung dahin zu finden versucht, daß bei der Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung eine Mittellinie zwischen Staatskapitalismus und alter liberaler Wirtschaftsauffassung eingehalten werden soll. Bis zur Stunde hat man an keiner Stelle damit begonnen, durch irgendein Gesetz, das dem Staat das Preisüberwachungsrecht gibt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß endlich die staatliche Bewirtschaftung im Laufe der Entwicklung der Wirtschaft genügende Freiheit läßt. Es entspricht einem wohlverstandenen Interesse, die Freiheit auch auf dem Gebiete der Wirtschaft zu erhalten.

(Dr. Linnert: Hier im Hause sind vor einer halben Stunde Wurstpakete ohne weiteres verkauft worden!)

Zum Schluß! Die Auflage, Herr Landwirtschaftsminister, die gegenwärtig in Form von Auflassescheinen in die Gemeinden hinausflattert, ist, was den Prozentsatz sowohl der Viehablieferung als der Getreideablieferung betrifft, im Verhältnis zur Anbaufläche außerordentlich hoch. Ich nehme nicht an, daß heute in Ihrem Ministerium jemand glaubt, daß diese Zahlen noch 100prozentig von der Landwirtschaft aufgebracht werden können. Auch die Bürgermeister und

die Landräte werden nicht imstande sein, das noch zu erfassen und in dem Umfang herbeizuschaffen, was nun — vor Weihnachten erst — draußen verlangt wird.

Eines muß erreicht werden: Die Sofortmaßnahmen müssen raschestens in die Tat umgesetzt werden und erst sukzessive ist die Lockerung der Zwangsbewirtschaftung zu genehmigen. Sie hätten sich die Kartoffelmarken, Sie hätten sich die Rauchermarken und alle diese Dinge sparen können. Es ist schade darum, wenn die Landräte draußen noch die Rechnungen dafür beim Buchdrucker zu bezahlen haben. Ich spare mir das für eine andere Aussprache auf. Aber grundsätzlich sage ich zum Schluß folgendes: Das ist das Unglück der Stunde, daß die Wirtschaftstheoretiker bis zum heutigen Tage nicht begriffen haben, was in den Wirtschaftsgrundsätzen unserer Verfassung verankert ist. Die alten Wirtschaftspolitiker gehen hier fehl. Aber immer noch geben sie in Frankfurt und an anderer Stelle den Ton an.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Es spricht der Herr Abgeordnete Röll.

Röll (SPD): Meine Damen und Herren! Wir sind bescheiden geworden. Wenn der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft auch nur den Antrag stellt, daß wir ganze 600 Gramm Fleisch im Monat bekommen sollen, dann schüttelt der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schögl den Kopf zum Zeichen, daß es ihm unmöglich sei, uns diese Menge zu präsentieren. Wie kann man dies bloß praktisch vertreten? Wer Ernährungsminister ist, muß doch auch ein bißchen rechnen. Er hat gesagt, daß unser Rindviehbestand bloß um 13 Prozent abgesunken sei und der Schweinebestand um 50 Prozent. Wenn wir zu rechnen anfangen und wissen, daß wir als Normalverbraucher vor dem Krieg in unseren guten Jahren 53 Kilogramm Fleisch pro Kopf verbraucht haben, so müßten wir doch heute, wie Herr Dr. Linnert schon gesagt hat, mindestens ein Kilogramm monatlich bekommen können. Wohin kommt das andere Fleisch? Oder wächst das Schwein nicht mehr so schnell und gut wie früher? Woran fehlt es hier eigentlich? Ich glaube, wir müssen einmal diese theoretischen Rechnungen, mit denen man uns bisher an Stelle von Nahrungsmitteln abgespeißt hat, in Zukunft etwas gründlicher unter die Lupe nehmen, damit wir wenigstens zu dem Ziel kommen, zu dem wir gelangen wollen: zu einer besseren Ernährung. Es ist nicht zu bestreiten, daß ein Arbeiter mit diesen lumpigen paar Gramm Fleisch nicht arbeiten kann. Ich war dagegen, daß die Selbstversorgerrationen des Bauern gekürzt werden, weil ich sehe, daß der Bauer ohnehin schon zu wenig Arbeitskräfte hat. Er hat schwer zu arbeiten, aber umgekehrt muß auch der Arbeiter das tierische Eiweiß, das er zur Erhaltung seiner Arbeitskraft braucht, in Form von Fleisch und Eiern erhalten. Er muß es unter allen Umständen bekommen, sonst taugt die ganze Wirtschaft nichts und ist nicht mehr wert, als daß sie zum Teufel geht. So liegen die Dinge.

Nun noch einen praktischen Vorschlag, wie wir zu einer besseren Fleischration kommen könnten! Sie wissen alle miteinander, daß wir zur Zeit der Kommunalverbände diese Fleischkalamität ja schon einmal erlebt haben. Damals war das Vieh sehr scharf erfaßt. Obwohl es keine Fleischmarken gegeben hat, sondern Kunden-

(Köll [SPD])

listen auf dem Lande, in die man sich eingetragen hat, konnte man als Arbeiter jeden Samstag ein Stückchen Fleisch und Wurst erhalten. Heute ist es meiner Hausfrau in München passiert, daß sie Marken hatte und kein Fleisch bekam. Ich komme darauf zurück: Warum haben wir früher mehr Fleisch essen können? Berücksichtigen Sie, welche Schwierigkeiten heute gemacht werden, wenn ein Kleinstiedler oder Arbeiter ein Schwein einstellen will! Da muß er die Futtergrundlage nachweisen, da muß er nachweisen, wieviel er an Getreide oder Klee oder sonst etwas baut. Das hat es früher nicht gebraucht. Da haben viele Familien zusammengeholfen und ihre Küchenabfälle gesammelt. Wenn da auch das Schwein nicht so rasch wuchs wie beim Bauern, so ist es doch groß geworden. Wenn wir diese Tausende und Abertausende von Schweinen, die heute nicht gefüttert werden dürfen, dazu rechnen, werden wir gleich sehen, wohin wir kommen könnten, wenn man erlauben würde, was früher erlaubt war. Es ist kein Zustand, wenn ein Arbeiter, wie es bei uns passiert ist, ein Schwein, auch wenn er es ein Jahr gefüttert hat, nicht soll schlachten dürfen, weil er es als Ferkel schwarz gekauft hat, sondern es für Lumpige paar Mark dem Metzger geben muß. Bei einem solchen Verfahren ist nicht zu erwarten, daß die Fleischproduktion steigt.

(Zuruf.)

— Also gut, wir werden in dieser Beziehung auf unsere Staatsgüter ein bißchen einwirken, daß für die Ferkelaufzucht mehr Zuchtsauen eingestellt werden. Man wußte, als seinerzeit die Zuchtsauen geschlachtet wurden, daß die Ferkelnot groß werden würde. Das mußte der Landwirtschaftsminister wissen. Deshalb ist es seine Verpflichtung, heute, wenn er kein Frischfleisch hereinbringt, wenigstens so viel Ferkel einzuführen, daß die Schweinezucht, die 65 Prozent des Fleischkonsums gewährleistet hat, wieder forciert werden kann. Die Schweinezucht ist diejenige Zucht, die in einem Jahr mehr erbringt als die Rinderzucht in zwei, drei und vier Jahren.

II. Vizepräsident: Ich mache das Haus erneut darauf aufmerksam, daß noch sechs Redner gemeldet sind. Die Damen und Herren wollen möglichst noch heute abend abreißen. Ich möchte daher dringend erfragen, daß die Redner sich möglichst kurz fassen, weil sonst die Beratungen nicht zur rechten Zeit abgeschlossen werden können.

Nun hat das Wort der Herr Abgeordnete Ortloph.

Ortloph (CSU): Mitglieder des Bayerischen Landtags! Ich werde dem Ersuchen des Herrn Präsidenten, mich möglichst kurz zu fassen, gerne nachkommen, aber ich halte es doch für außerordentlich notwendig, an die letzten Worte des Herrn Landwirtschaftsministers anzuknüpfen, in denen er die Abgeordneten aufforderte, hinauszugehen und draußen Aufklärung zu schaffen. Herr Minister! Ich habe Ihnen bei der Jahrhundertfeier in Triesdorf als 1. Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Triesdorfer vor etwa 8000 Zuhörern versprochen, Sie in Ihrem schweren Amt zu unterstützen, und ich bin gewohnt, mein Wort einzuhalten. Ich bitte Sie deshalb, Herr Minister, uns die Möglichkeit zu geben, daß wir draußen aufklären können. Im Radio ist vor ungefähr acht Tagen eine Meldung durchgegangen,

daß in den Mühlen, wie es tatsächlich der Fall ist, nicht einmal mehr für 14 Tage Getreide vorhanden ist. Acht Tage darauf habe ich eine DENA-Meldung gelesen, die ich dem Herrn Landtagspräsidenten gestern übergeben habe. Ich habe von ihm die feste Zusicherung bekommen, sie bestimmt heute noch zurückzuerhalten, was leider nicht der Fall gewesen ist, und ich muß daher diese DENA-Meldung aus dem Gedächtnis wiederholen. Es heißt darin, daß Angstkäufe der Bevölkerung unnötig sind, weil der Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl erklärt hat, es sei so viel Getreide da, daß der Anschluß an die nächste Ernte durchaus gesichert ist. Hier ist es sehr schwer, Aufklärung zu geben.

Dann noch ein weiterer Punkt: Wir müssen die Gründe suchen, von denen die Schwierigkeiten herrühren. Von einigen Abgeordneten ist heute klar und deutlich — und ich muß das unterstreichen — zum Ausdruck gebracht worden, daß Klarheit darüber geschaffen werden muß, ob wir die W ä h r u n g halten können oder nicht. Im Haushaltsausschuß ist beschlossen worden, jetzt an den Präsidenten des Landtags mit dem Ersuchen heranzutreten, daß er bekannt gibt, ob die Währung gehalten werden kann oder nicht.

Nun zu einem praktischen Beispiel! Ich habe Ihnen vorgegriffen, Herr Minister, und in meinem Stimmkreis diese Aufklärungsversammlung abgehalten. Es waren sämtliche Bürgermeister und sämtliche Vertrauensmänner des Bauernverbandes anwesend. Auch die Militärregierung war zugegen. Das war mir sehr wertvoll; denn ich habe der Militärregierung zwei Fragen vorgelegt, die sie mir in dieser Versammlung beantworten mußte. Ich habe gefragt: Wie stellen Sie sich zur Erhaltung der Währung und zu den dauernden Gesprächen über einen neuen Krieg? Die Kriegspolizei ist nämlich auch ein Grund, warum heute nicht so produziert wird, wie es notwendig wäre. Der Vertreter der Militärregierung erklärte darauf: Die Währung kann gehalten werden, wenn produziert wird, weil die Produktion das einzige ist, was die Währung sichert. Und wegen des Krieges haben Sie Gottvertrauen! — Ich hätte gerne eine klarere Antwort gewünscht.

Wichtig ist, daß möglichst heute noch eine Auforderung durch den Landtagspräsidenten hinausgeht, worin Aufklärung darüber gegeben wird, daß die Währung gehalten werden kann. Weil kein Vertrauen zur Währung besteht, ist auch keine Sparsamkeit mehr vorhanden. Dadurch aber, daß die Sparbarkeit verschwunden ist, ist ein großes Unglück eingetreten. Denken Sie nur, wenn nur pro Kopf 5 Mark im Monat gespart würden, so würde das bei 5 Millionen Menschen, die sparen könnten, 25 Millionen Mark im Monat oder 300 Millionen Mark im Jahr ausmachen. Das wäre ein Grundstock, mit dem wieder gearbeitet werden könnte.

Noch etwas Weiteres: Der Landwirt sieht überall, wie die Industrie und auch der Großhandel hortet. Er weiß, daß dort eine Menge Gegenstände lagern, die er notwendig brauchen würde. Auch hier müßte eingegriffen werden.

Und dann noch eine Frage: Ist es wirklich so schwer, diese 600 Gramm Fleisch zu genehmigen? Ich habe erst vor ungefähr vier Wochen an den Herrn Landwirtschaftsminister die Anfrage gerichtet, ob es nicht möglich wäre, die Jagd wieder aufgehen zu lassen. Wir wären dann mit dem Wildbret in der Lage, die fehlenden

(Ortloph [CSU])

Fleischmengen auszugleichen. Wir könnten, wenn die Jagd ordnungsgemäß durchgeführt würde, 1000 Gramm Fleisch pro Kopf der Bevölkerung zusätzlich geben.

(Zuruf von der SPD: Auf dem Papier!)

— Nein, das ist einwandfrei nachgewiesen. Aber wir müssen hier das Einverständnis der Militärregierung erlangen, damit sie uns die Gewehre gibt und die Jäger zur Verfügung stellt, um die Jagd durchführen zu können.

Ein paar Worte noch zu dem, was Kollege Weinzierl gesagt hat! Ich halte es nicht für richtig, daß man das Wort eines Ministers lächerlich macht. Der Minister hat klipp und klar erklärt, daß die Bayern, die zuerst ihr Getreide abgeliefert haben, die Nachzahlung zu dem inzwischen erhöhten Preise bekommen. Ich glaube an das Wort des Ministers und wir müssen dafür sorgen, daß diese Nachzahlung den Bauern möglichst bald gegeben wird.

Sodann hätte ich noch die Bitte, daß auch über die Tätigkeit des Parlaments in dem bei den Landwirten am weitesten verbreiteten Blatt, dem Landwirtschaftlichen Wochenblatt, Aufklärung gegeben wird. Es wäre notwendig, daß sich Redakteur Nagl einmal dazu ausschwingen würde, auch über die Tätigkeit des Parlaments im Interesse der Landwirtschaft zu berichten.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich, nachdem ich dafür bekannt bin, daß ich in erster Linie immer und immer wieder die Interessen der Landwirtschaft vertrete, einmal klar und deutlich aussprechen, daß ich vor der bis jetzt bewiesenen Haltung des Arbeiters außerordentliche Hochachtung habe. Man muß sich darüber wundern, mit welcher Ruhe und mit welcher Disziplin die Arbeiter diesen furchtbaren Verhältnissen noch standhalten. Vergessen Sie nicht, daß wir draußen in den Versammlungen den Arbeitern immer wieder gesagt haben: Haltet aus und beißt die Zähne zusammen! Wenn die neue Währung kommt, könnt ihr euch wieder das kaufen, was ihr braucht! Heute aber stehen wir vor diesen Leuten draußen und können unser Wort nicht halten. Hier müssen wir zusammenhelfen. Wir können die Überbrückung der Gegensätze zwischen Stadt und Land durchführen. „Stadt und Land — Hand in Hand!“ Dann werden wir auch diese schwierige Situation meistern.

(Beifall, insbesondere bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Es spricht nunmehr Herr Staatsminister Dr. Schlögl.

Staatsminister Dr. Schlögl: Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Wurstverkauf in diesem Hause eine Erklärung abgeben. Es ist tatsächlich wahr, daß der Hausmeister hier Zungenwurst zu 3,65 DM das Pfund im Hause verkauft hat. Dieserant ist Herr Wagner vom Bayerischen Gewerkschaftsbund.

(Hört!)

Ich habe den weiteren Verkauf sofort einstellen lassen, damit der Sachverhalt geklärt wird.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haus Georg.

Haus Georg (CSU): Meine Damen und Herren! Als vor etwa drei Wochen die neuen Ablieferungss-

bescheide herauskamen, mußten die Landräte im Eiltempo die Bürgermeister zusammenrufen und ihnen bekanntgeben, was sie in Kürze zu tun haben. Ich habe auf unserer Bürgermeisterversammlung erklärt: Es ist nur gut, daß es Bürgermeister gibt, die man für die Sünden der anderen prügeln kann. Ich habe aber auch keinen Zweifel daran gelassen, daß ich nur das tun werde, was ich vor meinen Wählern noch verantworten kann. Ich stehe nämlich auf dem Standpunkt, es wählt niemand seinen Gerichtsvollzieher selber. Man kann von der Bevölkerung nicht verlangen, daß sie den wählen und wiederwählen soll, der ihr wegen der Sünden anderer immer wieder ihre Rechte beschneiden soll.

Ich möchte hier ein Beispiel dafür anführen, wie korrupt bei uns alles ist. In einer unserer Ortschaften verkauft ein Gastwirt schon wochen- und monatelang bestes Fleisch, Schweinefleisch, markenfrei in seiner Gastwirtschaft. Es pfeifen dies die Spazierer von den Dächern und jedes kleine Kind hört das Pfeifen der Spazierer, nur die Behörde sieht und hört nichts. Unser Landrat wurde von dem Polizeivorsteher gefragt, was er tun solle. Einige Herren aus Würzburg seien gekommen und hätten angegeben, daß in dieser Gastwirtschaft Fleisch und andere bewirtschaftete Waren frei verkauft werden. Er habe darauf drei Polizisten hingeschickt. Diese mußten sehen, wie die drei Herren aus Würzburg, die eben erst die Anzeige erstattet hatten, frisch und munter in der Gastwirtschaft saßen und dort selbst speisten! Er fragte, was er in diesem Falle tun solle. Ich erwiderte darauf: Tun Sie, was Ihre Vorschriften von Ihnen verlangen! An diesem Treiben wurde wiederholt Anstoß genommen und bei den zuständigen Stellen Anzeige erstattet. Auch letzten Sonntag hat man mir wieder berichtet, daß dieser Gastwirt munter weiterverkauft. Dieser Mann war Pg. und ist heute unter den Entlasteten. Obwohl er Pg. war, hat er es fertig gebracht, einen Bavaria-Truck-Wagen zu bekommen, betankt zu werden und Holz zu fahren. Er hat mit dem Benzin vor der Währungsreform seine Geschäfte gemacht. Obwohl ich persönlich Anzeige beim Straßenverkehrsamt erstattet habe, ist nichts geschehen. Das sind Zustände, wo man sagen muß: korrupt von unten bis oben! Es gibt auch unter den Beamten, mögen sie sich auch noch so sehr über Angriffe seitens der Volksvertreter beklagen, solche, die ihr anständiges, solides Beamtentum vollkommen beiseite lassen, wenn es um ihr eigenes Wohl geht.

Was mich mehr bedrückt, ist die Tatsache, daß wir heute wieder in den unterfränkischen Gebieten eine Viehumlage aufbringen sollen, die wir unter keinen Umständen erfüllen können und für die ich mich niemals hergeben werde. Wer unsere Gegend kennt, weiß, daß wir lauter kleine Landwirte haben. Es ist nicht Schuld dieser Menschen, daß durch das Mainzer Landrecht diese ewigen Teilungen herbeigeführt wurden, deren Folge es ist, daß heute der größte Teil der Bauern nur mit zwei, viele sogar nur mit einer Kuh wirtschaften können. Diese Kuh aber ist ihr Handwerkszeug. Sie ist keine Nutzkuh, die für die Milchwirtschaft eine Leistung erbringen soll, es braucht sie der Bauer, um das Feld zu bestellen. Dieser kleine Bauer soll nun genau dieselbe Umlage erfüllen wie der große Viehbesitzer, der das Vieh zu Duzenden und Hunderten hat. Der kleine Bauer weiß aber nicht, wie er sein Feld bestellen soll! Bei uns in den Berglandortschaften ist infolge dieser Umstände die Saat noch nicht zur Hälfte draußen. Ich muß hier wohl

(Haud Georg [CSU])

dem Herrn Landwirtschaftsminister, ohne seiner Person irgendwie zu nahe treten zu wollen, erklären, daß die Bürgermeister dieser Landgemeinden, die rein kleinbäuerlichen Charakter haben, sich mit Recht weigern, in die Höfe zu gehen und Fleisch zu beschlagnahmen.

Was die Erhöhung der Rationen anlangt, so glaube ich allerdings selbst für eine solche Erhöhung als unbedingt notwendig eintreten zu müssen. Aber Herr Kollege Köll hat doch eine etwas verkehrte Rechnung aufgestellt, wenn er von diesen 13 Prozent ausgeht. Wir haben nach dem Krieg eine Bevölkerungszunahme von 30 Prozent aufzuweisen. Das müßte sich automatisch auch beim Viehbestand auswirken, wenn wir dieselben Rationen weiter halten wollen. Wir können dies also beim besten Willen nicht tun. Aber eines können wir tun: Wir müssen dafür sorgen, daß das Fleisch, das immer noch in die schwarzen Kanäle fließt und nur von denen gegessen werden kann, die das nötige Geld dafür aufbringen können, wieder voll erfaßt wird. Die schwarzen Kanäle müssen verstopft werden. Man kann nicht weiter zuschauen und eine Erhöhung der Rationen ablehnen, wenn es auf der anderen Seite Menschen gibt, die nicht nur 600 Gramm, sondern 1000 und 2000 Gramm Fleisch und vielleicht noch mehr in vier Wochen verzehren können.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **M a r r**.

Marr (SPD): Meine Damen und Herren! Der Herr Wirtschaftsdirektor Dr. Erhard hat im Münchner Rundfunk kürzlich eine Rede gehalten. In dieser Rede heißt es:

Der Schwarze Markt hat für die gewerbliche Wirtschaft zu bestehen aufgehört. Jetzt verschwindet die Ware nicht mehr in den dunklen Kanälen und nicht länger schmälern die Güntlinge der Planwirtschaft, die Sonderkontingentsträger und was sich darum gruppiert, die ehrlich erworbenen Ansprüche der Normalverbraucher bis zu deren völliger Ausschaltung vom Konsum.

Es ist wohl allgemeine Ansicht, daß die jetzigen Verhältnisse unhaltbar geworden sind. Das wird auch durch die Reden hier bestätigt. Es ist dem größten Optimisten klar geworden, daß es nicht mehr so weitergehen kann. Wer sachlich ist, muß anerkennen, daß wir seit Jahren mit Denkschriften, Entschließungen und Reden gefüttert werden, nicht aber mit dem, was jeder zur Sicherstellung seines Lebens braucht.

Wenn Herr Kollege Dr. Linnert soeben einem Redner zugerufen hat, er solle sich mit den 600 Gramm Fleisch beschäftigen, so möchte ich dazu folgendes sagen: Diese 600 Gramm, die hier gefordert werden, sind nur ein Ausschnitt aus einer weit größeren Schwierigkeit. Selbst wenn wir diese Forderung befriedigen würden, würden die Notstände auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens und des täglichen Bedarfs fortdauern. Darum ist es ein Gesamtproblem, das hier besprochen wird, und darum ist das Interesse an diesem Problem so groß. Es handelt sich ganz einfach darum, daß das Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen in den Zuständen geschaffen hat, bei denen es einem großen Teil des deutschen und des bayerischen Volkes nicht mehr möglich ist, seine unmittelbarsten Bedürfnisse auch nur

annähernd zu befriedigen. Das trifft aber nur auf die eine Seite zu, während auf der anderen Seite — hier unterstreiche ich, was Herr Kollege Kaiser gesagt hat — ein Wohlstand zu verzeichnen ist, wie er in der Geschichte des deutschen Volkes beispiellos ist.

(Dr. Linnert: Na, na!)

— Herr Kollege Dr. Linnert hat anläßlich der letzten Debatte im Landtag erklärt, daß in Bayern und in Deutschland noch keiner verhungert sei.

(Dr. Linnert: Ich habe nur von Bayern gesprochen.)

— Ganz richtig! Ich nehme an, Herr Kollege Dr. Linnert, daß Sie als Zahnarzt einige medizinische Kenntnisse haben. Demnach sollten Sie auch wissen, daß sich die Folgen des Hungers nicht in einer unmittelbaren Wirkung zeigen, sondern auf einen längeren Zeitraum erstrecken, daß sie aber gleichwohl eine wesentliche Beeinträchtigung des Gesamtorganismus des davon Betroffenen zur Folge haben können. Sollte das etwa der allgemeinen Aufmerksamkeit entgangen sein?

Von einem Kollegen der CSU ist gesagt worden, daß sich die Verschlechterung der Moral nun auch auf die Bauern ausgedehnt hat. Das ist eine allgemein zu verzeichnende Tatsache, die wohl keiner in diesem Haus zu bezweifeln wagt. Sie ist einfach ein Ausdruck des Zustands, daß sich die Besitzer von zur Befriedigung des täglichen Bedarfs des Volkes notwendigen Gebrauchsgütern jetzt alle an diesem Ausrauben des Volkes beteiligen wollen. Das ist aber die Folge der Politik des sogenannten Auspendelns der Preise. Sie werden auf das Auspendeln der Preise, das dem Volk einen gewissen Lebensstandard sichern würde, so lange warten müssen, bis das gesamte Besitzbürgertum sich durch Waren oder Geldreserven den Rückhalt gesichert hat, der ihm die hinreichende Beruhigung gibt, vor allen möglichen Gefahren gesichert zu sein.

In diesem Zusammenhang folgendes: Herr Dr. Josef Müller, stellvertretender bayerischer Ministerpräsident und Justizminister, hat nach den Berichten mehrerer Zeitungen, auch nach dem Bericht der „Neuen Zeitung“, die heute morgen hier vorgebrachte Äußerung getan.

(Dr. Hundhammer: Nicht so!)

Solange solche Äußerungen auch nur in einer ähnlichen Form in die Öffentlichkeit gebracht werden, bedeuten sie für gewisse Kreise immer eine Warnung

(Zuruf: und eine Aufmunterung!)

in Bezug auf etwa zu erwartende Ereignisse. Solange ein Teil des Volkes in der Lage ist, für irgendeine Ware einen Preis zu bezahlen, der fünf- bis zwanzigmal so hoch ist wie der normale Preis, wie der Preis, der auf Grund des bestehenden Lohnniveaus gerechtfertigt ist, solange also ein Käufer zehn andere ersehen kann, werden Sie bei der mehr als zweifelhaften Moral unserer Produzenten kein Auspendeln der Preise erleben. Diese Kreise haben ihre „Moral“ mehr als einmal unter Beweis gestellt. Es bedarf dafür nicht erst der Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre über die strupellose Ausrüstung der Not des Volkes, aus der sich, wie Herr Kollege Kaiser richtig gesagt hat, diese Kreise Riemen schneiden. Von da bis zu den Waffenlieferungen an Länder, gegen die das deutsche Volk von den gleichen Kräften zum Krieg aufgerufen worden ist, führt ein einziger Weg.

(Marg [SPD])

Was Sie heute erleben, ist die Wiederholung alter Praktiken. Die gleichen Kräfte, die uns in die Katastrophe und das Elend dieser Zeit gebracht haben, versuchen sich heute dieser allgemeinen Not zu entziehen. Wir wissen genau so wie Sie, daß dies nicht alle trifft. Aber wir wissen, daß der Ausgangspunkt dieser Not und der Grund für den Zustand, der auf die Landwirtschaft übergegriffen hat, bei den Kräften zu suchen ist, die praktisch diese Katastrophe verursacht haben. Der Glaube des deutschen Volkes an den Marshall-Plan ist in Gefahr, erschüttert zu werden, so hat der Herr Präsident des Landtags hier festgestellt. Dabei wird ein Faktor vergessen. Dieser Faktor ist die Rolle, die diejenigen Kreise im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands spielen, die immer die Not dieses Volkes dazu benützt haben, um daraus eben ihre Riemen zu schneiden. Das Preisgefüge wird von der breiten Masse des Volkes mit Protesten und Entschließungen angegriffen. Es wird aber auch von einer anderen Seite angegriffen, aber nicht nur mit Protesten und Entschließungen, sondern mit Läten. Es ist eine Illusion, das möchte ich den Herren Kollegen der FDP sagen, die Illusion des Liberalismus, daß sich im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben eine Harmonie der Kräfte ergibt. Was sich im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben auch heute in Wirklichkeit abspielt, ist nichts anderes als das Diktat des wirtschaftlich Starken gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen, gemildert nur durch das Maß des möglichen Widerstandes, der ihm durch die wirtschaftlich Schwachen entgegengekehrt wird.

(Dr. Linnert: Bleiben Sie beim Gegenstand!)

— Es ist sehr wichtig, Herr Kollege Dr. Linnert, daß das in diesem Zusammenhang gesagt wird.

(Dr. Linnert: Nein!)

Dieses Diktat nimmt der wirtschaftlich Schwache nur deshalb an, weil es der Preis ist, der ihm überhaupt sein Leben garantiert. Wie lange aber wird es bei einem bloßen Protest bleiben? Wir haben die Sturmzeichen schon erlebt.

Sie sagten, Herr Kollege Dr. Linnert — und das habe ich soeben auch von Herrn Kollegen Baumeister gehört —: Es geht uns allgemein besser als vor der Währungsreform. Ich warne Sie vor diesem Irrtum. Ich war am vergangenen Sonntag in den Bergarbeitergebieten Bayerns und habe da in einer Versammlung gesprochen. Ich kann Ihnen versichern, daß es den Bergarbeitern heute schlechter als vor der Währungsreform geht. Glauben Sie, daß das eine Vertrauensgrundlage für den wirtschaftlichen und politischen Aufbau unseres Volkes bildet? Dazu kommt die allgemeine Enttäuschung über die Währungsreform. Der Warenhortung ist die Währungsreform gefolgt, nach der Währungsreform aber setzt nun eine erneute Warenhortung ein, um sich dadurch den möglichen Belastungen des kommenden Lastenausgleichs zu entziehen. Die Folgen bekommen wir im heutigen Preisgefüge schon zu spüren. Ich möchte nicht die Illusion hervorrufen, daß diese Schwierigkeiten ganz zu beseitigen sind. Es ist aber notwendig, Maßnahmen zu beschließen, um das erschütterte Vertrauen wieder zu festigen. Es muß wirklich einmal etwas durch die verantwortlichen Stellen unternommen werden. Darauf kommt es an. So-

lange Sie nicht dazu beitragen, daß solche Maßnahmen getroffen werden, haben Sie nicht das Recht, gegen diese Zustände zu protestieren. Was halten Sie von dem Geisteszustand desjenigen, der es sich stillschweigend gefallen läßt, daß ihm die durch die Lohn-erhöhung zu garantierende Kaufkraft durch die Preis-erhöhung für die Produkte, die der Arbeiter selbst schafft, wieder weggenommen wird? Glauben Sie an die Bereitschaft dieser Menschen, im guten Vertrauen auf den Staat ihren staatsbürgerlichen Pflichten und Aufgaben nachzukommen, wenn sie immer wieder sehen, daß sich dieser Appell an die staatspolitischen Pflichten in Zeiten der Not stets nur an die breiten Volksschichten richtet? Denken Sie an die Wahrheit, die immer wieder in Zeiten der Not zum Durchbruch kommt: Dein ärmster Sohn war auch dein getreuester Sohn! Herr Kollege Ortloff hat zum Ausdruck gebracht, daß er Respekt vor dem Verhalten dieser Menschen hat, die ständig diesem sozialen Druck ausgesetzt sind. Wir können uns aber auf die Dauer nicht damit abfinden. Wir sollten uns davor hüten, diesem Respekt nur durch Worte Ausdruck zu verleihen. Wir müssen entschlossen sein, Läten zu vollbringen. Wenn das Besitzbürgertum diese Notwendigkeit nicht einsieht, wenn es den immerwährenden Appell an seine Einsicht, ganz gleich auf welchem Gebiet, dauernd ignoriert, dann muß dieses Besitzbürgertum eben gezwungen werden, sich den staatspolitischen Notwendigkeiten zu unterwerfen. Bleibt diese Initiative aus, so wird sie von uns auf andere übergehen, auf Kräfte, die außerhalb jeder Kontrolle stehen. Es muß sich jeder an das Jahr 1933 erinnern und an die politischen Faktoren, die das wirtschaftliche und soziale Elend durch die Vernichtung der menschlichen Würde und Freiheit ergänzten. Dieser Gefahr zu begegnen, ist notwendig. Handeln wir daher entschlossen und schnell! Es geht nicht allein um die 600 Gramm Fleisch, sondern es geht um Ordnung und Gesetz, um unsere ganze gesellschaftliche Ordnung überhaupt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Piechl.

Piechl (CSU): Ich verzichte auf das Wort und stelle Antrag auf Schluß der Debatte.

Präsident: Das Wort hat der Staatsminister Dr. Hundhammer.

(Dr. Hundhammer: Der Abgeordnete Dr. Hundhammer!)

Dr. Hundhammer (CSU): Zu der heute hier wiederholt zitierten Äußerung des Herrn Abgeordneten Dr. Müller über eine angebliche Währungsreform bin ich auf Grund eines telefonischen Gesprächs, das zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ghard und Herrn Dr. Müller vor etwa einer Stunde stattgefunden hat, ermächtigt, zu erklären, daß die in der Presse wiedergegebene Äußerung völlig entstellt sei.

(Zuruf: Hört, hört! — Immer die Presse!)

Dr. Müller habe nicht die Forderung erhoben oder den Vorschlag gemacht, daß eine neuerliche Währungsreform erfolgen solle. Er habe vielmehr im Zusammenhang damit, daß es notwendig und wünschenswert sei, denjenigen, die seinerzeit bei der Währungsumstellung oder kurz hernach auf irgendwelchen Wegen enorme Gewinne erzielt haben, diese Gewinne abzunehmen, gesagt, ein

(Dr. Hundhammer [CSU])

Weg dazu könne vielleicht sein, in Verbindung mit einem noch einmal notwendig werdenden Umtausch der Noten, die heute ohne Unterschrift in Umlauf sind, zuzugreifen. Dieser Umtausch muß doch einmal erfolgen.

(Sehr richtig.)

Der Herr Abgeordnete und Vizepräsident Hagen, der heute hier im Hause war — ich weiß nicht, ob er im Augenblick da ist —, hat die Rede in Kulmbach selbst mit angehört und auch seinerseits bestätigt, daß diese Pressemeldungen nach seinen eigenen Beobachtungen und nach Anhören des Referats unzutreffend gewesen seien.

Herr Dr. Müller wird nach seiner Rückkehr nach München in der nächsten Sitzung des Landtags selber noch zu dem Problem Stellung nehmen.

(Zuruf von der SPD: Das war eine indirekte Aufforderung zur Warenhortung, was da gesagt worden ist! — Dr. Seidel: Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß der heftige Ministerpräsident Stöck die gleiche Forderung aufgestellt hat. — Zuruf links: Das ist dann auch Aufforderung zur Warenhortung gewesen!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Piechl hat Antrag auf Schluß der Aussprache gestellt. Der Antrag ist nach § 63 Abs. 3 der Geschäftsordnung augenblicklich nicht zulässig.

(Piechl: Weiß ich schon, aber ich habe eingegriffen, weil ich glaube, daß es reicht.)

Auf Verkürzung der Redezeit kann Antrag gestellt werden. Wir haben noch drei Redner, die Abgeordneten Gottlieb Schmidt, Gräßler, Dr. Linnert.

(Gräßler: Ich verzichte!)

Ich würde vorschlagen, daß die Redner sich mit einer Redezeit von fünf Minuten begnügen; in dieser Zeit kann eine Menge gesagt werden.

(Dr. Linnert: Wenn der Herr Abgeordnete Marx erklärt, daß ich kein Besitzbürger bin, dann verzichte ich.)

Dann ist der Herr Abgeordnete Gottlieb Schmidt an der Reihe.

(Zuruf.)

Er verzichtet auch. Damit ist die Aussprache beendet.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Der Antrag auf Beilage 1932 lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt darauf hinzuwirken, die Einfuhr von Fleisch und Fleischkonserven so zu erhöhen, daß an die Bevölkerung mindestens eine Ration von 600 Gramm monatlich ausgegeben werden kann.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich würde dem Hause vorschlagen, den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Vollsitzung zu einer entsprechenden Zeit einzuberufen. Die nächste Woche soll plenarsitzungsfrei sein, in der übernächsten Woche soll dann wieder eine Plenarsitzung stattfinden, wenn der Ausschuß für Verfassungsfragen mit dem Landeswahlgeseß zurecht kommt.

(Dr. Linnert: In der übernächsten Woche ist Buß- und Betttag, dieser Tag ist in protestantischen Gegenden ein Feiertag, da können wir keine Plenarsitzung abhalten.)

— Dadurch verschiebt sich die Plenarsitzung um eine weitere Woche. Ich bitte also den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Vollsitzung anzuberäumen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Zu einer persönlichen Erklärung hat der Abgeordnete **Wolf** das Wort.

Wolf (SPD): Vorhin ist hier mit der wunderbaren Wurstangelegenheit der Bayerische Gewerkschaftsbund in Verbindung gebracht worden. Bitte, das muß schnellstens geklärt werden: Der Bayerische Gewerkschaftsbund kann doch nichts dazu, wenn hier im Hause jemand ist, der sich mit einem Metzger in Verbindung gesetzt und für die Angehörigen des Betriebes Wurst von diesem Metzger gekauft hat.

(Zurufe: Ausgerechnet lauter Zungenwurst! — Der Gewerkschaftsbund hätte uns allen etwas geben können! — Heiterkeit.)

Präsident: Das Haus nimmt von dieser Erklärung Kenntnis.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 18 Uhr 5 Minuten.)